

ZEITSCHRIFT FÜR

# GEO POLITIK

MONATSHEFTE FÜR  
DEUTSCHES AUSLANDS - WISSEN  
XXII. JAHRGANG 1951

**3**

MÄRZ 1951

## Das Oel im Nahen Osten

**Johannes Barth:** Aufrüstung der Besiegten?

**Alfred M. Stahmer:** Weltmacht Erdöl

**Lily Abegg:** Als Augenzeuge im Persien Razmaras

**Norbert Zimmer:** Süddile als Zukunftsland

\*

BERICHTE · AUS DEM SCHRIFTTUM · FREIE AUSSPRACHE

KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift WELTPOLITIK und WELTWIRTSCHAFT

*Monatshefte für deutsches Auslandswissen*

## SCHRIFTFÜHRUNG

Hamburg: Professor Dr. K. H. Pfeffer

Heidelberg: Kurt Vowinkel

Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I, (F. 355814)

Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36, (F. 4093)

Manuskripte: an Schriftleitung Hamburg · Buchzusendungen: an Schriftleitung Heidelberg

Für unverlangte Zusendungen keine Gewähr

---

## XXII. JAHRGANG · HEFT 3 · JAHRGANG 1951

AUFSÄTZE	Seite
Barth: <i>Aufrüstung der Besiegten?</i> .....	149
Stahmer: <i>Weltmacht Erdöl</i> .....	156
Abegg: <i>Als Augenzeuge im Persien Razmaras</i> .....	168
Zimmer: <i>Südchile als Zukunftsland</i> .....	177
BERICHTE .....	181
AUS DEM SCHRIFTTUM	
Mueller: <i>Lehren aus China</i> .....	198
Tiltack: <i>Eine islamische Denkschrift „über Kommunismus und Demokratie“</i> ....	203
Hessler: <i>Was heißt Verrat?</i> .....	204
Guderian: <i>Strategische Zweifel</i> .....	205
FREIE AUSSPRACHE	
Eitel: <i>Zur Frage des „Europäisch Denkens“</i> .....	207
Hinder: <i>Zum Appell von Fabre-Luce</i> .....	208
Heymann: <i>Süße Frucht oder bittere Frucht — China?</i> .....	210
Rein: <i>Zum Tode Heinrich Ritter von Srbiks</i> .....	211

---

## PREIS DES HEFTES: DM 2.30

Vierteljahresbezug: Ausgabe A Mit Inhaltsverzeichnis und Register . . . . . DM 6.35

Ausgabe B Ohne Inhaltsverzeichnis und Register . . . . . DM 6.—

Studienbezug (Nur auf Hörerkarte) . . . . . DM 4.—

Zu allen Dauerbezugspreisen: Zustellgebühr DM —.15 vierteljährlich

Jahrgang gebunden (2 Bände) DM 30.— / Register einzeln: DM 1.—

Postscheckkonto: Kurt Vowinkel Verlag, Ludwigshafen 12461 · Bankkonto: Allgemeine Bankgesellschaft, Filiale Heidelberg



## Die Schriftleitung

## AUSSPRACHE

**Anschriften der Mitarbeiter auf der Rückseite!**

## ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Lily Abegg, zur Zeit auf einer Asienreise, Anschrift über die Schriftleitung — Johannes Barth, Bremen, Holler Allee 59 — Dr. Josef Eitel, Hamburg 13, Isestr. 125 — Siegfried Engel, Konteradmiral a. D., Buxtehude, Lüneburger Schanze — Franz von Gaertner, Hamburg 13, Harvesterhuderweg 35 — Heinz Guderian, Generaloberst a. D., Schwangau 165 über Füssen-Allgäu — Andrea Hessler, über die Schriftleitung — Egon Heymann, Hamburg-Blankenese, Frenssenstr. 6 — Rolf Hinder, Rottendorf bei Würzburg, Schulstr. 87 — Dr. Herbert Mueller, Hamburg-Othmarschen, Cranachstr. 19 — Dr. H. v. zur Mühlen, Hamburg 20, Haynstr. 11 — Prof. Dr. Adolf Rein, Hamburg 39, Willi-Str. 8 — Alfred M. Stahmer, Erdöl-Informationsdienst, Hamburg 36, Alsterufer 4/5 — Dr. A. Weingärtner, „Westdeutsche Rundschau“, Wuppertal-Elberfeld, Kasinostr. 17 — Dr. Norbert Zimmer, Niedersächsische Auswanderer-Beratungsstelle, Hannover, Marienstr. 55 — Dr. Ludwig Dischler, Hamburg 13, Klosterallee 55 — Curt Tiltack, über die Schriftleitung.

An die

Schriftleitung der „GEOPOLITIK“

Heidelberg

Wolfsbrunnenweg 36



JOHANNES BARTH

## *Aufrüstung der Besiegten?*

DER FALL JAPAN

Die Frage einer Wiederaufrüstung ist in Japan gerade seit Januar 1951 sehr akut, aber sie ist doch sehr viel später zur Sprache gekommen, als es in Deutschland der Fall war. Sie ist in Japan eng mit dem Problem des Friedensvertrages verknüpft, über den allerdings seit Jahren diskutiert wird, dessen Abschluß aber bisher durch die bekannten Gegensätze zwischen Ost und West unmöglich gemacht wurde. Friedensvertrag und Wiederaufrüstung sind die beiden großen Probleme, die man in Japan in diesem Jahre einer Lösung zuführen möchte.

Der enge Zusammenhang der beiden Probleme ergibt sich daraus, daß die augenblicklich zwischen den Alliierten bestehenden Abmachungen eine völlige Abrüstung und Entwaffnung Japans vorschreiben. Diese Abmachungen beruhen auf Beschlüssen der *Far Eastern Commission* in Washington, der die 13 ehemals mit Japan im Kriege stehenden Staaten angehören. Nur die *Far Eastern Commission* könnte also die bestehenden Abmachungen aufheben und neue Beschlüsse über eine Wiederaufrüstung Japans fassen. Da aber die Sowjetunion dieser Kommission angehört und in ihr das Vetorecht besitzt, kann das Zustandekommen eines einmütigen Beschlusses zu diesem Pakt nicht erwartet werden; denn die Sowjetunion lehnt eine Wiederaufrüstung Japans entschieden ab. Erst durch einen Friedensvertrag würde sich die heutige Lage entscheidend ändern. Dieser würde Japan die volle Souveränität zurückgeben und der Existenz der *Far Eastern Commission* automatisch ein Ende bereiten.

Noch bis vor wenigen Monaten stand aber selbst unter den westlichen Alliierten die Wiederaufrüstung Japans in Verbindung mit dem Friedensvertrag garnicht zur Diskussion. Niemand wünschte das Wiederauferstehen eines japanischen „Militarismus“ zu erleben, und besonders Australien, Neuseeland und die Philippinen nahmen entschieden gegen jeden derartigen Gedanken Stellung. Man war sich allerdings schon zur Zeit der Verhandlungen um einen Pazifik-Pakt, in dem sich die Philippinen, das Formosa Tschiang Kai-scheks und Südkorea zu einer gemeinsamen Abwehr des Kommunismus zusammenschließen wollten, darüber klar, daß dieser Pakt ohne den Einschluß Japans ein schwaches Gebilde bleiben müßte. Obendrein hätten die Vereinigten Staaten fast das gesamte für den Ausbau einer Verteidigung der drei Länder benötigte Material zur Verfügung stellen müssen.

Auf besondere Veranlassung General MacArthurs hatte Japan in seine neue Verfassung vom Jahre 1946 einen Artikel aufgenommen, der jede Art militärischer Formationen in Japan verbietet. Japan verzichtet ausdrücklich auf das Mittel des Krieges für den Fall, daß es seine politischen Ansprüche anderen Nationen gegenüber durchsetzen will, und verläßt sich auf die Gerechtigkeit und den guten Willen der friedliebenden Nationen, die seine Sicherheit und seinen Bestand verbürgen.



### *Die Haltung Amerikas und der übrigen Alliierten*

General MacArthur hat noch bis in die neueste Zeit hinein seine diesbezügliche Ansicht nicht gändert. In einem Artikel im *Reader's Digest* vom Mai 1950 finden wir eine Äußerung General MacArthurs, daß „Japan zu einer Schweiz im Fernen Osten gemacht werden muß, friedliebend, unmilitärisch und neutral“.

Über die Zweckmäßigkeit eines baldigen Friedensvertrages mit Japan und über seine Einzelheiten waren die Meinungen auch unter den West-Alliierten lange Zeit sehr geteilt. Aber nachdem sich die Länder des Britischen Commonwealth auf der Konferenz in Colombo Anfang 1950 einmütig für einen umgehenden Frieden mit Japan ausgesprochen hatten, trieben die Vereinigten Staaten die Dinge voran. Man wußte, daß eine allzu lang dauernde Besetzung schließlich die Erreichung der gesteckten Ziele gefährde, und wollte baldmöglichst das Verhältnis zu Japan auf eine klare Basis bringen. Da Übereinstimmung mit der Sowjetunion nicht zu erzielen war, entschloß man sich zu einem Separatfrieden und empfahl allen anderen noch im Kriegszustand mit Japan beharrenden Staaten, das gleiche zu tun.

Die Sowjetunion erhob jedoch Einspruch und berief sich dabei auf die Abmachungen vom 1. Januar 1942. Die Vereinigten Staaten dagegen sind der Ansicht, daß die Abmachungen der alliierten Mächte, keinen Separatfrieden mit Japan zu schließen, den Sinn hatten, gemeinsam bis zum endgültigen Siege zu kämpfen, daß sie aber nicht dazu benutzt werden dürfen, einen Friedensschluß mit Japan für alle Zeit zu verhindern, wenn die Wünsche einer einzelnen beteiligten Macht dabei nicht durchgesetzt werden.

Die chinesische Regierung in Peking verlangt als einer der vier Hauptkriegsgegner Japans und als einzige legale Macht im heutigen Reiche der Mitte, zu den Beratungen über einen gemeinsamen Friedensvertrag mit Japan hinzugezogen zu werden.

Präsident Truman aber gab im September 1950 Anweisung, den Friedensvertrag mit Japan vorzubereiten. John Foster Dulles wurde mit den diesbezüglichen Arbeiten betraut. Immer noch war keine Rede von einer Wiederaufrüstung Japans, obgleich der Korea-Konflikt inzwischen ausgebrochen war und die Stellung der Amerikaner auf dem asiatischen Festland zeitweilig stark erschüttert hatte.

Als die wichtigsten Probleme des japanischen Friedensvertrages betrachtete man vor dem Ausbruch des Korea-Konfliktes: Japans wirtschaftliche Zukunft, Japans Stellung zwischen Ost und West, die Sicherheit Japans in Verbindung mit der Sicherheit Amerikas im westlichen Stillen Ozean und die Zukunft und Sicherheit Koreas.

Durch den Ausbruch des Krieges in Korea wurden die beiden letztgenannten Probleme stark in den Vordergrund der Überlegungen gerückt, aber erst nach dem Eingreifen chinesischer Truppen in die Kämpfe auf der koreanischen Halbinsel begann man, die Zweckmäßigkeit oder die Notwendigkeit einer Wiederaufrüstung Japans ins Auge zu fassen und zu diskutieren.

Anfangs wollte es scheinen, als werde der Korea-Konflikt ein erneutes Hinausschieben des japanischen Friedensvertrages zur Folge haben; aber die Frage der



Wiederaufrüstung Japans ließ im Gegenteil die Notwendigkeit eines baldigen Vertragsschlusses immer deutlicher werden. Man sagte sich: Ein Friedensvertrag würde der japanischen Regierung die volle Handlungsfreiheit wiedergeben, würde es ihr ermöglichen, eine positivere Politik beim Aufbau der moralischen und wirtschaftlichen Kraft der Nation zu betreiben und eine größere Dynamik zu entfalten. Ein autonomes Japan, gestützt auf einen Sicherheitspakt mit den Vereinigten Staaten oder den Vereinten Nationen, wäre ein besserer Verbündeter als ein unterworfenen, höriges und in seiner künftigen Marschrichtung noch unentschlossenes Japan.

So und ähnlich argumentierten viele Amerikaner Anfang Dezember 1950. Die Mehrzahl der Senatoren hielt eine Wiederaufrüstung Japans angesichts der drohenden kommunistischen Gefahr für unvermeidlich. Eine klare Stellungnahme Japans zwischen Ost und West schien notwendig geworden.

Wenn aber auch durch einen Friedensschluß mit Japan die Bestimmungen der *Far Eastern Commission* über die Abrüstung und die Entwaffnung Japans aus der Welt geschafft würden, so bliebe doch immer noch der viel diskutierte Artikel in der japanischen Verfassung, der eine Wiedereinführung militärischer Verbände nicht zuläßt und für eine Wiederaufrüstung ein schwer übersteigbares Hindernis darstellt.

Hierzu hat General MacArthur in seiner Neujahrsbotschaft an das japanische Volk mit deutlichen, starken Worten Stellung genommen. Er sagte, daß Japan gezwungen sein könnte, zum Zwecke seiner Selbsterhaltung wiederaufzurüsten, und daß es Japans Pflicht sein könnte, den von der Besatzungsmacht inspirierten Artikel seiner Verfassung aufzuheben, um zusammen mit anderen freien Nationen zu den Waffen zu greifen, wenn internationale Gesetzlosigkeit auch weiterhin den Frieden bedrohen sollte.

„Der Artikel Eurer Verfassung“, sagte General MacArthur, „der den Krieg als Mittel der Politik ausschließt, verkörpert das höchste Ideal der Menschheit in der modernen Geschichte. Es ist ein Ideal, dem schließlich alle werden nachstreben müssen, wenn nicht die Menschheit sich selbst vernichten will. Aber es ist selbstverständlich, daß dieses Ideal vor dem Gesetz der Selbsterhaltung zurückgestellt werden muß, und es wird Japans Pflicht sein, im Rahmen der Vereinten Nationen zusammen mit den friedliebenden Völkern der Erde eine Macht aufzubauen, die in der Lage ist, der Gewalt mit Erfolg entgegenzutreten.“

Die Kommunisten hätten, meinen die Amerikaner, viel besser begriffen als sie selbst, daß Japan der Schlüssel zu Ostasien sei. Japan sei das eigentliche Ziel des kommunistischen Angriffs auf Korea.

Allerdings ist auch die amerikanische Meinung in diesen Fragen nicht ungeteilt. Besonders militärische Kreise stellten sich noch Ende Dezember gegen die Idee eines baldigen Friedensschlusses mit Japan. Sie befürchten, daß ein Friedensschluß der freien Bewegungs- und Operationsmöglichkeit amerikanischer Truppen in Japan ein Ende bereiten würde, auf die gerade jetzt, angesichts der Lage in Korea, nicht verzichtet werden könne.

England befürwortet grundsätzlich einen baldigen Friedensvertrag mit Japan. Dazu meinte allerdings der Londoner *Economist*, daß die Alliierten durch ihre mangelnde Voraussicht in früheren Verhandlungen mit der Sowjetunion und China nun in einer schwierigen Lage seien, denn ihre damalige Zustimmung zur völligen



Abrüstung Japans gebe ihnen keine rechtliche Handhabe, den Japanern jetzt eine bewaffnete Selbstverteidigung zuzugestehen. Indien ist der Ansicht, daß Japan nach Abschluß eines Friedensvertrages der Aufbau einer Verteidigungsmacht gestattet werden müsse. Fremde Truppen sollten aber nur dann in Japan stationiert und fremde Stützpunkte nur dann geschaffen werden, wenn diesbezügliche Abmachungen mit einem freien und autonomen Japan getroffen seien.

Die Freunde Tschiang Kai-scheks in Formosa befürworten einen sofortigen Friedensschluß, der es Japan ermöglichen werde, seine gebührende Rolle im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung zu spielen.

Die Philippinen und Australien zeigen sich immer noch durch den Gedanken einer Wiederaufrüstung Japans erheblich beunruhigt. Die Philippinen wollen selbst vom Wiedererstehen einer Schwerindustrie in Japan, die leicht für Kriegszwecke eingesetzt werden könnte, nichts wissen. Australien hat in letzter Zeit seinen anfänglichen starken Widerstand gegen ein Wiedererstarken Japans gemildert. Man sieht ein, daß der Ausfall eines Schutzes für Japan auch die Stellung Australiens gefährden würde, und sucht nun einen praktischen Weg zu finden, der es Japan ermöglicht, seine Inseln zu verteidigen, der ihm aber niemals die Stärke geben würde, nochmals als Angreifer aufzutreten.

### *Zurückhaltung der japanischen Regierung*

Die Japaner selbst haben sich nach ihrer Niederlage fast widerspruchslos den Wünschen und Forderungen der Amerikaner unterworfen. Über die Zweckmäßigkeit eines Separatfriedens war man allerdings anfangs sehr geteilter Meinung, denn es bedeutet für Japan einen schweren Schlag, wenn ein Friedensvertrag nicht auch die Möglichkeit einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Nachbarland China gewährleistet, ohne die Japan kaum hoffen kann, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit jemals wiederzuerlangen.

Aber im Laufe der Zeit ist man der Besatzung herzlich müde geworden, die nach wie vor in allen Phasen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens spürbar ist. So ist der Wunsch, durch einen Friedensvertrag, wie er Japan seit Jahren versprochen worden ist, endlich wieder Herr im eigenen Hause zu werden, allmählich immer stärker geworden und hat die Bedenken gegen einen Separatfrieden hinweggeräumt. Heute steht die Volksmeinung geschlossen hinter der Feststellung des liberalen Ministerpräsidenten Yoshida, daß Japan bereit sei, mit jedem Lande Frieden zu schließen, das ihm Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zugesteht.

Yoshida hat sich allerdings in wiederholten Verlautbarungen entschieden gegen eine Wiederaufrüstung Japans ausgesprochen. Er steht dabei auf dem Standpunkt, daß Japan seine Verfassung achten müsse, und fürchtet, daß eine Wiederaufrüstung auch ein Wiedererwachen des „Militarismus“ in Japan zur Folge haben könnte, der das Land schon einmal ins Unglück gestürzt habe. Außerdem, meint Yoshida, sei kein Grund für eine Wiederaufrüstung vorhanden, denn ein Dritter Weltkrieg sei nicht zu erwarten. Er werde so verheerende Folgen für die Menschheit haben, daß keine Regierung es wagen könne, ihn zu beginnen.



Man hat diese Äußerungen Yoshidas anfangs nicht sehr ernst genommen. Man hat geglaubt, er wolle sich bitten lassen, um schließlich für Japans Verteidigungsbeitrag möglichst große Konzessionen im Friedensvertrag einzuhandeln. Auch wolle er durch ein allzu bereitwilliges Eingehen auf die amerikanischen Gedanken über eine Wiederaufrüstung Japans nicht diejenigen Staaten erschrecken und zum Widerstand reizen, die noch zögern, sich dem amerikanischen Standpunkt anzuschließen.

Vielleicht ist diese Auffassung von der Haltung Yoshidas, der bisher unbeirrt auf seinem Standpunkt stehen geblieben ist, nicht ganz unrichtig, aber es mögen auch noch andere Gedanken dabei eine Rolle spielen. Japan ist wirtschaftlich garnicht in der Lage, eine Wehrmacht aufzustellen, die schlagkräftig genug ist, um einen modernen Angriff erfolgreich abwehren zu können. Wiederholt hat Yoshida erklärt, daß Japan sich vorbehaltlos den westlichen Alliierten angeschlossen habe und bereit sei, Seite an Seite mit ihnen für die Erhaltung des Friedens und für die Demokratie einzutreten. In seiner Neujahrsbotschaft sagte er: „Wir sind entschlossen, auf der Seite des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit zu bleiben“. Er forderte das Volk auf, in dem sich vielleicht noch jahrelang hinziehenden Kalten Krieg die Nerven nicht zu verlieren. „Wir müssen uns den Geist der Vaterlandsliebe und der Unabhängigkeit bewahren und furchtlos für Gerechtigkeit eintreten. Nur so kann Japan eines Tages unter den Nationen der Erde wieder einen Platz der Ehre und Achtung einnehmen“.

Selbst die starken Worte General MacArthurs am Neujahrstage 1951 haben Yoshida zu keiner Änderung in seiner Haltung bezüglich der Wiederaufrüstung veranlassen können. Yoshida will zweifellos durch seine Politik einer Ausweitung des Korea-Konfliktes entgentreten, vor allen Dingen aber auch jeder Verschlechterung der Beziehungen zu dem für Japan wirtschaftlich so wichtigen China aus dem Wege gehen. Er möchte Japan nicht in die chinesisch-amerikanische Auseinandersetzung hineingezogen sehen.

Auf eine klare Frage im Parlament: „Werden Sie an Ihrem Widerstand gegen eine Wiederaufrüstung festhalten, auch wenn Japan von anderen dazu aufgefordert werden sollte?“ antwortete er ebenso klar: „Ich werde solchen Forderungen nicht nachgeben. Japan muß stets den Geist seiner Verfassung hochhalten.“

### *Geteilte Meinungen*

Yoshidas starke Liberale Partei hat zweifellos in allgemeinen Fragen den größten Teil des Volkes hinter sich, aber was die Frage der Wiederaufrüstung anbelangt, scheint man in weiten Volkskreisen doch sehr geteilter Meinung zu sein. Die beiden Oppositionsparteien, Demokraten und Sozialisten, haben kürzlich ihren Standpunkt in der Frage der Wiederaufrüstung klargelegt. Die Demokraten, vertreten durch den früheren Ministerpräsidenten Ashida, setzen sich entschieden für eine Wiederaufrüstung ein. Ashida hält den Ausbruch eines Dritten Weltkrieges für wahrscheinlich. Er verlangt Zusammenfassung aller nationalen Kräfte und Aufklärung des Volkes, um seine Willensrichtung einheitlich zu formen. Japan müsse schon heute deutlich machen, daß es bereit ist, seinen Beitrag



zu dem Kampf zu leisten, den die Soldaten anderer Nationen jetzt bereits in den Japan nahegelegenen Gebieten kämpfen. Er verlangt das Recht zur Wiederaufrüstung, um an der Seite der friedliebenden Nationen des Westens Japans Aufgabe zu erfüllen, fordert dafür aber auch volle Souveränität und Gleichberechtigung Japans. Seine Partei hat bereits eine Kommission zum Studium der mit einer Wiederaufrüstung zusammenhängenden Fragen gebildet.

Ashida meint, es sei unrealistisch für eine Nation, sich auf die Hilfe anderer zu verlassen, und in der Geschichte gebe es nur wenig Beispiele dafür, daß eine Nation für eine andere ihr Blut gelassen habe.

In scharfem Gegensatz zu den Demokraten stehen die Sozialisten. Sie lehnen nicht nur eine Wiederaufrüstung ab, sondern auch jeden Separatfrieden. Sie sind der Ansicht, daß nur ein gleichzeitiger Friedensschluß mit allen bisherigen Feindstaaten die Lage bereinigen kann und daß Japan in dem Konflikt zwischen Ost und West neutral bleiben müsse, um eine neue Katastrophe zu vermeiden.

Die Meinung des Volkes ist ebenso geteilt wie die der Politiker und der Parteien. Das zeigen besonders die Umfragen, die einige der großen Zeitungen zu dem Problem der Wiederaufrüstung veranstalteten. Die Mehrzahl (45 Prozent) erklärten sich für einen baldigen Separatfrieden, aber die Mehrzahl war auch gegen die Stationierung amerikanischer Truppen in Japan oder die Überlassung von Stützpunkten an die amerikanische Wehrmacht. 54 Prozent sprachen sich für eine Wiederaufrüstung aus, während nur 28 Prozent dagegen waren. Man will die Wiederaufrüstung, weil das Land angesichts der jetzt größeren Gefahr bereit sein müsse sich zu verteidigen und weil es zuviel verlangt sei, von anderen eine erfolgreiche Verteidigung der heimatlichen Inseln zu erwarten.

Die Gegner der Wiederaufrüstung begründen dagegen ihren Standpunkt mit der Heiligkeit der Verfassung, mit der Gefahr, daß Japan durch eine Wiederaufrüstung in einen neuen Weltkrieg hineingezogen werden könne, und der Ansicht, daß es deshalb besser sei, sich auf eine Sicherheitsgarantie der Vereinten Nationen zu verlassen.

In ihrer Unentschlossenheit und Uneinheitlichkeit zeigen die Japaner großes Interesse dafür, wie sich Westdeutschland zu der Frage der Wiederaufrüstung stellt. Dabei kann das westdeutsche Beispiel nicht viel sagen, weil in Japan auch unter der Besetzung die nationale Einheit geblieben ist.

Die Zeitungen sind durchweg der Meinung, daß Japan über kurz oder lang wieder Militär und Waffen haben wird, und haben auch keine Bedenken gegen die Überlassung von Stützpunkten in Japan an Streitkräfte der Vereinten Nationen, die an der Verteidigung Japans teilnehmen wollen.

„Unter den heutigen Umständen“, schreibt die *Yomiuri*, „kann ein völlig entwaffnetes Land nur dazu verlocken, daß andere darüber herfallen. Wenn auch eine Sicherheitsgarantie der Vereinten Nationen sehr wichtig ist, kann doch Japan keine Achtung in der Welt genießen, wenn es nicht selbst an seiner Verteidigung teilnimmt.“

Ogleich das Resultat der Zeitungsumfragen erkennen läßt, daß der Verteidigungswille des japanischen Volkes nicht erloschen ist, bleibt es doch zweifellos der Wunsch aller Japaner, jeden weiteren Krieg, wenn irgend möglich, zu ver-



meiden. Das ist nicht nur das Resultat der amerikanischen Umerziehung seit der Besetzung des Landes, sondern eher eine Folge der in mehr als zehn Kriegsjahren gemachten bitteren Erfahrung. Dagegen spricht auch nicht, daß für die Bereitschaftspolizei in Stärke von 75 000 Mann, die im vorigen Jahr aufgestellt wurde, schon in den ersten Tagen mehr als 300 000 Bewerbungen einliefen. Das ist vielmehr auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die besonders die früheren aktiven Angehörigen der Wehrmacht in Mitleidenschaft gezogen hat.

Die Japaner wissen genau, daß die wirtschaftliche Lage des Landes nicht gestattet, jemals wieder einen großen Krieg zu führen. Die Illusion, daß eine vom wahren Geist beseelte und in gerechter Sache kämpfende Truppe auch mit Bambuslanzen gegen Panzer siegreich sein kann, hat realistischerem Denken Platz gemacht. Aber die Liebe zur Heimat und die Opferbereitschaft sind geblieben. Sie werden sich wieder zeigen, wenn die Japaner einst das Land wieder ihr eigen nennen können. Geblieben ist aber auch das Problem, dem Volk von 83 Millionen eine ausreichende Existenzbasis zu geben, die durch die Abtrennung Formosas, Koreas und der Mandschurei verloren gegangen ist.

Trotz aller Abneigung gegen einen neuen Krieg wird vielleicht mancher Japaner bereit sein, nochmals zu den Waffen zu greifen, wenn ihm als Belohnung die Zurückgewinnung einer Existenzmöglichkeit in Aussicht gestellt wird. Es dürfte aber nur wenige geben, die gewillt sind, ihr Leben für die Herrschaft des weißen Mannes in Ostasien zu opfern.

Japan braucht Amerika, um überhaupt leben zu können. Japan ist Amerika dankbar für die Hilfe, die es in den letzten Jahren erhalten hat, und für die großzügige Behandlung, die ihm nach der Niederlage zuteil wurde. Es wird diese Dankbarkeit nicht leicht vergessen, aber bei einem ernsten Zerwürfnis zwischen den Vereinigten Staaten und China gerät Japan in eine schwierige Lage, denn es braucht in Zukunft die Freundschaft und die Mitarbeit Chinas ebenso nötig wie die der Vereinigten Staaten. Japan wird alles daran setzen müssen, sich die Freundschaft beider Länder zu erhalten, und kann so vielleicht die glückliche Rolle eines Vermittlers in dem drohenden Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China spielen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch Yoshidas Ablehnung einer Wiederaufrüstung Japans am besten zu verstehen. Ob er an dieser Ablehnung festhalten wird und kann, hängt von der weiteren Entwicklung der Weltpolitik ab. Niemand wird heute vorauszusagen wagen, ob Japan eines Tages wieder eine Wehrmacht haben wird oder nicht. Man kann nur hoffen, daß es nicht nötig sein wird, und daß Japan seine Stellung als stabilisierender Faktor im ostasiatischen Raum auch ohne Waffengang eines Tages wiedergewinnen wird. Dann könnte Japan die Länder Ostasien zu friedlicher Zusammenarbeit mit denen des weißen Mannes heranzuführen, dessen Lebensart und Handlungsweise Japan jetzt besser als jedes andere asiatische Volk kennen und in mancher Beziehung wohl auch schätzen gelernt hat.



ALFRED M. STAHRER

## *Weltmacht Erdöl*

### *Ölstandorte haben Sonderbedingungen*

Seit rund 100 Jahren wird im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Mittelengland und in Pennsylvanien in großem Ausmaße Steinkohle abgebaut, mit deren Hilfe es überhaupt erst möglich war, die industrielle Entwicklung der Neuzeit in die Wege zu leiten. In der Nähe der Kohlengruben wurden Wohnungen für die Bergarbeiter errichtet. Andere Wirtschaftsunternehmungen, die die Nachbarschaft des Brennstoffes Kohle suchten — Stahlwerke, Maschinenfabriken usw. — traten hinzu, und es entwickelten sich ganze Industriegebiete, die einen bedeutenden Teil der Bevölkerung aufzogen und heute das kulturgeographische Bild der hochindustrialisierten Länder wesentlich mitbestimmen. Natürlich sind Reviere wie die an der Ruhr, in Oberschlesien, in Mittelengland oder auch im Donez-Becken nur dort entwickelt worden, wo man ergiebige, für einen Abbau von Jahrzehnten oder Jahrhunderten ausreichende Kohlenvorräte gefunden hatte.

Die auf der Kohle basierenden Industriegebiete waren bereits vor 50 oder 100 Jahren wichtige Bausteine der Weltwirtschaft. Sie sind es noch heute, und sie werden es aller Voraussicht nach auch in den nächsten 50 oder 100 Jahren bleiben.

Ganz anders liegen die Dinge bei dem zweiten großen Energiequell der Erde, der mit der Motorisierung einen so steilen Aufschwung genommen hat, dem Erdöl. Gewiß sind auch Tulsa, Houston, Baku oder Abadan, die ihr Dasein in erster Linie dem Öl verdanken, zu bedeutenden Orten entwickelt worden. Aber sie können sich doch nicht entfernt mit Menschenballungen vergleichen, wie sie durch die Kohle oder die Kombination Kohle-Eisen entstanden sind. Diese Tatsache beruht natürlich keineswegs auf einem Zufall. Wenn wir nach den Gründen fragen, so wird uns die Antwort gleich mitten in die Problematik der Ölwirtschaft der Welt hineinführen. Drei Faktoren sind es, die das Öl grundsätzlich von dem Schwesterrohstoff Kohle unterscheiden.

Erstens: Die Kohle ist in hohem Grade arbeitsintensiv. Ihr Abbau ist nicht möglich ohne ein Heer von Bergleuten, deren Arbeitsleistung, wie wir es jetzt wiederum erfahren, über das Ausmaß der Förderung entscheidet. Demgegenüber erfordert die Erdölgewinnung und auch die Verarbeitung des Öls vergleichsweise nur wenig menschliche Hilfskräfte. Natürlich müssen gut ausgebildete Bohrmannschaften, Geologen, Geophysiker, Ingenieure, Raffineriearbeiter und Chemiker ans Werk gehen. Aber wo die Kohle mit Hunderttausenden von Arbeitskräften rechnen muß, braucht das Öl nur einen Bruchteil davon. Ist einmal die Bohrung niedergebracht und fündig geworden, so eruptiert das Öl selbsttätig, oder es wird mit Hilfe maschineller Tiefpumpen gefördert. Pumpen drücken es von den Ölfeldern zu den Verladestationen, und in dem Gewirr von Röhren, Destillationskolonnen und Spezialanlagen der Raffinerien läuft es dann automatisch — oder jedenfalls von wenigen Männern gesteuert — durch den Verarbeitungsprozeß, um schließ-



lich, aufgeteilt in die einzelnen Produkte, zum Verbraucher weitergeleitet zu werden.

Der zweite Grund dafür, daß sich die Bevölkerung nicht in gleicher Weise oder jedenfalls nicht auf die Dauer um die Produktionsgebiete des Öls massiert, liegt in dem ganz anderen Charakter des Rohstoffes und seiner Bedingungen an sich. Kohle ist fest und statisch. Sie steht in großer Masse in Lagerstätten an, deren Umfang verhältnismäßig einfach berechnet werden kann und die Abbauplanung über viele Jahrzehnte hinaus erlaubt. Das Öl ist der einzige flüssige Rohstoff von weltwirtschaftlichem Rang. Es ist dynamisch. Die Berechnung der Ölreserven ist für den Geologen vielfach eine außerordentlich schwierige Aufgabe, da er die wechselnde Porosität, Permeabilität und Mächtigkeit des Gesteins, tektonische Verwerfungen und vor allem die stark differierenden Eigenschaften der einzelnen Ölsorten, ihren Gasgehalt, ihre Viskosität und nicht zuletzt die Druckverhältnisse, unter denen das Öl steht, einkalkulieren muß. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Erdölvorkommen, auf die man anfänglich große Erwartungen setzte, später schneller Erschöpfung entgegengingen, und umgekehrt, daß weniger günstig beurteilte Lagerstätten durch die Erschließung neuer ölführender Horizonte in der Tiefe oder die Auffindung weiterer Feldesteile eine überraschend positive Entwicklung nahmen. Allgemein gilt, daß die einzelne Erdöllagerstätte schneller erschöpft bzw. ausgebeutet ist als das einzelne Kohlevorkommen. Daß der Untergrund der Erde an vielen Stellen unerhört reiche Erdöllager in sich birgt, steht auf einem anderen Blatt.

In jedem Fall unterliegt es keinem Zweifel, daß man bei langfristigen Städteplanungen großen Stils allenfalls auf dem Gebiete der Erdölverarbeitung, nicht aber bei der Erdölgewinnung mit absolut sicheren Voraussetzungen rechnen kann. Es mag scheinen, als ob diese Feststellung durch Beispiele wie Pennsylvanien oder Baku, wo man schon seit über 80 Jahren Öl produziert, widerlegt wird. Aber Pennsylvanien ist als Lieferant von Erdöl in den USA nur noch der hohen Qualität der dort gewonnenen Rohölsorten wegen von Bedeutung. Quantitativ spielt es gegenüber den neueren Ölprovinzen wie Texas und Louisiana keine Rolle mehr. Und in Baku, das immer noch Kernstück der sowjetischen Erdölausbeute ist, kommt die Masse der Produktion aus Feldesteilen, die man erst nach dem Ersten Weltkrieg erbohrte, nicht aus den historischen Sonden von Binagady, Sabuntschy oder Bibi Eibat. Im Ersten und später im Zweiten Weltkriege waren es die gleichen Kohle- und Stahlzentren, mit deren Hilfe die Heere ausgerüstet wurden. Aber geölt wurde die Kriegsmaschinerie 1940 aus ganz anderen Quellen, als es 1914 der Fall war. Im Zweiten Weltkriege verhalfen Ölproduzenten wie Venezuela und Persien — von den neuerschlossenen Vorkommen in Texas und Louisiana ganz abgesehen — den westlichen Alliierten zum Sieg. 1914—18 war es das Öl aus den älteren Fördergebieten der USA, aus Mexiko und Niederländisch-Indien.

Die zwangsläufige Verlagerung der Erdölgewinnung in neuerschlossene Produktionsgebiete stellt die technische und wirtschaftspolitische Planung naturgemäß vor immer neue und nicht immer leicht zu lösende Probleme. Es ist charakteristisch, daß sich ein in Texas bestehender Klub der Ölgeologen und -ingenieure die Bezeichnung „*The Nomads*“ zugelegt hat. Der hochqualifizierte Wissenschaftler

oder Techniker, der bei einer der großen internationalen Ölgesellschaften tätig ist, führt allerdings ein Nomadendasein. Er wird heute nach Venezuela, morgen nach Saudi-Arabien und übermorgen nach Alaska geschickt. Und wenn seine Arbeit Erfolg hatte, folgen ihm die Schiffsladungen mit Bohrgeräten und Bohrleitungen, wachsen die Raffinerien an den tropischen Küsten oder in der Wüste Arabiens empor, und steuern die Kapitäne der Tankschiffe neue Ölhäfen an: Es handelt sich um eine ständige industrielle Pionierarbeit.

Noch ein drittes spezifisches Kennzeichen des Rohstoffes Erdöl muß erwähnt werden: Der krasse Unterschied zwischen ölarmen und ölreichen Ländern oder mit anderen Worten die eigenartige Tatsache, daß die ergiebigsten Erdöllagerstätten in menschenleeren, weit abgelegenen Gebieten liegen — man denke nur an Südpersien, Arabien, die tropischen Wälder von Venezuela und Kolumbien oder auch an die Steppen von Westtexas —, und die Tatsache, daß andererseits die geologischen Verhältnisse im Boden volkreicher Länder wie England, Frankreich, Italien oder auch Japan, China und Brasilien die Bildung von Erdölvorkommen überhaupt nicht oder nur in geringem Umfange ermöglichen.

In groben Umrissen zeichnen sich also bereits folgende Charakteristika ab: Das Öl fließt entweder frei aus oder wird maschinell durch Pumpen gefördert und weitgehend mechanisch verarbeitet. Die Mineralölindustrie ist, wenn man von dem weitverzweigten Netz der Verkaufsorganisation bis zur Tankstelle absieht, wenig arbeitsintensiv und daher auch weniger als beispielsweise die Kohle von Streiks bedroht. Die Lebensdauer der Erdölfelder ist normalerweise geringer als die von Kohlen- oder Erzgruben. Damit ist der Zwang zur steten Suche nach neuen Vorkommen gegeben. Das Schwergewicht der Ölausbeute und bis zu einem gewissen Grade auch der Verarbeitung und der Transportwege verlagert sich ständig. Die flüssige Natur des Rohstoffes fordert zudem ihre eigenen technischen Formen wie die Rohrleitung, den Tanker, den Kesselwagen, die Raffinerie und die Zapfstelle. Und schließlich ist das Öl nicht gleichmäßig im Untergrund der Erde verteilt. Eine Laune der Natur hat Länder, die früher als arm galten, mit dem flüssigen Gold reich beschenkt und diesen Schatz anderen Staaten mit großer Bevölkerungszahl gänzlich vorenthalten oder es ihnen nur in geringem Maße zukommen lassen.

### *Erdölgeographie*

Wer die Einfuhrlisten der letzten Jahre von Deutschland oder einem anderen westeuropäischen Land studiert, wird feststellen, daß in ständig wachsendem Ausmaße Rohöl aus Staaten des Nahen Ostens importiert wird, in denen man zum Teil überhaupt erst seit wenigen Jahren Öl produziert, die aber innerhalb kurzer Zeit einen führenden Platz bei der Versorgung des europäischen Kontinents gewonnen haben: Persien, Saudi-Arabien, Irak, Kuwait, Bahrein und neuerdings auch die kleine, bisher völlig unbekannte Halbinsel Qatar. Daneben ist freilich nach wie vor Venezuela Lieferant von asphalthaltigen oder von für die Schmierölerzeugung gut geeigneten Rohölen. Aber im gleichen Maße, in dem der Anteil der Nahost-Rohöleinfuhren steigt, gehen die Lieferungen aus Venezuela immer weiter zurück.

In den Einfuhrstatistiken stehen die Namen der genannten Länder. Aber es sind



nicht Südamerikaner oder Araber, die das Öl besitzen und verkaufen. Die Ölkonzessionen der westlichen Welt befinden sich ganz überwiegend in den Händen kapitalkräftiger amerikanischer und britischer oder britisch-niederländischer Gesellschaften, die in der Lage sind, das außerordentlich hohe Risiko jahrelanger Voruntersuchungen und Pionierarbeiten zu tragen und die Millionenbeträge zum Bau von Raffinerien und tausend und mehr Kilometer langer Ölleitungen flüssig zu machen. Die Aufwendungen dieser Ölkonzerne erfolgen, da die Ausrüstungen und auch die Angestellten zumeist aus den Heimatländern kommen, in Dollar- oder Pfunddevisen. Logischerweise wird auch das gewonnene Öl in den ausländischen Konzessionen, sei es in Südamerika oder im Nahen Osten, ganz oder jedenfalls überwiegend gegen Dollar oder Pfunde verkauft, je nachdem ob es sich um eine amerikanische oder britische Gesellschaft handelt. Man spricht von Dollar- oder Sterling-Öl. Und da sowohl britische als auch USA-Gesellschaften in den Ländern wie Venezuela, Kolumbien oder auch im Irak Konzessionen haben oder an Konzessionen beteiligt sind, gibt es in Venezuela oder im Irak sowohl Dollar- als auch Sterling-Öl. Angesichts des Dollarmangels in Europa sah es eine Zeitlang so aus, als ob es zu einem ernststen Konkurrenzkampf zwischen Dollar- und Sterlingöl kommen würde. Aber die amerikanischen Gruppen haben zahlreiche Verarbeitungsanlagen und gutorganisierte, weitverzweigte Absatzorganisationen in Europa, die das Dollaröl aufnehmen, ohne das der europäische Ölbedarf im übrigen auch garnicht befriedigt werden könnte.

Die geographisch-nationale Verteilung der ölindustriellen Werte über die Kontinente und Länder auf der einen und die internationalen Besitzverhältnisse der großen privaten Ölgruppen und der staatlichen Gesellschaften auf der anderen Seite sind gleich wichtig; denn wenn auch die Ölgesellschaften in manchen kleinen Ländern nahezu einen Staat im Staate bilden, so wirkt sich doch auch die geographische Lage und die politische Souveränität nachhaltig aus. Es sei nur an den Fall Haifa erinnert. (Heute noch verhindern Maßnahmen der Regierung von Irak, daß Rohöl aus Kirkuk zu der stillliegenden Raffinerie in Haifa gepumpt wird, da man in Bagdad den neuen Staat Israel nach wie vor boykottiert. Ebenso lassen die Ägypter keinen Tanker durch den Suezkanal passieren, der arabisches Rohöl auf dem Seewege nach Haifa bringen will.)

Ölhöfuge Gebiete, d. h. Gegenden, in denen die geologische Voraussetzung für die Ansammlung von Erdöl gegeben ist, gibt es überall, wo der Untergrund aus Ablagerungen früherer Meere, sogenannter Sedimentschichten besteht, während die Auffaltungen von Gebirgen aus kristallinem Urgestein wie in Skandinavien oder von tektonischen Veränderungen weniger berührte Gesteinsplatten wie der Afrikanische Schild von vornherein ausscheiden.

Auf unserer Karte sind die aussichtsreichen Ölgebiete dunkel angelegt, die weniger in Frage kommenden, aber immerhin möglichen Fundgebiete schraffiert. Wir sehen den breiten Gürtel, der sich am Ostrand des Felsengebirges und dann der Anden vom Eismeer durch Kanada, durch die USA und Mexiko, über das Karibische Meer greifend, nach Venezuela, Kolumbien, Ekuador, Peru, Argentinien bis hinunter zum Feuerland zieht. Der ganze afrikanische Kontinent ist ölar. Für die Erschließung von Produktionsfeldern in Afrika kommen nur Randgebiete wie

Ägypten, Marokko und Algerien in Frage. In dem geologisch vielgestaltigen Europa wechseln Hoffungsgebiete mit aussichtslosen Strecken. Zu den ersteren zählen Nordwestdeutschland und die Niederlande, das Rheintal, die Voralpen und das Vorland der Pyrenäen, Mittelengland, das Wiener Becken und das Vorland der Karpathen von der Slowakei über Galizien bis Rumänien sowie Teile Jugoslawiens und Albaniens. Riesige Strecken der Sowjetunion sind dunkel oder schraffiert angelegt. Gewiß ist das ein Zeichen dafür, daß die Sowjets noch bei weitem nicht alle Chancen ausgenutzt haben, die sich ihnen für die Ölsuche bieten. Auf der anderen Seite muß dabei aber klar gemacht werden, daß unser Bild den Laien leicht zu der Vorstel-



lung verführen kann, daß man in dem dunkel angelegten Gebiet nur in den Boden hineinzubohren braucht, um ein Ölvorkommen zu erschließen. Das ist natürlich keineswegs der Fall. Vielmehr sind hier zwar die regional-geologischen Voraussetzungen gegeben, aber die große Frage ist: an welcher Stelle hat sich das Öl in wirtschaftlich lohnender Menge angereichert, wo finden sich die sogenannten Ölstrukturen, Antiklinalen, Salzstöcke, stratigraphischen Fallen? Und weiter: ist dort ein poröses, nach oben gut abgedecktes Speichergestein vorhanden? Ein kleines, auf unserer Karte gar nicht wahrnehmbares Fleckchen Erde wie die Apscheron-Halbinsel bei Baku ergibt, weil alle günstigen Bedingungen gegeben sind, sehr reiche Erträge, während weite, theoretisch aussichtsreiche Flächen enttäuschen, weil keine oder nur schlecht ausgebildete Speichergesteine angetroffen wurden. Der schwarze Fleck rund um den Persischen Golf hat gegenwärtig jedenfalls weit mehr praktische Bedeutung als die großen dunklen Flächen in Sowjetrußland. In Indien und Pakistan sind nur schmale Streifen ölhöfzig, dasselbe gilt für China. Indonesien bildet als reiches Ölland in Ostasien eine Ausnahme. Australien kann man nach der bisherigen Kenntnis der Dinge als einen ziemlich hoffnungslosen Fall bezeichnen.



### Erdölproduktion

Unsere zweite Karte zeigt die Verteilung der Erdölproduktion des Jahres 1949 über die Kontinente. 1950 hat sich an dem prozentualen Anteil relativ wenig verändert. Die Darstellung ist daher noch immer typisch für den gegenwärtigen Stand. Mehr als die Hälfte des Erdöls, das heute laufend gewonnen wird, stammt aus den USA. Die Vereinigten Staaten sind die führenden Ölproduzenten der Welt. Und nicht nur das, — sie haben auch die Technik der Erdölsuche und Erdölgewinnung zu einem außerordentlichen Hochstand entwickelt. Die *Prosperity* und der hohe Stand der Motorisierung in Nordamerika, zwei Dinge, die zweifellos im Zu-



sammenhang miteinander stehen, stützen sich auf diesen Ölreichtum. (Daß die Vereinigten Staaten das Öl, das sie im eigenen Boden gewinnen, auch selbst restlos verbrauchen, steht auf einem anderen Blatt.)

Auch der Zweite auf der Weltrangliste ist ein amerikanischer Staat, Venezuela. Dieses Land hat sich innerhalb von drei Jahrzehnten zur Weltölmacht entwickelt. Mit einer Förderung von 78 Millionen t hatte es 1950 einen Anteil von 15 Prozent an der gesamten Ausbeute der Erde. Die Förderung Venezuelas ist international besonders interessant, weil sie zu einem sehr großen Teil für den Export, d. h. für die zusätzliche Versorgung Nordamerikas, ölarmer südamerikanischer Staaten wie Brasilien und Chile, Europas und Afrikas zur Verfügung steht.

In Nordamerika kommen zu den USA noch Kanada und Mexiko hinzu, die beide in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht haben. Mexiko, dessen Förderung nach der Verstaatlichung jahrelang stagnierte, kommt mit nordamerikanischer Hilfe wieder voran. In Südamerika sind außerdem Kolumbien, Argentinien, Trinidad und Peru nennenswerte Ölproduzenten. Der gesamtamerikanische Kontinent stellte 1950 rund 72 Prozent, d. h. fast drei Viertel der Weltförderung.

In der Östlichen Hemisphäre sind die Ausmaße sehr viel bescheidener. Die Sowjetunion steht an dritter Stelle der Weltproduktionsliste. Wenn man bedenkt, daß

Rußland um die Jahrhundertwende mehr als die Vereinigten Staaten förderte, ja sogar mehr als die Hälfte der Welterdölausbeute stellte, so wird deutlich, daß die Sowjets mit dem gegenwärtigen Anteil von etwas über 7 Prozent weit zurückgefallen sind. Persien produziert heute schon 6 Prozent der Weltförderung, Saudi-Arabien 5 Prozent und Kuwait mehr als 3 Prozent. Die Länder um den Persischen Golf hatten 1950 zusammengekommen einen Anteil von 16,4 Prozent. Sie sind stark im Kommen, und es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß sie bei einer friedlichen politischen Entwicklung bald ein Drittel oder mehr der Weltölproduktion bestreiten werden. Hier liegt die durch entsprechende Reserven wohlfundierte Ölbasis Europas. Venezuela scheidet mehr und mehr aus, da es für die Versorgung des amerikanischen Kontinents in wachsendem Maße herangezogen wird.

Die Fördertürme in Indonesien, Osteuropa, Afrika und Westeuropa nehmen sich neben den „big four“ nur unbedeutend aus. Aber man darf nicht vergessen, daß manche kleineren Länder den eigenen Bedarf voll befriedigen können oder wie Indonesien auch ansehnlich exportieren und daß andere Industriestaaten — wie auch die Bundesrepublik mit ihren 1,1 Millionen t — einen wertvollen Beitrag aus eigener Förderung für die einheimische Versorgung erhalten.

Nach den Berechnungen maßgebender geologischer Fachleute waren in der Welt Anfang 1950 rund 11 Milliarden t Erdölreserven im Untergrund nachgewiesen. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1950 über eine halbe Milliarde t Öl produziert wurde, ist das nicht viel. Rein rechnerisch würden die Vorräte nur für knapp 20 Jahre ausreichen. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß es der gemeinsamen Arbeit der Geophysiker, Geologen und Bohringenieurere, unterstützt von der Finanzkraft der großen Ölgruppen, alljährlich gelingt, mehr Öl neu zu entdecken als gefördert wird. Die Ziffer der nachgewiesenen Untertagevorräte ist heute größer als jemals.

Interessant ist die Verteilung der sicheren Reserven auf die Ölkontinente. Hier zeigt sich ein ganz anderes Bild als bei der Produktion. Der Nahe Osten domi-

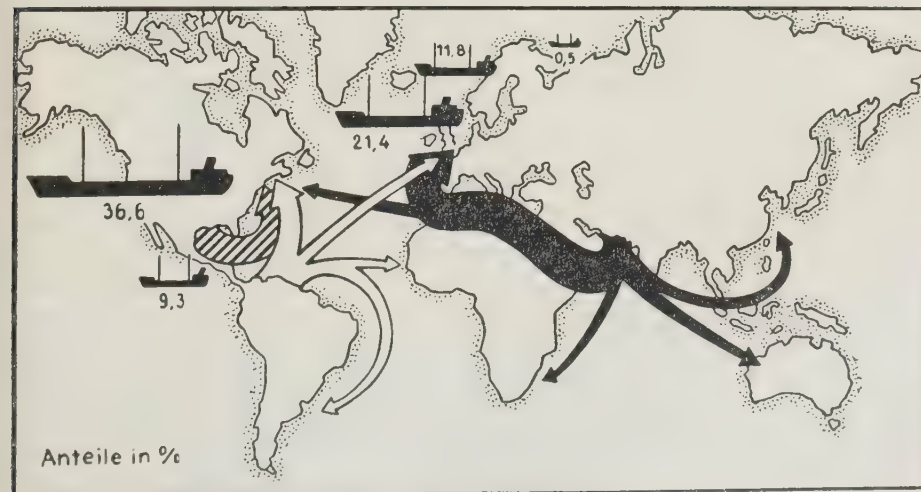




nirt mit einem überraschend hohen Anteil von rund 40 Prozent. Man muß dabei noch berücksichtigen, daß die Erforschung der Lagerstätten in Ländern wie Saudi-Arabien erst in den Anfängen steckt. Auf der gesamten arabischen Landbrücke und in Persien sind noch manche Überraschungen in positivem Sinne zu erwarten. Nordamerika kann immerhin ein Drittel der Vorräte für sich buchen, das ist eine gute Sicherung für die Aufrechterhaltung der Produktion im gegenwärtigen Umfange. Südamerika steht mit 14 Prozent an dritter Stelle. Auch hier ist das letzte Wort bei weitem noch nicht gesprochen. Die Schätzungen über die nachgewiesenen Erdölreserven der Sowjetunion schwanken stark. In unserer Darstellung wurde eine Maximalziffer zugrundegelegt, bei der sich ein Anteil der Sowjetunion an den sicheren Ölreserven von 9,6 Prozent ergibt. Indonesien folgt in weitem Abstand mit 1,9 Prozent. In Europa und Afrika handelt es sich nur um Bruchteile.

### Öltransport

Die Hauptfördergebiete des Öls sind also in abgelegenen Ländern zu finden. Für die Ölgesellschaften ist daher die Lösung des Transportproblems eine Kardinalfrage. Von der klassischen *Pipeline* der *Tide Water*, die von Pennsylvanien zur Ostküste gebaut wurde, um das Transportmonopol Rockefellers zu brechen, über die zu ihrer Zeit aufsehenerregende Leitung von Baku am Kaspischen nach Batum am Schwarzen Meer bis zu dem dichten, viele Tausende von Meilen umfassenden Öl- und Gasleitungsnetz in den USA und der berühmten *Tapline*, die kürzlich eröffnet wurde, ist ein weiter Weg. Heute ist die internationale Ölindustrie einer der Hauptkunden der großen Röhrenwerke in den USA, Deutschland und England. Im Nahen Osten, in Venezuela und in Texas enden die Leitungen in den Ölhäfen, wo die Tanker bereit liegen, um das Rohöl oder Fertigprodukte wie Benzin und Dieselöl den überseeischen Abnehmern zuzuführen. Vor dem Zweiten Weltkriege besaßen Großbritannien und die skandinavischen Länder die größten Ölfлотten der Welt. Im Kriege baute Amerika dann die berühmten T 2-Serienschiffe





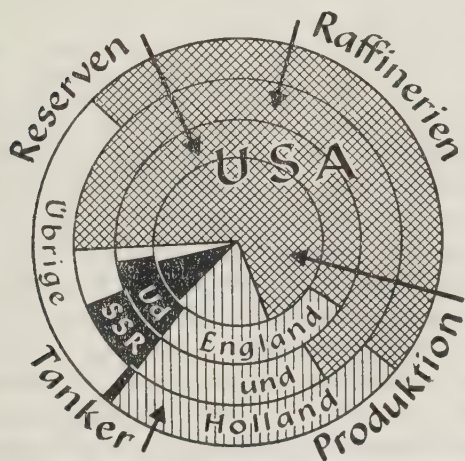


konzentriert. Im Nahen Osten wurde das berühmte Werk von Abadan am Schatt-el-Arab errichtet, das Indien, Australien und Afrika mit Produkten versorgt. Zusammen mit den Anlagen in Bahrein, Ras Tanura in Saudi-Arabien, Haifa und einigen kleineren beteiligt sich der Nahe Osten immerhin mit 8 % an der Raffineriekapazität der Welt. Er übertrifft damit die Sowjetunion, die 6 % der Raffinerien für sich buchen kann. Auf dem Gebiet der Verarbeitung bot sich auch Europa die Chance, durch den Bau entsprechender Anlagen eine Unabhängigkeit zu erlangen, die bei der Gewinnung des Rohstoffes unmöglich erscheint. Die Bestrebungen in dieser Hinsicht erhielten nach dem Kriege durch den Marshallplan einen starken Impuls. England, Frankreich, Italien, die Benelux-Union und auch Westdeutschland werden am Ende des Marshallplans voraussichtlich nur noch Rohöl und keine Fertigprodukte mehr einführen und dadurch erhebliche Devisenbeträge einsparen.

### Erdöl als Machtgrundlage

Das Gegenstück zu dem geographischen Überblick ist die Verteilung der Lose auf die Ölmächte der Welt. Von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, gehören die Ölfelder und Raffinerien Südamerikas und des Nahen Ostens den anglo-amerikanischen Ölgesellschaften. Die graphische Darstellung zeigt in prägnanter Weise die Verteilung des Öls und der technischen Anlagen für seine Verarbeitung. In dem Verhältniskreis sehen wir den Anteil der USA, der britisch-niederländischen Öl-

macht, der Sowjetunion und schließlich den übrigen Rest in den vier wichtigsten Zweigen der Ölwirtschaft: Produktion, Reserven, Raffinerien, Seetransportmittel. Der erste Blick zeigt bereits das starke Übergewicht der USA, das bei Produktion und Raffinerie besonders stark ist. Rund zwei Drittel der laufenden Erdölgewinnung und der Raffineriekapazität der Welt liegen in Händen von amerikanischen Privatfirmen. Die bedeutendsten von ihnen sind die aus dem alten Rockefeller-Trust hervorgegangene Standard Oil Co. of New Jersey, die Esso, ferner die auch in Deutschland vertretene



Socony-Vacuum Oil Co., die Texas Co. und die Standard Oil of California, (die beiden letzteren operieren in der Östlichen Hemisphäre gemeinsam als Caltex), sowie die Gulf Oil Co. Es wäre allerdings falsch anzunehmen, daß die genannten fünf Spitzengesellschaften in den USA ein Monopol ausüben. Vielmehr stehen hunderte von größeren und kleineren Firmen daneben, die zusammen einen außerordentlich hohen Prozentsatz der amerikanischen Ölproduk-

tion, der Verarbeitung und des Absatzes für sich beanspruchen können. Diese sogenannten „Unabhängigen“ spielen eine größere Rolle, als man gemeinhin annimmt.

Die britisch-niederländische Ölmacht stützt sich in erster Linie auf den Besitz der Shell-Gruppe und der Anglo-Iranian Oil Co. Shell und Anglo-Iranian sichern England und den Niederlanden einen Anteil von knapp einem Viertel an der Welt-erölindustrie. Die Shell ist eine reine Privatgesellschaft, die Anglo-Iranian gehört zu 52,5 % der britischen Krone. Beide Gesellschaften besitzen eine bedeutende Tankerflotte. Als Tankreeder und durch den Konzessionsbesitz von Reserven in Iran und Kuwait ist die britisch-niederländische Ölmacht besonders stark.

Die Sowjetunion einschließlich ihrer osteuropäischen Satelliten hat einen Anteil an den vier Zweigen der Ölindustrie, der zwischen 0,6% bei der Tankschiff-fahrt und 10,2% bei den Reserven variiert. Die Westmächte sind den Sowjets auf dem Gebiet des Rohstoffes Erdöl weit überlegen. Der Rest der ölindustriellen Machtpositionen verteilt sich in der Hauptsache auf die Staatsgesellschaften von Mexiko, Frankreich und Argentinien sowie auf Tankerreedereien in den skandinavischen und anderen europäischen Ländern, die als freie Ölspediteure der See fungieren.

In früheren Jahren ist in der Weltöffentlichkeit vielfach in sensationeller Form über die Machtkämpfe der einzelnen Ölgesellschaften berichtet worden. Manches war übertrieben, einiges entsprach den tatsächlichen Verhältnissen. Heute ist zwar immer noch ein starker Wettbewerb auf den internationalen Absatzmärkten festzustellen. Aber auf vielen Gebieten haben sich die amerikanischen und britisch-niederländischen Ölgesellschaften zusammengetan, um das Risiko zu verteilen und ein unnötiges Gegeneinander zu vermeiden. Der geradezu klassische Pool der internationalen Ölwirtschaft ist die Iraq Petroleum Co., die IPC, die nicht nur ganz Irak unter Konzession hat, sondern mit ihren Tochtergesellschaften auch Gerechtsame in Syrien, Jordanien, Israel, Qatar, der südostarabischen *Trucial Coast* usw. besitzt. Die Iraq Petroleum Co., gehört zu je 23,75 % der Shell, der Anglo-Iranian Oil Co., der staatlichen Cie. Française de Pétrole und einer gemeinsamen Gruppe Standard-Esso-Socony Vacuum, 5 % verbleiben für den berühmten Herrn Calouste Gulbenkian als Vermittlerprovision für frühere Dienste. Aber nicht nur im Irak, auch in fast allen anderen überseeischen Ölländern sind die Interessen der großen Gesellschaften miteinander verknüpft und verflochten. Kuwait gehört zu 50% der amerikanischen „Gulf“, zu 50% der Anglo-Iranian Oil Co. In den Besitz der Raffinerie Haifa teilen sich Shell und Anglo-Iranian, die in England auch eine gemeinsame Absatzorganisation unterhalten. In Österreich und Ägypten sind Shell und Socony-Vacuum gemeinsam interessiert. An der Gewinnung in Holland und einem kleineren Teil der deutschen Produktion partizipieren gemeinsam die Esso und die Shell. Eine der bedeutendsten Pool-Gesellschaften ist die Arabian American Oil Co., die Aramco, die zu je 30% der Esso, der Standard of California und der Texas Co. und zu 10% der Socony Vacuum Oil Co. gehört.



*Der Nahe Osten*

Die Analyse der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge in der Welterdölindustrie führt immer wieder zum Angelpunkt des Nahen Ostens. Die Erschließung der Ölschätze des Vorderen Orients, die in Persien und im alten biblischen Zweistromland begann und auf den Bahrein-Inseln, in Saudi-Arabien, Kuwait und Qatar fortgesetzt wurde, hat diese Gebiete aus jahrhundertelanger Versunkenheit herausgerissen und zu einem tragenden Faktor der Weltwirtschaft gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob der Reichtum, den die Pioniere des Öls am Persischen Golf erweckt haben, den dortigen Ländern eine dauernde friedliche Entwicklung zum Wohlstand beschert. Die Auseinandersetzungen um ein in seiner wirtschaftlichen Bedeutung vorläufig noch fragliches Konzessionsgebiet in Nordpersien zwischen der Sowjetunion und der persischen Regierung beleuchtet das vitale Interesse, das Rußland am Nahost-Öl hat. Sein Besitz verleiht den Westmächten bedeutende Überlegenheit und sichert die Ölversorgung Westeuropas. Er unterstreicht die Ölknappheit der Sowjetunion, deren hauptsächlichste Basis immer noch Baku ist, — Baku liegt wiederum an der strategisch gefährdeten Peripherie des russischen Machtbereiches. Andererseits würde der Verlust oder auch nur die Blockierung der arabisch-persischen Ölfelder ein schweres Handicap für den Westen, besonders aber für Europa bedeuten. Auch in Deutschland würden sich dann fraglos entsprechende Auswirkungen bemerkbar machen.

Die Tatsache, daß sich die Ölbasis Europas in einem Gebiet befindet, das strategisch gefährdet ist und ein politisches Spannungsfeld ersten Ranges darstellt, ist fraglos ein Nachteil. Als seinerzeit im Kriege in den USA zum ersten Male der Gedanke auftauchte, die neuerschlossenen Ölfelder Saudi-Arabiens durch eine „Superpipeline“ mit dem Mittelmeer zu verbinden, war sich die amerikanische Öffentlichkeit darüber klar, daß man mit der Fortentwicklung der Erdölproduktionsgebiete am Persischen Golf ein großes politisches Risiko übernehmen würde. Aber auf der anderen Seite zeigte es sich, daß die persischen und arabischen Erdöllagerstätten von unerhört hoher Ergiebigkeit sind. Ohne zwingende Gründe konnte man unmöglich auf ihre Nutzbarmachung für den Wiederaufbau verzichten. Die Erdölförderung der Vereinigten Staaten stammt aus rund 450 000 produzierenden Bohrlöchern. Jede dieser Sonden liefert täglich im Durchschnitt 1½ Tonne Rohöl. Im Nahen Osten stammt die gesamte Ölausbeute aus nur 300 Bohrlöchern. 450 000 in den USA, — 300 im Nahen Osten! Die durchschnittliche Förderleistung pro Sonde je Tag, für die wir in den USA die Zahl von 1,5 t nannten, stellt sich im Nahen Osten auf nicht weniger als 730 t. Man kann sich leicht vorstellen, welche enorme Ersparnis an Stahl für Bohrgeräte, Gestänge und Verrohrungen es bedeutet, daß die Sonden in Persien und Arabien im Durchschnitt 500mal so ertragreich sind wie in den USA.

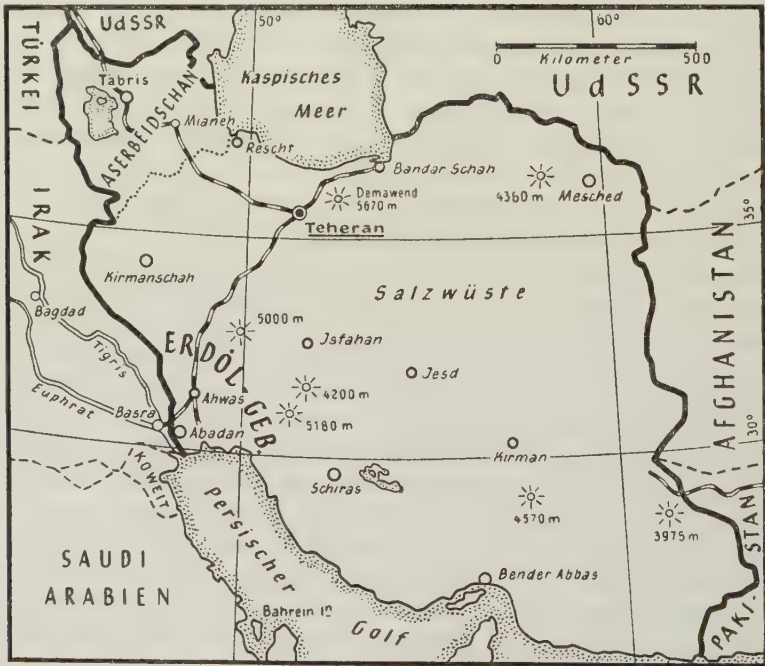
LILY ABEGG

## *Als Augenzeuge im Persien Razmaras\**

ERDÖL, NATIONALISMUS UND KALTER KRIEG

### *Aserbeidschan*

Die schneebedeckten Berge des Kaukasus in bedenklicher Nähe und schwer-mütige Musik vom Sowjetsender in Sowjet-Aserbeidschan in den Ohren, fliegen wir, von Teheran kommend, im herbstlichen Sonnenschein über eine



Wolkendecke nach Nordwesten. Glücklicherweise zerreißt der weiße Teppich all-mählich. Sonst hätten wir auf dem Flugplatz von Täbris, unserem Ziel, nicht landen können, weil dort noch keine Radarvorrichtungen vorhanden sind. Unter uns liegt eine typisch persische Landschaft: endlose, kahle, grau-gelbliche Berge und Hänge, nur in der Sohle der Täler spärlicher Baumbestand und Umriss von Feldern. Schließlich entdecken wir in einer gelblichen Ebene eine ebenso gelbliche Lehm-stadt: Täbris. Aber phantastisch schön sind die Berge, die diese Ebene umgeben; sie wirken wie mit wenigen bizarren Strichen hingezichnete Kulissen und leuchten in vielen Farben: rot, weiß, violett, braun, blau und grau.

\* Lily Abegg schickte diesen Bericht vor der Ermordung des Ministerpräsidenten Razmara aus Persien ab.



Das also ist Täbris, die Hauptstadt der Grenzprovinz Aserbeidschan, mit ihren 260 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Persiens. Diese Stadt, von der im Zusammenhang mit der Bedrohung Persiens durch die Sowjetunion so viel die Rede ist, besitzt noch keine Eisenbahnverbindung. Jedoch wird die von Teheran her im Bau befindliche Bahn in drei Jahren vollendet sein. Die Reise von Teheran im Kraftwagen hierher dauert zwei Tage; ich habe daher die Einladung, das Privatflugzeug einer führenden Persönlichkeit zu benutzen, gern angenommen, schon allein in der Annahme — mit Recht, wie sich herausstellte —, daß ich auf diese Weise der ebenso langwierigen wie langweiligen Kontrolle meiner Papiere entgehen würde. Denn aus militärischen und politischen Gründen ist die Einreise nach Aserbeidschan schwierig; man braucht eine Sondergenehmigung, um dorthin zu gelangen.

Schon bei der Landung auf dem recht kümmerlichen Flugplatz bemerken wir in der Nähe neben einigen Lastautos mehrere Kamelkarawanen und Gruppen von vollbepackten Eseln und kleinen Pferden. Täbris macht den Eindruck einer normalen, großen persischen Provinzstadt, etwas mittelalterlich, mit viel Handwerk und wenig Industrie, (die unumgängliche Brennerei für gelbe Lehmziegel, eine Baumwollspinnerei, eine Weberei und wenig andere mehr). Ein paar Straßen werden erweitert und asphaltiert, Teiche — ein Steckenpferd des Gouverneurs — angelegt, ein Hotel, ein Gebäude für die Nationalbank, eine Hochschule für bildende Künste, ein Regierungsgebäude und einige einfache Wohnhäuser neu gebaut. Während man sonst in Persien nur Statuen von Reza Schah dem Großen, dem Vater des jetzigen Herrschers, sieht, steht hier ein Bronze-Standbild des jungen Königs — mit dem Blick nach dem Kaukasus. Die drei großen Prachtstraßen tragen die Namen der jetzigen Dynastie, der Tochter des Königs und eines persischen Dichters. Das Straßenleben wirkt hier „orientalischer“ als in Teheran, es gibt mehr verschleierte Frauen, mehr Turbane, mehr Kameltreiber und Lastträger.

Aserbeidschan ist die reichste Provinz Persiens; hier leben ungefähr vier Millionen Menschen, also etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes. (Genauere Zahlen sind mangels Volkszählung nicht vorhanden.) Die Ernte ist im vergangenen Jahr in den Ebenen und Tälern dieser recht gut bewässerten Provinz vorzüglich gewesen. Und in dieser Gegend, der man die konservativ-altmodische Atmosphäre sofort anmerkt, soll große Unzufriedenheit herrschen, soll es eine gefährliche Fünfte Kolonne geben?

Nach der Aussage des jetzigen Gouverneurs von Aserbeidschan, Dr. Eghbal, eines bekannten und fähigen Politikers, der dort seit drei Monaten im Amt ist, sind die Aserbeidschaner religiös, königstreu und antikommunistisch eingestellt. Die kommunistische Untergrundtätigkeit habe dort dank der strengen Kontrollmaßnahmen so gut wie ganz aufgehört. Der Rundfunksender von Sowjet-Aserbeidschan mache auf das Volk keinen Eindruck, weil er allzuvielen Falschnachrichten vortrage, wie z. B., daß in Täbris Hungersnot herrsche. In linkspolitischen oder sonstigen regierungsfeindlichen Kreisen Teherans wiederum hört man, daß in der Provinz große Unzufriedenheit herrsche und die kommunistische Untergrundbewegung mit Erfolg weiterarbeite. Die Wahrheit scheint, wenn auch mit einigen Einschränkungen, näher bei den Aussagen des Gouverneurs zu liegen.

Das kommunistische Sonderregime, das 1945/46 in Aserbeidschan bestand, brach zusammen, als die Sowjettruppen abzogen. Die Kommunisten, dort „Demokraten“ genannt, hatten u. a. versucht, den Umstand auszunutzen, daß ein großer Teil der Bevölkerung Aserbeidschans türkischer Abstammung ist, indem sie das „Türkentum“ der Provinz förderten — türkische Schulen, Zeitungen usw. und eine Teheran feindliche aserbeidschanische Autonomiebewegung schufen. Obwohl die sogenannten Azeri-Türken seit je als loyale Perser gegolten haben, hätten diese Bestrebungen vielleicht einigen Eindruck gemacht — wenn sie nicht von den Kommunisten ausgegangen wären. Die Azeri-Türken sind fromme Schiiten (weswegen sie mit den Türken in der Türkei, die Sunniten sind, kaum ein Gemeinschaftsgefühl besitzen), ja sie gelten sogar als die frömmsten Muselmanen in Persien. Die „Demokraten“ scheiterten hier an der Religiosität der Bevölkerung, und in ganz Persien hat sich aus den gleichen Gründen die kommunistische Tudeh-Partei bisher nie recht durchsetzen können. Trotz des Bauernelends, das in Aserbeidschan genau so herrscht wie im übrigen Persien, machte außerdem die Enteignung der Landbesitzer keinen sonderlichen Eindruck, weil die Bauern bald merkten, daß sie jetzt dem Staat und der Partei ungefähr ebensoviel abzugeben hatten wie früher ihren Herren. Als die Sowjettruppen abzogen und die nach Teheran entflohenen Landbesitzer zurückkehrten, war alles wie früher, ohne daß darüber viel Worte verloren worden wären.

Der Gouverneur Dr. Eghbal bemüht sich, einen möglichst engen Kontakt mit dem Volke herzustellen; er gab aber zu, daß seine Vorgänger Fehler gemacht hätten, und es ihnen nicht gelungen sei, die Sympathien der Aserbeidschaner zu wecken. Trotz der mißlichen sozialen Zustände ist es jedoch unwahrscheinlich, daß hier je eine autochthone, starke kommunistische Bewegung entstehen könnte, wie das z. B. in China der Fall war; denn dazu ist hier — im Gegensatz zu China — die religiöse Barriere zu stark. Die persischen Kommunisten haben sich bisher nur mit Hilfe russischer Bajonette durchgesetzt.

### *Politik in Teheran*

Man kann nicht behaupten, daß die Atmosphäre in der persischen Hauptstadt besonders angenehm sei. Das ist wohl auch kaum anders zu erwarten in einem Land, wo die Außenpolitik jeden Tag neues Kopfzerbrechen verursacht und wo außerdem die mißlichen inneren Verhältnisse ein fast hoffnungslos anmutendes Unbehagen hervorrufen. Es weht eine recht ungesunde Luft, angefüllt von Mißtrauen, Mißgunst und Intrigen, von nationalem Ressentiment und kaum verhüllter Gehässigkeit gegen die Fremdmächte, von der einmal die eine, das andere Mal die andere Nation besonders betroffen wird. In Anbetracht der großen historischen Tradition und der Intelligenz und Begabtheit dieses Volkes stimmt diese Atmosphäre traurig. Wie wird Persien, das sich in einer sehr schwierigen Lage befindet, seinen Weg weiterfinden?

In der persischen Presse Ende 1950 stand, es sei höchste Zeit gewesen, die Wiedergabe der „schandbaren Stimme Amerikas“ durch den Sender Teheran zu



verbieten, die Engländer hätten zur Stärkung ihrer „Kolonialpolitik“ in Persien Abgeordnete bedroht und bestochen, und die amerikanischen Imperialisten und Kriegstreiber wollten das koreanische Volk vergewaltigen; es wurde angedeutet, die Regierung Razmara sei gekauft worden, damit sie das neue Ölabkommen mit den Engländern abschließe, und es wurde behauptet, Seine Majestät der Schah habe nur deswegen der Eröffnung eines neuen Hospitals der „Ölgesellschaft des Südens“ (die Perser denken nicht daran, diese Gesellschaft mit ihrem richtigen Namen, nämlich Anglo-Iranian Oil Co., zu bezeichnen) beigewohnt, weil er Angst vor britischen Drohungen habe. Ein besonders perfider Hieb gegen die Regierung war es zum Beispiel, daß schlicht gemeldet wurde: „Die Ölgesellschaft des Südens hat das Erscheinen der Teheraner Zeitung „Daria“ verboten.“ Sprach man mit hiesigen Politikern und Journalisten, so war die Kritik fast noch ärger, durchaus nicht nur seitens der Linkspolitiker oder der Nationalisten, vielmehr konnten sich sogar Anhänger der Regierung Razmara in ähnlichem Sinne äußern. Jedoch ist das nicht schwer zu erklären. Die persische Politik ist ein Seiltanz, bei dem gefährliche Winde von beiden Seiten wehen können. Augenblicklich bläst nach persischer Auffassung der böse Wind von den angelsächsischen Mächten her und der freundliche von der Sowjetunion. Nach kurzer Zeit kann sich das aber wieder ändern. In Persien ist nichts sicher und nichts bestimmt.

Die persische Politik wird heute weit mehr von außenpolitischen als von innenpolitischen Faktoren bestimmt. Dabei sind die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse höchst unbefriedigend; aber das war seit langem der Fall und kann wahrscheinlich auch noch lange so weitergehen, ohne daß die Perser von sich aus mit anhaltender Energie — Reza Schah der Große hatte es vor zwanzig Jahren wenigstens versucht — etwas für Verbesserung und Modernisierung unternehmen würden. Es stört die reichen Leute hier offenbar nicht sonderlich, daß ein sehr großer Teil des Volkes hungrig, schmutzig, krank und analphabetisch dahinvegetiert, und die Armen scheinen es als den Lauf der Welt und den Willen Allahs hinzunehmen, daß es Menschen gibt, die im Luxus leben.

Wir Westländer sind der Meinung, daß in jeder Beziehung tiefgreifende Reformen notwendig sind, wenn das Land in der heutigen Zeit bestehen will. Gewiß gibt es auch Perser, die dieser Ansicht sind, und der Ministerpräsident Razmara war bestimmt in dieser Beziehung voll guten Willens; aber trotzdem gewinnt man eher den Eindruck, daß die führende Schicht die Unabhängigkeit des Landes weniger durch eigene nationale Anstrengungen als durch ein geschicktes Spiel zwischen den Großmächten erhalten will. Und die persischen Kommunisten? „Die Regierung ist vorläufig noch stärker“, erklärte mir ein linkspolitischer Gewährsmann auf meine Frage, warum von der recht viel besprochenen kommunistischen Untergrundbewegung so wenig zu spüren sei. Die Wahrheit ist, daß die marxistische Doktrin, nicht zuletzt aus religiösen Gründen und wegen der Indifferenz der Bauern (die fast 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen), nicht genug Widerhall gefunden hat. Auch befinden sich unter den hiesigen Kommunisten viele Idealisten, die einen kommunistischen Staat ohne jeden Sowjeteinfluß herbeisehnen. Das aber dürfte infolge der Schwäche Persiens vorläufig eine realpolitische Unmöglichkeit sein.

In den letzten Jahren wurde das außenpolitische Gleichgewicht ein wenig zugunsten der Westmächte verschoben, so daß der vor kurzem erfolgte Abschluß des sowjetisch-persischen Handelsvertrages nach hiesiger Auffassung weiter nichts als die Wiederherstellung des Gleichgewichts bedeutet. Persien hat — ebenso wie die Türkei — auf Grund der Trumandoktrin von 1947 amerikanisches Kriegsmaterial und in beschränktem Maße wirtschaftliche Unterstützung erhalten. Jedoch ist aus verschiedenen, hauptsächlich wohl aber aus politischen Gründen die Zusammenarbeit mit den Amerikanern hier bei weitem nicht so eng wie in der Türkei.

Andererseits fand der Wunsch der Sowjetunion, mit Persien, zu dem seit 1945/46 recht kühle Beziehungen bestanden hatten, wieder ins Gespräch zu kommen, hier von vornherein bereitwillig Gehör. Der Schreck von Korea war dem ganzen ölreichen Mittleren Osten und ganz besonders Persien doch einigermaßen in die Glieder gefahren. Die Geste der Sowjetunion beruhigte.

Davon, daß Persien nun aber plötzlich eine prosovetische Politik eingeschlagen habe, wie das einige ausländische Zeitungen behaupteten, kann keine Rede sein. Das steht schon allein wegen der politischen und sozialen Struktur des Landes nicht zur Diskussion; denn selbstverständlich wollen die jetzige Dynastie und die herrschenden Schichten am Ruder bleiben, was unmöglich wäre, wenn man sich ganz auf die Seite der Sowjetunion schlüge. Selbstverständlich ist es für die persische Regierung nicht leicht, mit der Sowjetunion in gutem Einvernehmen zu leben, gleichzeitig aber die persischen Kommunisten in Schach zu halten. „Wir treiben weder eine prosovetische, noch eine proamerikanische oder proenglische, sondern eine persische Politik“, erklärte mir Ministerpräsident Razmara, genau so wie er das jedem Besucher aus Europa, den er in der letzten Zeit sprach, auseinanderzusetzen versuchte.

Die persische Politik ist auf der Annahme oder auch Hoffnung aufgebaut, daß die Sowjetunion vorläufig keinen Krieg wünscht und daher nichts unternehmen wird, was ihre eigenen Truppen in kriegerische Ereignisse verwickeln könnte. Ein Einfall in Persien würde nach hiesiger Überzeugung wegen der Ölgebiete den Dritten Weltkrieg bedeuten. Da man bei den angelsächsischen Mächten sowieso keine aggressiven Absichten vermutet, glaubt man hier also vorläufig an die Fortdauer des „Kalten Friedens“ im Mittleren Osten.

### *Abadan*

Der scharmante Perser, der mich auf dem Flugplatz in Abadan, der „Hauptstadt“ des südpersischen Ölgebietes, abholte, bestürmte mich mit Fragen: was ich sehen wolle, wann ich das Auto wieder wünschte, ob ich schriftliches Material brauche, ob er einen Flugplatz nach den Ölfeldern reservieren solle? Es war der stellvertretende Chef der Informationsabteilung der Anglo-Iranian Oil Company. Hier ging es wie in einem kleinen Staate zu: eigene Flugzeuge und Flugplätze, eine Informationsstelle mit einem Pressechef — wirklich alles genau wie bei einer Regierung. Es ist übrigens merkwürdig, wie sehr sich die Perser, die mit den Engländern zusammenarbeiten, von den anderen Persern unterscheiden: sie sind schneller, tüchtiger, sachlicher. Sie beweisen, daß Persien sehr viel leisten könnte, wenn es nur wollte.



Der Flugplatz liegt auf der platten Wüstenebene, die sich zwischen dem Zagrosgebirge und dem Persischen Golf hinzieht. Daneben ein anderes weites Flugfeld, das von den Amerikanern während des Krieges angelegt wurde, um Kriegsmaterial nach Rußland zu fliegen. In der Ferne ein dunkelgrüner Streifen; es sind die Palmenhaine am Ufer des Schatt-el-Arab, des breiten Stromes, in den Euphrat, Tigris und Karun kurz vor der Mündung ins Meer zusammenfließen. Allmählich tauchen einstöckige Wohnhäuser und Siedlungen zwischen den Palmen auf, schließlich auch das Gästehaus der Ölgesellschaft, direkt am Strom, auf dem Öltanker und Frachter liegen. Die Fenster des Gästehauses sind mit kleinen Wattetupfen beklebt — da erst besinne ich mich auf die Jahreszeit: Anfang Januar. Die Engländer haben sich mit diesen „Schneeflocken“ ein bißchen Weihnachts- und Neujahrstimmung vorgezaubert. Denn Abadan ist heiß, ganz entsetzlich heiß, nur jetzt im Winter kühl und erträglich. Das Gästehaus ist modern, ordentlich, sauber, eine Oase westlicher Lebensweise.

Ständig erzittert die Luft von einem leisen Dröhnen. Hinter den Palmen ragen Dutzende von hohen Schornsteinen und technische Gerippe mit vielen verschlungenen Röhren hervor; riesige Fackeln brennen, und Rauchschwaden geben dem im übrigen fleckenlos blauen Himmel ein dramatisches Gepräge: Ein kleines Ruhrgebiet, von einem Palmenkranz umgeben. Das ist die Raffinerie von Abadan, die größte der Welt. Sie wird durch zahlreiche Röhren gespeist, durch die das schwarze Rohöl von den Bergen hinunterfließt, und sie gibt ihre Produkte in andere Röhren ab, die von der Raffinerie in die Bäuche der Schiffe führen; aber nun ist es nicht mehr ein schwarzer, fettiger, teeriger Saft, sondern Benzin, Petroleum, Dieselöl, Flugzeugbenzin und anderes. Die Ausbeute der südpersischen Ölfelder betrug 1950 31 Millionen Tonnen (fast soviel wie die Gesamtausbeute der Sowjetunion), davon wurden über 20 Millionen Tonnen in dieser Raffinerie verarbeitet, fünf Millionen Tonnen als Rohöl ausgeführt und mit dem Rest die kleineren Raffinerien der Gesellschaft in Persien versorgt.

Bis vor ungefähr 30 Jahren erstreckte sich die Wüste bis an den Schatt-el-Arab. Inzwischen haben die Engländer dort eine Stadt von rund 150 000 Einwohnern aufgebaut. 30 000 Arbeiter und 7000 Angestellte arbeiten für die Ölindustrie. Vom Hospital bis zum Autobusdienst, von der technischen Schule bis zur Volksschule, vom Restaurant bis zum Sportklub, vom höchst modernen Kinogebäude bis zur Markthalle — alles wurde hier von der Gesellschaft geschaffen.

Die Ölfelder liegen in den südlichen Hängen des Zagrosgebirges, von Abadan aus in einer knappen Flugstunde erreichbar. Das älteste Feld, wo der Engländer d'Arcy 1908 zum erstenmal auf Öl stieß und das ein Zentrum der Ölfelder geblieben ist, trägt den ehrwürdigen Namen „Mesjid-i-Suleiman“, d. h. „Moschee des Salomo“. So wird die Ruine eines alten Feuertempels genannt, in dem einst das ewige heilige Feuer der Perser, der Anhänger Zarathustras, brannte. Es wurde von dem schwarzen Saft gespeist, der hier aus der Erde quoll. Man wußte noch nicht, daß dieser Saft auch zu anderen Zwecken brauchbar war.

Auch heute sind Flammen das Wahrzeichen dieses Gebietes; es sind die riesigen Flammen, die vom Verbrennen der Abgase bei der Ölgewinnung herrühren. Von weitem schon kündigen sie Mesjid-i-Suleiman an. Es ist altes Kulturland: eine alte

persische Reichsstraße, von der noch einzelne Stellen existieren, verlief durch diese Gegend von Susa nach Persepolis. Alexander zog hier entlang. Aber es ist auch uraltes Nomadenland. Denn die Bakhtiari, von denen jetzt ein Teil für die Ölgesellschaft arbeitet, hatten dort schon im Altertum ihre Weideplätze.

In Mesjid-i-Suleiman gibt es alles genau wie in Abadan, nur in kleinerem Maßstab. Mein Führer — selbstverständlich gibt es dort auch eine Pressestelle und ein Gastehaus — behauptet allerdings, das Schwimmbad von Mesjid-i-Suleiman sei das größte Irans. Die Bakhtiari, die hier neben den Persern arbeiten, sind recht schübig und wohnen in elenden Lehmhütten, während ihre nomadischen Stammesverwandten besser aussehen. Aber auch die meisten dieser Nomaden sind arm und vor allem äußerst rückständig. Während auf den neueren Ölfeldern der Gesellschaft immer wieder ergiebige Quellen entdeckt werden, wird in Mesjid-i-Suleiman nicht mehr gebohrt. Es gibt hier fünf oder sechs Ölquellen, aus denen das Öl regelmäßig und still aus der Erde emporquillt. Wenn man diese Ölquellen sieht, die aus nichts weiter als aus einem auf dem Boden liegenden zylindrischen Behälter und Röhren bestehen — Röhren, die aus der Tiefe kommen und solche, die über das Land wegführen —, so mutet es seltsam an, daß diese kleine Stadt, dieses ganze Getriebe rundum nur dazu da ist, die spendenden Quellen zu hegen und zu pflegen und ihren kostbaren Saft in die richtigen Wege zu leiten.

In Abadan und dem etwas östlich davon gelegenen Bander Schapur legen monatlich etwa 200 Tanker an. Die Tankerflotte der Gesellschaft mit 3 600 000 Tonnen an eigenen und gecharterten Schiffen (fast soviel wie die gesamte japanische Handelsflotte vor dem Kriege) ist die größte der Welt. Von Bander Schapur aus wird das Rohöl fortgeschafft, das in direkten Röhren von den Feldern hierher geleitet wird. Hier bestehen günstigere Hafenbedingungen als in Abadan, und die Engländer sind mit dem Ausbau Bander Schapurs beschäftigt, so daß dort demnächst auch 30 000-Tonnen-Schiffe anlegen können. Sechs neue 28—30 000-Tonnen-Tanker wurden von der Ölgesellschaft in Auftrag gegeben, der erste ist bereits vom Stapel gelaufen.

Während ich die großartige Organisation der Engländer in Südpersien besichtigte, mußte ich an die Worte Dr. Baghais, eines bekannten persischen Nationalistenführers, denken, der mir in Teheran erklärt hatte, daß „es am besten wäre, die Ölindustrie mit einer Atombombe zu vernichten“. Die Nationalisten möchten die Engländer um jeden Preis loswerden, selbst wenn die Ölindustrie dadurch total ruiniert wird und die finanziellen Vorteile, die Persien jetzt auf Grund der vergebenen Konzessionen besitzt, wegfallen.

## Öl

In Teheran riecht es nach Petroleum. Nicht weil die Stadt in der Nähe der Ölfelder läge, sondern weil das Öl hier im allgemeinen die Dienste leistet, die bei uns der Kohle und dem Holz zufallen. Jetzt im Winter brennen allenthalben große und kleine Öfen, die mit Petroleum oder sonstigen Produkten der Ölindustrie geheizt werden. Auch Petroleumlampen werden gelegentlich hervorgeholt; denn das elektrische Licht hat hier eine launenhafte Art und versagt manchmal. Natur-



lich ist das Benzin billig, und daher sind es auch die Taxis. Sie sind eigentlich das einzig Billige in diesem armen, aber zugleich teuren Land.

So wird der Neuankömmling sofort mit der Nase in die ölige Atmosphäre gestupst. Schlägt man die Zeitungen auf, dann entdeckt man, daß fast die Hälfte ihrer Spalten der Diskussion um das Öl gewidmet ist. Auch wird man von Ausländern gleich darauf aufmerksam gemacht, daß es nützlich wäre, den Propaganda-Chef der Anglo-Iranian Oil Company kennenzulernen. Und schon befindet man sich im Trommelfeuer von allen Seiten. „Wir wollen unsern Ölreichtum nicht länger von den Engländern ausplündern lassen“, erklären die Perser (es ist jetzt nicht mehr verpönt, Perser statt Iranier zu sagen). „Unsere neuen Vorschläge sind äußerst fair, jedoch vermögen die Perser nicht wirtschaftlich zu denken“, behaupten die Engländer. Radio Moskau funkt dazwischen, die Vorschläge der englischen Ölgesellschaft bedeuteten eine Beeinträchtigung der nationalen Belange Persiens, und die Amerikaner bemerken, die persische Politik werde heute zu sehr von der Sowjetunion beeinflußt.

Es geht um die im Süden des Landes nahe dem Persischen Golf gelegenen Ölfelder, die zu den reichsten der Erde gehören. In den letzten beiden Jahren lieferten die persischen Ölfelder weit mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion des sich rasch entwickelnden Mittleren Ostens, von dem angenommen wird, daß er in zehn Jahren mehr Öl produzieren wird als die Vereinigten Staaten. Allerdings meint man, daß die Ölfelder Iraks und vor allem Saudi-Arabiens (diese sind fast ganz in amerikanischem Besitz) die persischen überflügeln werden.

Die erste britische Ölkonzession in Persien geht auf das Jahr 1901 zurück, wurde aber für die inzwischen gegründete Anglo-Iranische Ölgesellschaft im Jahre 1933 unter Reza Schah dem Großen erneuert. Damals wurde die Konzessionsdauer um 30 Jahre verlängert, die Größe des Konzessionsgebietes festgelegt und die Summe der jährlichen Zahlungen an den persischen Staat erhöht. Diese Zahlungen bilden eine der Haupteinnahmen Persiens.

Infolge des phantastischen Aufschwungs der Ölindustrie des Mittleren Ostens und auch Persiens (der „Tankstelle“ der britischen Flotte) seit der Zeit des Zweiten Weltkrieges haben sich die Verhältnisse gegen 1933 aber grundlegend verändert. Die britische Ölgesellschaft ist daher vor zwei Jahren mit zusätzlichen neuen Vorschlägen an die persische Regierung herangetreten. Diese neue Vereinbarung, nach den Namen der Unterhändler Goldchayan-Gass-Abkommen genannt, würde die Öleinnahmen Persiens bedeutend erhöhen (sie würden nach der neuen Vereinbarung für 1950 etwa 44 Millionen Pfund betragen); sie enthält jedoch auch eine ausdrückliche Bestätigung des Abkommens von 1933, das hauptsächlich wegen der Verlängerung der Konzessionsdauer um 30 Jahre von persischer Seite immer wieder angefeindet worden ist.

Das Goldchayan-Gass-Abkommen wurde 1949 von der persischen Regierung unterzeichnet, jedoch damals vom „Mejlis“, dem Parlament, nicht ratifiziert. Während der jetzigen Legislaturperiode wurde eine besondere Ölkommission gebildet, die das Abkommen vor kurzem ebenfalls ablehnte. Die Regierung Razmara und, wie man weiß, auch der Schah waren Befürworter des Goldchayan-Gass-Abkommens, für die öffentliche Meinung und einen großen Teil des Mejlis bedeutet es aber

nationalen Verrat. Die demagogischen Angriffe, besonders von ganz rechts und ganz links, überschlagen sich daher gegenwärtig.

Die gemäßigte Opposition wäre mit der Ratifizierung der zusätzlichen Vereinbarung einverstanden, wenn der Passus über das Abkommen von 1933 fiel. Die Meinung ist hier nämlich ziemlich weit verbreitet, daß der Vertrag von 1933 unter Druck abgeschlossen wurde und daher rechtsungültig sei. Reza Schah, so wird in Oppositionskreisen behauptet, sei von den Engländern völlig abhängig gewesen und habe damals die Unterzeichnung des Abkommens mit diktatorischen Methoden erzwungen.

Die rabiate Opposition geht aber weiter; sie spricht bereits von einer Annullierung des Vertrages von 1933 und von einer Nationalisierung der Ölindustrie. Die Nationalisten und auch Kommunisten verfolgen daher jetzt mit besonderer Genugtuung den britisch-ägyptischen Streit über die Suezkanalzone. Typisch für die Stimmung in weiten Kreisen ist ein Telegramm, das ein hiesiger Moslemführer an Nahas Pascha schickte und in dem er dem ägyptischen Ministerpräsidenten zu den „unschätzbaren Bemühungen“ gratulierte, „den Suezkanal von der unreinen Anwesenheit der Feinde der Religion und der Muselmanen zu reinigen“.

Trotz solcher Polemik wird ziemlich allgemein angenommen, daß schließlich neue Verhandlungen mit der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft aufgenommen werden (was von der gemäßigten Opposition gefordert wird) und daß das revidierte Abkommen dann vom Mejlis ratifiziert wird. Ein maßgeblicher hiesiger Staatsmann soll einmal gesagt haben, wenn man die Engländer jetzt verjage, dann könne die persische Ölindustrie dasselbe Schicksal wie die mexikanische erleiden. In Mexiko sei nämlich der Ölexport nach Abzug der Amerikaner auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft. Damit ist der Kern des Problems erfaßt. Die Perser sind mangels technischer und wirtschaftlicher Kenntnisse vorläufig noch nicht in der Lage, ein so kompliziertes Gebilde wie eine moderne Öl-Unternehmung selbst zu leiten. Die Richtigkeit der Auffassungen des Königs und General Razmaras liegen daher auf der Hand: das Geld der Ölgesellschaft zu benutzen, um das Land erst einmal zu entwickeln und eine ebenso modern-geschulte wie -gesinnte Generation heranziehen.



## *Südchile als Zukunftsland\**

Unter den drei südamerikanischen ABC-Staaten steht Chile mit 757 814 qkm Fläche an letzter Stelle. Es nimmt auch durch seine Längsausdehnung und durch sein Eingepreßtsein zwischen den hohen Andenketten und dem Pazifik eine Sonderstellung ein. Es weist eine Nordsüderstreckung von 8500 km auf und reicht damit vom 18. bis zum 56. Grad südlicher Breite. Die Ostwestentfernung schwankt zwischen 150 und 250 km. Wenn wir uns dann weiter vergegenwärtigen, daß zwischen dem 18. und 23. Breitengrad die Wüste Atacamba liegt und vom 45. Grad bis zur Südspitze des Landes die antarktischen Stürme herrschen, dann ergibt sich daraus eine weitere Einengung der Siedlungsfläche. Und schließlich machen die Andenketten in weiten Teilen ebenfalls eine Besiedlung unmöglich. So ist kaum ein Drittel des Landes für eine landwirtschaftliche Nutzung brauchbar. Der ackerbaufähige Boden wird heute auf etwa 4,6 Prozent des Landes geschätzt. 20,2 Prozent nehmen die Dauerweiden ein, und 7,5 Prozent bestehen aus Gehölz und Wald.

1930 gab es 568 *Haciendas* mit einer Fläche von insgesamt 74,5 Millionen Morgen. Die durchschnittliche Größe dieser Hacienden betrug somit 74 500 Morgen. Der Kleinbesitz umfaßte demgegenüber eine Fläche von rund 13,4 Millionen Morgen. Wesentliche Änderungen der Landverteilung sind seitdem nicht eingetreten. Chile ist also trotz seiner geringen landwirtschaftlichen Nutzfläche ein Land des Großgrundbesitzes bis in die heutige Zeit geblieben.

40 Prozent der chilenischen Bevölkerung lebten auf dem Lande, aber die sozialen Spannungen sind nicht derart, daß sich daraus wirtschaftliche und politische Gegensätze größeren Ausmaßes ergeben haben. Der chilenische Landarbeiter lebt zwar unter sehr primitiven Verhältnissen. Es ist der „*Inquilino*“. Sein arbeitsrechtliches Verhältnis zu seinem Arbeitgeber ist derart, daß er jederzeit seinen Arbeitsplatz wechseln kann. Aber trotzdem ist die Seßhaftigkeit der Landarbeiter sehr groß. Sie würden ihr Los, wenn sie etwa nur den ländlichen Arbeitgeber wechseln würden, nicht sehr verbessern. Die einzige Möglichkeit, die ihnen bleibt, ist die Abwanderung in die Stadt, die in der letzten Zeit immer stärkere Ausmaße angenommen hat, nachdem auch Chile sich zu einer langsamen Industrialisierung entschlossen hat. Aus dem wachsenden Bedarf an städtischen Arbeitskräften mag es sich auch ergeben, daß die sozialen Spannungen auf dem Lande nicht groß sind. Wenn man sich diese allgemeinen Tatsachen vergegenwärtigt, wird man die Kolonisationsprobleme Chiles verstehen. Chile muß mit seinem Boden sehr haushalten und aus seinem kleinen Raum durch eine intensive Landwirtschaft möglichst viel herausholen. Es muß zugleich aber auch die Intensität seiner städtischen Arbeitskraft steigern, wenn es den Bedarf der sich ausbreitenden Klein- und Mittelindustrie aus seiner eigenen Bevölkerung befriedigen will. Da der Geburtenüberschuß des Landes mit 34 auf 1000 noch verhältnismäßig hoch ist, hat es

\* Am 2. Februar 1951 wurde in Hamburg der neue deutsch-chilenische Handelsvertrag unterzeichnet.

hierfür auch einen gewissen Spielraum Allerdings setzen die bevölkerungs- und wirtschafts- politischen Notwendigkeiten heute bereits eine zielbewußte staatliche Planung voraus. Gerade darin aber ist Chile allen anderen südamerikanischen Staaten schon weit überlegen. Für eine landwirtschaftliche Erschließung Chiles hat das Kolonisationsministerium in Santiago umfassende Vorarbeiten unternommen.

Die Kräfte Chiles reichen aber nicht aus, um neben einer Intensivierung der Landwirtschaft und einer Erweiterung der Mittel- und Kleinindustrie nun auch noch eine größere Neukolonisation in Angriff zu nehmen. Sie ist nur im Zuge einer europäischen Einwanderung durchzuführen. In diesem Zusammenhang sind in den letzten Jahren auch Fragen aufgetaucht, wieweit deutsche Ostvertriebene als Kolonisten angesetzt werden können. Das in diesem Zusammenhang am meisten genannte Projekt war das Aysen-Projekt.

Aysen ist der Name einer der größten Provinzen Chiles. Sie steht mit ihren 80 000 qkm Fläche an dritter Stelle unter den insgesamt 25 Provinzen des Landes. Ihre Einwohnerzahl mag heute etwas über 20 000 betragen. Die Provinzhauptstadt, der Hafen Puerto Aysen, ist zugleich der einzige Hafen des Gebietes. Von dem nächsten wichtigen Hafen Chiles, Puerto Montt, über den von Aysen aus alle Güter gehen müssen, liegt die Stadt über 700 km entfernt. Es ist also nur der Seeweg möglich. Puerto Montt selbst ist der südlichste Punkt des durch seine deutschen Bauernkolonisation bekannten Mittelchile. Von hier besteht nicht nur Bahn- und Straßenverbindung nach der noch weitere 1100 km entfernt liegenden Hauptstadt Santiago, sondern auch eine Straßenverbindung nach dem benachbarten Argentinien. Die Provinz erstreckt sich vom 44. Grad bis zum 49. Grad südlicher Breite. Sie liegt also in der Zone der südlichen Stürme. Man kann sogar sagen, daß sie mit einem 50 km landeinwärts reichenden Küstenstreifen in der Zone des ewigen Regens liegt. — Dort beträgt die jährliche Regenmenge 6000 mm! Eine landwirtschaftliche Nutzung ist also kaum möglich,





ganz abgesehen von der psychischen Belastung, der die Kolonisten ausgesetzt wären. Diese Regenzone erstreckt sich jedoch, wie gesagt, nur etwa 50 km landeinwärts, dann beginnt ein halbtrockenes bis trockenes Gebiet, das ostwärts in die Weite der argentinischen Pampa Südpatagoniens übergeht. Jenseits der Regenzone liegen denn auch die ausgedehnten Weideflächen, die das Rückgrat der Viehzucht in der Provinz Aysen abgeben. Sie werden heute bereits auf etwa 600 000 ha geschätzt, sie lassen sich aber noch erweitern. Es wird auch eine andere Rechnung nicht fehl gehen, nämlich daß man auf den Weidegründen Aysens über eine Million Schafe und 200 000 Stück Rindvieh halten kann. Damit wäre die Hälfte des gesamten chilenischen Fleischbedarfes gedeckt.

Die Aussichten für eine Ausweitung der Viehwirtschaft liegen aber nicht nur in der noch möglichen Ausdehnung der Viehzucht, sondern ebenso in ihrer Intensivierung. Es mag beispielsweise Erstaunen erwecken, daß es in der Provinz heute überhaupt keine Milchwirtschaft gibt. Sie läßt sich bei der geringen Bevölkerungszahl und der extensiven Wirtschaft nicht durchführen. Eine dichtere Besiedlung aber böte dafür die besten Voraussetzungen. Eine andere Frage ist, wieweit neben der Viehwirtschaft auch Ackerbau betrieben werden kann. Der Boden ist gut und verspricht dementsprechend Erträge, die eine Ackerwirtschaft rentabel machen würden, zum mindesten für die in der Provinz ansässige Bevölkerung. Jedoch liegt auch hier ein „Aber“, das eigentlich in jeder Landschaft mit einem extremen Klima auftaucht. Während der Sommermonate weht von Osten her der Pampawind über das Land. Er wird den Humus fortwehen, und eine Versteppung wird bei Ausdehnung einer intensiven Ackerwirtschaft unvermeidlich sein. Hinzu kommen die nahen Gletscher der Anden, die während des ganzen Jahres Nachfröste bedingen. Es muß also als sehr fraglich erscheinen, ob eine Ackerwirtschaft in einem Ausmaße aufgebaut werden kann, daß sie die Ernährung einer dichteren Bevölkerung sicher zu stellen vermag.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine umfangreichere Kolonisation in der Provinz Aysen können also nicht als besonders günstig bezeichnet werden. Aber selbst wenn man diese rein wirtschaftlichen Faktoren noch günstiger gestaltet und rechnerisch der Kolonisationsplan aufgeht, so kommen die menschliche Seite und das finanzielle Problem hinzu, die mit jedem Kolonisationsplan für ein Gebiet, das Tausende von Kilometern von der Heimat der Kolonisten entfernt liegt, verbunden sind. Die Lebensbedingungen, die die Kolonisten in Aysen erwarten, werden sehr schwer sein. Aber es ist nicht die Schwere der Arbeit, die hier ins Gewicht fällt, sondern die Unwirtlichkeit des Klimas, die Primitivität des täglichen Lebens und die Einsamkeit. Als das deutsche Siedlungsgebiet um Puerto Montt, Puerto Varas und Frutillar vor etwa 100 Jahren entstand, lag es damals auch „am Ende der Welt“. Wer die Berichte der Siedler aus dieser Zeit liest, weiß, daß die meisten umgekehrt wären, wenn es für sie einen Rückweg gegeben hätte. Die damalige Kolonistengeneration war aber in vielem noch widerstandsfähiger für ein Leben in der Einsamkeit und der Primitivität, als es die heutige Generation ist. Es ist fraglich, ob die deutschen Ostvertriebenen, unter ihnen auch die Volksdeutschen, noch in der Lage sind, ein solches Kolonistenleben auf sich zu nehmen. Das ist keine negative Kritik, sondern es ist einfach eine uner-

läßliche Schlußfolgerung aus der Situation, in der wir leben. Bei den Volksdeutschen kommt noch hinzu, daß sie vielfach aus Gebieten stammen, in denen der Boden sehr reich war.

Es kommt noch ein anderes Moment hinzu: das finanzielle. Aus allen bisherigen Verhandlungen mit chilenischen Regierungstellen geht hervor, daß der Staat keine oder nur geringe Zuschüsse für eine Kolonisation zu zahlen in der Lage ist. Das gilt ganz besonders für die Überfahrtkosten. Aber dazu kommen noch die Kosten der Einrichtung, des Häuserbaues und der landwirtschaftlichen Ausrüstung. Bisher sind alle derartigen Kolonisationspläne ausschließlich im Rahmen karitativer Finanzierungsmöglichkeiten erörtert oder vorbereitet worden. Es scheint aber, daß diese Basis zu schmal ist. Wenn ich die Schwere der Lebensbedingungen, die jeden in Aysen erwarten, abwäge gegen die landwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten dieser chilenischen Provinz, dann muß ich sagen, daß ich die Teilnahme deutscher Landwirte an der Erschließung Aysens für den einzelnen zwar für erfolgversprechend halte. Aber dieser Erfolg wird nicht im Rahmen einer landwirtschaftlichen Gruppenkolonisation zu erzielen sein. Es kommen nur Landwirte in Frage, die mit eigenen Mitteln ausgerüstet sind, sei es in Form von Maschinen oder Einrichtungsgegenständen für einen landwirtschaftlichen Veredelungsbetrieb, sei es mit Zuchtvieh, und die ihre eigene finanzielle Basis noch durch ein Zusammengehen mit chilenischen Interessenten auf einer rein privatwirtschaftlichen Kalkulation verbreitern können. Das wären dann aber keine Kolonisten mehr im üblichen Sinne, sondern landwirtschaftliche Fachkräfte, die nicht allein aus einer Berufsnot handeln, sondern die sich als Pioniere fühlen, die auf Neuland ihr Können einzusetzen vermögen. Sie würden nicht nur die Wertschätzung erhöhen, die heute der deutsche Landwirt in Chile dank der Erfolge der deutschen Kolonien in Mittelchile genießt, sondern sie würden auch die deutsch-chilenische Freundschaft stärken, die sich wie bei keinem anderen südamerikanischen Land auch über die Stürme des Zweiten Weltkrieges hinaus in so starkem Maße erhalten hat.



## BERICHTE

*Unsere Berichte ersetzen nicht die Nachrichten, die von einer Zeitung gebracht werden. Wohl aber ergänzen sie die laufenden Nachrichten durch Mitteilungen, für die in der Presse kaum Platz ist. Sie bemühen sich um Berichterstattung ohne eigene Stellungnahme.*

### IN DIESEM HEFT:

Norwegen	Westdeutschland	Ostprenußen	
Triest	Kanada	Rumänien	Australien
Griechenland	USA	Pakistan	Neuguinea
Tunesien	Südafrika	Indien	China
Goldküste	Sowjetunion	Nepal	Venezuela
	Tschechoslowakei	Burma	Argentinien

### „Mort pour la France“

Es ist nicht bekannt, ob tatsächlich deutsche Kriegsgefangene aus sowjetischen Lagern in den Verbänden der Nordkoreaner zum Einsatz gelangten, sicher aber wissen wir, daß Tausende ehemaliger deutscher Soldaten und deutscher Jugendlicher in den Reihen der französischen Fremdenlegion in Indochina kämpfen. Wenn den Familien dieser Männer in deutschen Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern die Nachricht vom Tode ihres Angehörigen in Dschungeln und Reisfeldern zugeht, so erfolgt diese Übermittlung in der üblichen Form der französischen Armee:

„Mort pour la France!“

„Gefallen für Frankreich!“

Im Januar 1951 meldete sich der 22jährige Westfale Rolf Berger zur französischen Fremdenlegion. Er kam in das Sammellager Offenburg und sollte von dort über Marseille zur Ausbildung in eine nordafrikanische Garnison der Legion abtransportiert werden. Er floh jedoch vor dem Abtransport aus dem Lager und erreichte „per Auhalter“ Hamburg. Hier wurde er am 8. Februar wegen Bettelerei verhaftet.

Sehr bald erschienen zwei französische Gendarmen, die seine Auslieferung zur Durchführung eines Verfahrens wegen Fahnenflucht vor einem französischen Kriegsgericht verlangten. Die Hamburger Staatsanwaltschaft lehnte eine Auslieferung unter Bezug auf den Artikel 16 des Grundgesetzes, in dem die Auslieferung eines deutschen Staatsbürgers an eine fremde Macht untersagt ist, ab. Darüber hinaus wurde Bezug auf den § 141 des Strafgesetzbuches genommen. Nach diesem Paragraphen war die Anwerbung zum Waffendienst für eine fremde

Macht in Deutschland verboten, die Mindeststrafe betrug drei Monate Gefängnis. Indessen sind die §§ 140—143 seinerzeit durch das Kontrollratsgesetz 34 aufgehoben worden, weil sie sich mit der deutschen Wehrhoheit beschäftigten und diese nach Erlaß des eben erwähnten Kontrollratsgesetzes nicht mehr bestand. Im Sommer 1949 ist nun das Kontrollratsgesetz Nr. 34 für ungültig erklärt worden, so daß Zweifel bestehen können, ob jene Paragraphen wieder Gültigkeit erhalten haben. Nach Auffassung juristischer Kreise ist dies jedoch nicht der Fall. Ein Gesetzesantrag des Abgeordneten von Thadden im Bundestag vom 27. April 1950 hat noch keine Gesetzesgültigkeit, er befindet sich noch im Stadium der Ausschußberatungen. Von Thadden hatte beantragt, daß der Dienst in einer Fremdenlegion unvereinbar mit der deutschen Staatsangehörigkeit sei.

Welche Stellung die britischen Behörden in Deutschland einnehmen werden, ist bisher nicht zu übersehen.

Die französische Fremdenlegion wurde nach dem Sturz Napoleons als eine bourbonische Söldnertruppe aufgestellt. Sie erhielt nach der Eroberung Algiers im Jahre 1830 ihre gegenwärtige Form. Ihre Heimatgarnisonen liegen in Französisch-Nordafrika, ihren militärischen Ruhm verdankt sie der Bewährung bei zahlreichen Einsätzen in den französischen Kolonialkriegen.

Ihre zahlenmäßige Stärke „unterliegt der militärischen Geheimhaltung“, die Mindestzahl wird auf ungefähr 50 000 Mann geschätzt, von denen über 50% deutscher Staatsangehörigkeit sein sollen. Noch im Sommer 1950 wurden monatlich etwa 400 junge Deutsche aus den Sammellagern der

Französischen Zone in die nordafrikanischen Ausbildungslager transportiert. Von dort führte viele ihr Weg nach Indochina in den Kampfeinsatz gegen die Verbände HoTschimins.

Die Beweggründe der jungen deutschen Legionäre bei der Meldung sind unterschiedlich. Die große Mehrzahl tut heute diesen Schritt, um der sozialen Aussichtslosigkeit und Enge der Heimat, der Hoffnungslosigkeit des Vertriebenendaseins zu entgehen. Ein erheblicher Teil stammt auch aus den Reihen der Angehörigen verfemter Einheiten und Gliederungen der NSDAP, die lieber die Chance des Überlebens nach schwerem Kampf im mörderischen Klima wählen als die Wahrscheinlichkeit eines elenden Endes hinter Stacheldraht am schweren Arbeitsplatz oder in hoffnungsloser Zelle. Nur noch wenige melden sich aus reiner Abenteuerlust.

Wenn aber diese Legionäre nach fünfjähriger harter Dienstzeit zurückkehren, haben sie keinen Anspruch auf besondere Hilfe. Das Heimkehrergesetz von 1950 erwähnt sie mit keinem Wort.

*Franz von Gaertner*

### Option oder Vertreibung

Der südliche Teil der Provinz Ostpreußen wurde von den sowjetischen Eroberern im Sommer 1945 an Polen übergeben und am 13. November 1945 der polnischen Verwaltungsorganisation eingeordnet. Die Kreise Lyck, Treuburg und Goldap kamen zur Wojewodschaft Bialystok, aus den anderen Kreisen wurde die Wojewodschaft Allenstein gebildet. Die verbliebene deutsche Bevölkerung wurde solange bedrängt, bis sie die Option oder den Abzug wählte. Diese Aktion begann in den Kreisen Sensburg und Ortelsburg, in denen verhältnismäßig zahlreiche Menschen geblieben waren. Gegen Deutsche wurde ein Abreise-, Einkaufs- und Verkaufsverbot erlassen. Wer bei der Vorladung nicht für Polen optierte, setzte sich schweren Mißhandlungen und langer Gefangenschaft aus. Wer aber optierte, stand weiter unter mißtrauischer Beobachtung.

Die Nötigung zur Option soll unter der kommunistischen Herrschaft eine alte These der bürgerlichen Nationalisten Polens beweisen, nach der zumindest im südlichen Ostpreußen das Volkstum der „autochthonen“



Bevölkerung eigentlich polnisch sei. Der frühere und heutige polnische Nationalismus meint damit nicht nur die ehemaligen Untertanen des ermländischen Bischofs, die teilweise außer dem katholischen Glauben auch eine polnische Hausprache als gemeinsames Kulturgut mit den Polen besaßen, sondern vor allem die Masuren.

Das Waldgebiet der masurischen Seen wurde zum Begegnungs- und Verschmelzungsraum von drei Volkstümern: den Altpreußen, den aus dem südlich angrenzenden Herzogtum Masowien einwandernden Siedlern und den Menschen der deutschen Ostkolonisation. Im Regierungsbezirk Allenstein (abgesehen von den Kreisen Rössel und Allenstein selbst) und zwischen Rastenburg und Treuburg, auch in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen hielt sich lange das „Masurische“, ein aus dem alten Masowischen weiterentwickelter westslawischer Dialekt, als teilweise Haussprache im deutsch bestimmten Kulturgebiet. Die politische Südgrenze des alten Ordenslandes wurde besonders deutlich als Kulturgrenze erkennbar, als die Masuren den Glauben der Reformation annahmen. Als im 19. Jahrhundert die ländliche Übervölkerung Masurens Arbeit im übrigen Ostpreußen, in Berlin und in der westdeutschen Industrie fand, als das Land verkehrsmäßig erschlossen wurde und als die Jugend durch Schulpflicht und Wehrpflicht überall den Zusammenhang mit dem größeren Gesamtvolk spürte, ging die masurische Haussprache zurück.

Den Irrtum des polnischen Nationalismus, der aus dem Fortbestehen der masurischen Heimatmundart ein Bekenntnis zum polnischen Volkstum herleiten wollte, bewies die unter alliierter Besatzung durchgeführte



Abstimmung am 11. Juli 1920, bei der in den masurischen Landkreisen nur 0,7% der Stimmen für einen Anschluß an Polen abgegeben wurden. Der polnischen Minderheitsorganisation gelang es auch nach der Abstimmung nicht, mit Hilfe einer „masurischen Volksliste“ ins Gewicht fallende Unterstützung ihrer Bestrebungen durch masurische Wählerstimmen anzuziehen. Als die einfachen Bauern und Fischer Masuren begriffen, daß ihre überlieferte Haussprache politisch mißbraucht werden sollte, verzichteten sie lieber auf ihre Pflege. Daher ging der Bevölkerungsanteil mit masurischer „Muttersprache“ von 13% 1925 bis auf 7% 1933 zurück.

Die Legende vom „polnischen Masuren“ hat dazu geführt, daß Ostpreußen nicht nur vom Mutterland abgetrennt, verwüstet und entvölkert, sondern außerdem auch noch geteilt wurde. Eine hermetische Grenze schließt das arme Waldland des Südens von der mittleren Ackerbauzone ab, die mit der Provinzhauptstadt von der Sowjetunion selbst in Besitz genommen worden ist.

## H. v. zur Mühlen

### Britische Anleihe an Norwegen

Die britische Regierung bemüht sich zu Anfang des Jubiläumsjahres 1951, in dem die hundertjährige Wiederkehr der großen Kristallpalastausstellung gefeiert werden soll, anschaulich zu beweisen, daß die Macht Englands keineswegs so steil von dem symbolischen Höhepunkt des Jahres 1851 abgesunken ist, wie es seine Gegner gern behaupten.

Am 29. Januar wurde in London bekanntgegeben, daß die norwegische Regierung eine Anleihe von £ 5 Millionen auf dem Londoner Geldmarkt erhalten wird, mit denen sie die auf ihre Bestellung von britischen Werften gebauten Schiffe bezahlen kann. Der Zinsfuß beträgt  $4\frac{1}{4}\%$ , der Zeichnungskurs 96, die Anleihe wird in den Jahren 1961 bis 1966 fällig. Der letzte Zeichnungstermin war der 11. Februar. Hambros Bank organisiert die Transaktion.

Es handelt sich um die erste Anleihe seit dem Zweiten Weltkrieg, die London für einen Schuldner außerhalb des Sterling-Blocks auflegt. Daher wird die Angelegenheit als Probefall betrachtet. Außerdem soll

sie die britische Verbundenheit mit dem atlantikhnen Europa betonen. Die Einnahmen aus der norwegischen Handelsschifffahrt, besonders die Verdienste der Tanker von den großen Ölgesellschaften, gelten als ausreichende Sicherheit.

### Triest und Italien

Für das Jahr 1951 wurden in Triest \$ 10 Millionen aus der Marshallhilfe erwartet, jedoch nur 6,2 Millionen wurden bewilligt. Damit wird die Stadt noch mehr als bisher auf die Verbindung mit Italien angewiesen. Das italienische Finanzministerium hat für die ersten sechs Monate des Jahres eine Beihilfe von 2,8 Milliarden Lire zugesagt und den Triestiner Importeuren \$ 4 Millionen aus den freien Devisenbeständen Italiens zur Verfügung gestellt. Italien hat sein Einverständnis zu direkten Handelsabmachungen zwischen Triest und der Tschechoslowakei gegeben, nach denen die tschechoslowakischen Hafengebühren in Triest durch Triestiner Warenlieferungen bezahlt werden können.

Die erheblichen Opfer, die Italien für Triest bringt, sollen die neuerliche Bildung eines wirtschaftlichen Krisenherdes an der Adria verhindern. Außerdem nehmen die Parteien, die hinter der Regierung de Gasperi stehen, durch Maßnahmen zugunsten Triests sowohl dem Movimento Sociale Italiano (M. S. I.) als auch den titofeindlichen und kominformtreuen italienischen Kommunisten die Möglichkeit, bei den Wahlen des kommenden Sommers mit Hilfe der Frage von Triest nationalistische und anti-jugoslawische Massengefühle für sich zu mobilisieren.

### Bahnverbindung mit Griechenland

Am 15. Februar 1951 wurde die Bahn- und Postverbindung zwischen Griechenland und Jugoslawien wiederhergestellt, die 1941 in den Tagen des deutschen Einmarsches aufgehört hatte. In den Jahren des griechischen Bürgerkrieges und der Zugehörigkeit Jugoslawiens zu einem von der Sowjetunion geführten Staatenblock wurde die Landverbindung zwischen Griechenland und Westeuropa, also ein Zweig der großen Orientbahn, nicht wieder in Ordnung gebracht. Der erste Zug von der griechischen Grenzstation Idomeni zum jugoslawischen Grenz-

bahnhof Ghevgeli in der Volksrepublik Mazedonien brachte amerikanisches Mehl von Saloniki nach Belgrad. Der Gegenzug aus Jugoslawien enthielt vier Postsäcke, sechs bosnische Auswanderer, die in die Türkei wollten, und die griechischen Beamten, die von den Eisenbahnverhandlungen in Belgrad zurückkehrten. Zunächst sollen nur Güterzüge verkehren. Die Post aus dem nicht von der Sowjetunion beherrschten Teil Europas wird nunmehr an Stelle des zeitraubenderen Seewegs die Eisenbahn benutzen.

### Tunesiens Weg zur Selbsterhaltung

Am 8. Februar 1951 unterzeichnete der Bey von Tunis sechs Dekrete zur Reform der Landesverwaltung, die den französischen Generalsekretär Vimont zum Rücktritt veranlaßten und von einem Teil der etwa 150 000 Franzosen im Lande abgelehnt werden, während sie den Wünschen der nationalistischen Organisation „*Néo-Destour*“ entgegenkommen, ohne sie ganz zu befriedigen. Sie sind vom Generalsekretär dieser politischen Gruppe, dem Justizminister Salah ben Youssef, formuliert und dem Bey zur Billigung empfohlen worden.

Nach den Bestimmungen der Dekrete soll von ihrem Inkrafttreten an der tunesische Ministerpräsident und nicht mehr der französische Generalresident den Vorsitz im Ministerrat führen. Sieben Minister sollen Tunesier und sieben Vertreter der französischen Bevölkerung sein.

Im Falle schwerwiegender Ereignisse (*événements graves susceptibles de mettre en œuvre les Hautes obligations dérivant des Traités et de compromettre l'administration...*) hat der Generalresident jedoch das Recht, einen aus französischen und tunesischen Vertretern bestehenden Ausschuß (*haut comité*) einzuberufen, in dem er dann den Vorsitz führt und dessen Beschlüsse durch Dekret verkündet werden.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Bestimmungen über die Begrenzung der französischen Intervention in die Verwaltung des Landes. Bislang mußten sämtliche Entscheidungen auf dem Gebiet der Verwaltung vom Generalsekretär, einem französischen Beamten, gegengezeichnet werden. Jetzt obliegt dem Generalsekretär nur noch die Veröffentlichung der Dekrete und *Arrêts*, die

allerdings mit seiner vorhergehenden Zustimmung erlassen werden. Er steht dem Ministerpräsidenten als Berater zur Seite. Er ist außerdem der Leiter der Zentralbehörde für sämtliche Verwaltungsfragen und zivile Angelegenheiten, ihm untersteht die Kontrolle über die Beamten und die öffentlichen Ausgaben, Wirtschaftsfragen, Statistik usw. Er ist der höchste Beamte der tunesischen Regierung. Der Generalsekretär wird nach wie vor durch den Bey auf Vorschlag des Generalresidenten ernannt. Der Generalresident, der zum Pariser Außenministerium ressortiert, bleibt nach wie vor gleichzeitig der Außenminister des Bey. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Tunesien werden über das Außenministerium und nicht über das Ministerium *d'outre-mer* geregelt. Die Vertreter der französischen Wehrmachtsteile unterstehen unmittelbar ihren Ministerien. Der Oberbefehlshaber der französischen Truppen ist gleichzeitig der Kriegsminister des Bey und der französische Vize-Admiral der Marineminister. In der Beamtenschaft sollen die Hälfte der hohen, zwei Drittel der mittleren und drei Viertel der unteren Stellen an Tunesier gegeben werden.

Als der Generalresident Louis Perillier im Juni 1950 sein Prokonsulat begann, verkündete er die Absicht zur schrittweisen Gewährung einer „inneren Autonomie“. Seine ersten Maßnahmen genügten der öffentlichen Meinung nicht. Unruhe im Lande führte dazu, daß im Dezember 1950 unter dem Vorsitz des Außenministers Schuman die jetzige Neuregelung für das Protektorat beschlossen wurde. Habib Bourguiba, der Führer des *Néo-Destour*, wurde vom Generalsekretär des französischen Außenministeriums Parodi zu Rate gezogen, während man ihn noch im Sommer 1950 nicht als verhandlungsfähigen Partner anerkannt hatte.

Die französische Politik in Tunesien bemüht sich, die Sympathien der 3 Millionen Eingeborenen und zugleich der europäischen Siedler (300 000) zu gewinnen oder zu behalten, weil sie in dem strategisch besonders wichtigen Lande Ruhe braucht und weiß, daß die Bevölkerung Algeriens und Marokkos aufmerksam alle Vorgänge in Tunesien verfolgt, daß auch das Prestige Frankreichs in den mehr östlich gelegenen Ländern arabischer Kultur durch tunesische Ereignisse beeinflusst wird. Ein Drittel der

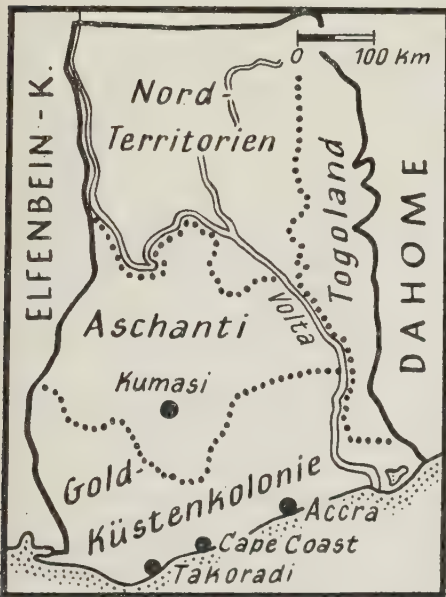


tunesischen Bevölkerung lebt in Städten, und es fehlt das ungezähmte, aber von einer Kolonialmacht benutzbare Krieger-Hirtentum, das sich in Marokko gegen den modernen Nationalismus stellt. Der tunesische Nationalismus erstrebt volle Unabhängigkeit unter der parlamentarischen Monarchie des Beys und arbeitet mit den Sozialisten in Frankreich zusammen.

Ludwig Dischler

### Ein schwarzes Dominion?

Im Februar 1951 wurde in einer überwiegend von Negern bewohnten britischen Kolonie, an der Goldküste Westafrikas, zum



ersten Male der Versuch gemacht, mit der Bildung eines „Schwarzen Dominions“ zu beginnen. Der Gouverneur behält nach der neuen Verfassung ein Veto- und Notverordnungsrecht, im übrigen soll parlamentarisch regiert werden, wobei im Parlament nur noch eine Minderheit von Sitzen ex officio besetzt wird. Der Gouverneur soll das Ministerium ernennen, das allerdings außerdem ein parlamentarisches Vertrauensvotum braucht — also eine Art „konstitutioneller Monarchie“ wie im Bismarckreich.

Der britische Herrschaftsbereich an der Goldküste in Guinea ist flächenmäßig etwas größer als das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und besteht aus den vier Teilgebieten der eigentlichen Goldküstenkolonie, dem Stammesgebiet der Aschanti, den „Nordterritorien“ und einem in Treuhänderschaft für die UNO verwalteten Streifen der ehemaligen deutschen Kolonie Togo.

Seit langem hat sich aus den etwa 4 Millionen Einwohnern des Gebiets eine europäisierte Intelligenzschicht herangebildet, deren wichtigste Ausbildungsstätte das *Achimota College* darstellt. 1946 erhielten die gewählten Mitglieder des Parlaments die Mehrheit. Am 26. Oktober 1949 gab eine Kommission unter dem Vorsitz des Richters Coussey, die nur aus Eingeborenen bestand, ein Gutachten zur weiteren Verfassungsreform ab, sie war nach blutigen Unruhen im Jahre 1948 eingesetzt worden. Dieses Gutachten bildet die Grundlage der jetzigen politischen Entwicklung, in der versucht werden soll, die Negerintelligenz der Küstenstädte und die Häuptlinge des Inneren zu einer sinnvollen Zusammenarbeit zu bringen. Am 30. Dezember 1950 wurde die neue Verfassung rechtskräftig verkündet. Nach einem Aufklärungsfeldzug bei den Wählern wurden die Wahlen für Februar 1951 ausgeschrieben. Die Hauptstadt Accra wählte zwei, die drei Städte Takoradi, Cape Coast und Kumasi (die Aschanti-Hauptstadt) je einen Abgeordneten in direkter und geheimer Wahl, Mandate wurden durch ein indirektes System vergeben, in dem etwa 500 000 Urwähler Kollegien von Wahlmännern zu bestimmen hatten. 37 Abgeordnete wurden von den Häuptlingsräten des Nordens entsandt. Zu diesen 75 Eingeborenenvertretern kamen je drei Vertreter der europäischen Kaufleute und Bergwerksunternehmungen und drei vom Gouverneur ernannte Beamte.

Ein wesentlicher Anstoß zur Entwicklung kam nicht nur von den Negerintellektuellen, die in England studiert hatten, sondern von den zurückgekehrten Soldaten des „Goldküstenregiments“, die in Burma den Aufstieg und die Möglichkeiten eines nichteuropäischen Nationalismus während des Zweiten Weltkrieges erlebt hatten. Die Häuptlinge sind unterrichtet, daß die indischen Maharadschas auch mit Hilfe der Kolonial-

macht nicht vor dem neuen Nationalismus geschützt werden konnten, und halten sich deshalb zurück. Die Kakaobauern oder Fischer, die nicht lesen und schreiben können, gaben ihre Stimme mit Hilfe symbolischer Zeichen ab (ein Kandidat wurde durch das Bild eines Fisches bezeichnet, ein anderer durch das eines Elefanten usw.).

Sieger bei den Wahlen war die „CPP“ (*Convention People's Party*), deren Führer Kwame Nkrumah wegen Aufruhrs im Gefängnis saß und von britischen Kolonialkreisen häufig als Kommunist angesehen wurde. Er besitzt eine amerikanische Erziehung und wird von manchen seiner Anhänger in der üblichen Mischung sektenchristlicher und heidnischer Religiosität als Gottheit verehrt. Der Gouverneur ließ ihn sofort frei. Seine Partei eroberte mit großen Mehrheiten die fünf städtischen Wahlkreise und dazu 29 Sitze aus den indirekten Wahlen, während die frühere Nationalistenpartei, die Nkrumah nicht radikal genug war, nur 3 Sitze erhielt und der letzte Sitz, der aus den allgemeinen Wahlen hervorging, an einen unabhängigen Kandidaten fiel. Nach der Wahl erhielt Nkrumah ein Glückwunschtelegramm von 12 britischen Labour-Abgeordneten. Er erklärte, er sei ein Freund Englands, ein marxistischer Sozialist und ein konfessionell nicht gebundener Christ. Sein Ziel sei die Errichtung eines Dominions Goldküste im Commonwealth. Er betrachte die jetzige Verfassung als Schritt in dieser Richtung. Kommunist sei er nie gewesen. Allerdings lehne er Rassenhaß und Imperialismus ab.

Die vom Gouverneur ernannte Regierung enthielt nach der Verfassung drei europäische Beamte: den Innenminister, Finanzminister und Justizminister. Zum Vorsitzenden wurde Nkrumah ernannt, 5 weitere der für Eingeborene bestimmten Ministerämter gingen an seine Parteifreunde, eines an einen Aschanti und eines an einen Vertreter des Nordens.

\*

#### Kanadas Wehrkraft

In beiden Weltkriegen errangen die neu aufgestellten kanadischen Landtruppen besonderen Ruhm. Im Zweiten Weltkrieg trug Kanada beträchtlich zum Schutz der

atlantischen Seewege nach England durch U-Bootjäger und Flugzeuge bei. Es war Waffenschmiede, Nahrungsmittellieferant, Ausbildungsstätte für fliegendes Personal, einer der drei beteiligten Staaten bei der Vorbereitung der Atombombe.

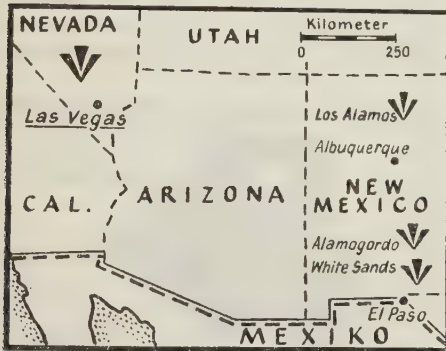
Am 6. Februar 1951 verkündete der kanadische Verteidigungsminister Brooke Claxton im Unterhaus von Ottawa ein dreijähriges Aufrüstungsprogramm. Danach will Kanada 100 Kriegsschiffe in Dienst nehmen, seine Luftwaffe auf 40 aktive und Reservegeschwader verstärken und das Heer besser ausrüsten sowie den aktiven Mannschaftsbestand auf 115 000 Mann erhöhen. Elf Geschwader und einige Heeresteile sollen nach Europa verlegt werden, im übrigen will die kanadische Wehrmacht eine „operative Reserve“ für die atlantischen Streitkräfte bilden. Die kanadischen Streitkräfte sollen nach amerikanischem Muster ausgerüstet werden und ihr dadurch freiwerdendes Material britischen Musters an andere Mitgliedsstaaten des Atlantikpakts abgeben. (Am 18. Januar wurde bekanntgegeben, daß Kanada die volle Ausrüstung für eine Infanteriedivision im Werte von £ 30 Millionen ohne Gegenforderung an die Niederlande liefert. Das Material wird von niederländischen Schiffen abgeholt). Kanada hofft, daß der Bau des Großschiffahrtsweges zum St. Lorenzstrom 1951 in Gang kommt.

Der Verteidigungsminister betonte, daß Kanada am zweckmäßigsten „in möglichst weiter Entfernung von seinen Grenzen“ verteidigt werde. Westeuropa bilde den lebenswichtigen Mittelpunkt des erdumspannenden Verteidigungssystems („*the vital centre of global defence*“). Kanada müsse \$ 5 Milliarden für seine Aufrüstung aufwenden. Das Luftabwehrnetz für den amerikanischen Kontinent an einer möglichen Arktisfront solle verstärkt und verdichtet werden. Anfang Januar wurden im Parlament \$ 30 Millionen zum Bau eines zweiten Atom-Energie-Pylons in Chalk River beantragt. Kanada beliefert die westlichen Verbündeten mit wesentlichen Mengen von Nichteisenmetallen, d. h. mit fast dem gesamten Nickel und großen Quantitäten von Kupfer, Zink und Blei. Seine Aluminiumherstellung ist bedeutend. Es könnte die Förderung von Eisenerzen und Erdöl beträchtlich steigern.



### Atomexperimente in den USA

Im Januar 1951 erhielt die amerikanische Atomenergiekommission die Erlaubnis zur Benutzung des Übungswurfgebietes der Luftwaffe in der Wüste von Nevada bei Las Vegas. Kein Zivilist kommt näher als 45 km an das Gelände heran. Anfang Februar wurden die Atomexplosionen der



USA Nummer 9, 10, 11, 12 und 13 dort durchgeführt. In einigen Städten an der pazifischen Küste spürte und sah man die Detonationen, an der atlantischen Küste fiel radioaktiver Schnee. Die Spielhöhlen in Las Vegas setzten ihren Betrieb fort. Es wird angenommen, daß nicht Atombomben, sondern die atomare Artilleriemunition erprobt wurde, die der Stabschef des Heeres, General Lawton Collins, in einem Interview erwähnte.

### Der Admiral des Atlantik

Seitdem im Jahre 1922 der Flottenvertrag von Washington, der den Vereinigten Staaten und Großbritannien gleiche maritime Rüstung zugestand, den Jahrhunderte lang unbestrittenen Grundsatz englischer Vorherrschaft zur See endgültig zu Grabe läutete, und seit der Flottenmeuterei von Invergordon im Jahre 1931 hat keine mit dem *Senior Service*, der britischen Kriegsmarine, in Zusammenhang stehende Frage die Gemüter in England derart bewegt und erregt wie die Besetzung des Postens eines *Supreme Allied Commander Atlantic* durch einen Admiral der amerikanischen Marine. Das Unterhaus spiegelte bei seinen Debatten über diesen Punkt nur die ohne Rücksicht auf

Parteizugehörigkeit in der gesamten Öffentlichkeit herrschende Enttäuschung und Empörung wider, als es unter Führung Churchills am 23. Februar gegen diese Regelung scharfer Protest anmeldete.

Bereits im Oktober 1950 hatte der Verteidigungsminister Shinwell im Nordatlantischen Verteidigungsrat seine offenbar vorbehaltlose Zustimmung zur Regelung der Befehlsverhältnisse auf einem Seekriegsschauplatz gegeben, der wie in den beiden vorangegangenen offenbar auch in einem zukünftigen Krieg zum Hauptkampfplatz werden könnte, nämlich im Nordatlantik. Alle dort verfügbaren Seestreitkräfte aller am Atlantikpakt beteiligten Nationen sollten einem Obersten Befehlshaber unterstellt werden, und als solcher wurde ein amerikanischer Admiral in Aussicht genommen. Ein britischer Anspruch auf diesen Posten ist anscheinend zu keiner Stunde angemeldet worden. Unter diesem *Supreme Commander* sollte dann wiederum ein amerikanischer Admiral im westlichen, ein britischer im östlichen Atlantik stehen. Alle Küstengewässer sowie das Mittelmeer blieben außerhalb des Befehlsbereiches des maritimen „Eisenhower“, dessen Stellvertretung den Engländern zugebilligt wurde. Über die Frage eines Oberkommandos in deutschen Gewässern verlautete nichts.

Dieser „Spinne“ — wie man eine solche organisatorische Festlegung von Befehlsverhältnissen auf dem Papier zu nennen pflegt — stimmte Außenminister Bevin im Dezember zu, und Ministerpräsident Attlee scheint die widerspruchslöse Anerkennung seiner militärischen Berater dafür gefunden zu haben. Als dann in der Person des amerikanischen Admirals William Fichteler der Anwärter für die höchste Kommandostelle gefunden war, erfolgte die Bekanntgabe an die aufs äußerste überraschte Öffentlichkeit.

Ihre leidenschaftliche Ablehnung hatte sachliche wie auch rein gefühlsmäßige Gründe. Churchill, der sich zu ihrem temperamentvollen Wortführer machte, führte für erstere im wesentlichen ins „Feld, das *Supreme Command* sei jederzeit in der Lage, beliebige Streitkräfte von der Verteidigung jener Seewege abzuziehen, die als *Western Approaches* lebenswichtige Adern für Großbritannien bedeuten. Schwerer aber noch wog auch für ihn der vernichtende Prestigeverlust, den das Axiom einer unbe-

strittenen Vorrangstellung britischer Seemacht auf allen sieben Ozeanen durch diese Regelung erlitt. Ganz ehrlicher Schmerz zitterte durch die Erregung der Stunde. Und er wurde noch dadurch verschärft, daß der Premier ihn offenbar weder teilte noch überhaupt auf ihn gefaßt gewesen war. An jenem Freitag stand er Einwänden und Empörung zunächst ungerüstet und hilflos gegenüber. Drei Tage später hatte er dann seinen Schock und seine Unkenntnis der Materie überwunden und rechtfertigte Organisation und Stellenbesetzung unter Berufung auf im letzten Seekrieg gemachte Erfahrungen.

Die Vereinigten Staaten haben nunmehr so gut wie alle Schlüsselstellungen in der europäischen Verteidigung besetzt und damit eine unteilbare Verantwortung übernommen. Die britische Labour-Partei aber wird es im kommenden Wahlkampf sehr schwer haben, den Wählern den „tapferen Verzicht“ ihres Führers in einer Herzensangelegenheit des ganzen Volkes mündgerecht zu machen.

Siegfried Engel

#### Die südafrikanischen Protektorate

Der Minister Gordon-Walker, der für die Beziehungen Großbritanniens zu den Ländern des Commonwealth verantwortlich ist (dieses Amt des *Secretary of State for Commonwealth Relations* ist aus dem *Dominions Office* hervorgegangen, das seinerseits eine Abspaltung aus dem Kolonialministerium darstellte), besuchte im Februar 1951 Afrika. In diesem Erdteil gehören zu seinem Amtsbereich die britischen Beziehungen zur Südafrikanischen Union und zu dem von der weißen Minderheit fast wie ein Dominion verwalteten Südrhodesien, außerdem zu den drei „Protektoraten“ in Südafrika, die noch unmittelbar den Londoner Behörden unterstellt sind, obwohl sie im Gebiet der Südafrikanischen Union liegen oder an die Union angrenzen.

Die „Protektorate“ verdanken ihre Entstehung einer Zeit, in der das Vordringen der britischen und bürischen Siedler landeinwärts auf den Südzug der Bantustämme stieß, die das Gebiet der primitiveren Urbevölkerungen (Hottentotten und Buschmänner) von Norden her eroberten. Einige politische Zusammenschlüsse der Bantus stellten sich unter den unmittelbaren Schutz

der britischen Krone, um nicht den Forderungen der weißen Siedler nach ihrem Land und ihrer Arbeitskraft ausgeliefert zu sein. Der große Häuptling Moschesch, das Oberhaupt der Basutos, schrieb an Königin Victoria: „Mein Land ist Deine Schlafdecke, und meine Untertanen sind die Läuse darin“. Die Swasis wehrten sich 1894 verweigerten, als die britische Regierung ihr Gebiet der Republik Transvaal übergeben wollte: „Wir sind der Königin von England Kinder“. Die Eingeborenen Betschu-



anlands wollten sich den Bahnbau- und Reichsbildungsplänen von Cecil Rhodes entziehen. Als Großbritannien 1909 aus den im letzten großen Burenkrieg eroberten Republiken Transvaal und Oranje-Freistaat und den älteren Kolonien Natal und Kap-Provinz die Union von Südafrika als Dominion bildete, ließ sie die früheren Schutzverhältnisse über Basutoland, Swasiland und Betschuanaland bestehen. Sie behielt sich eine spätere Auslieferung der drei Gebiete an die Südafrikanische Union auf deren Antrag vor, wobei allerdings besondere Schutzbestimmungen für die Rechte der Eingeborenen Bedingung sein sollten.

Südafrika fordert seit langem die Übergabe der Gebiete, die geographisch und wirtschaftlich zu seinem Raum gehören. Es wehrt sich dagegen, daß Londoner Kolonialpolitiker ihm die Fähigkeit der ordentlichen Regierung über eine zusätzliche Million schwarzer Menschen absprechen wollen,



wo es doch schon auf seine Weise mit dem Problem der neun Millionen in seinen jetzigen Grenzen fertig werden müsse. Die Regierung stand vor dem Zweiten Weltkrieg in Übergabeverhandlungen mit dem Londoner Kabinet. Die Regierung Dr. Malans verkündete am 13. April 1950 im südafrikanischen Parlament, daß sie diese Verhandlungen wieder aufnehmen wolle. General Smuts als Sprecher der Opposition billigte ausdrücklich diese Absicht. Die britische Position schien nicht sonderlich stark, weil gerade die eingeborenenfreundliche Labour-Regierung in schwerem Konflikt mit den führenden Eingeborenen Betschuana-lands wegen des Häuptlings Seretse Khama und seiner weißen Frau stand. Dr. Malan ging sehr vorsichtig zu Werke und vermied es, gemäß Abschnitt 151 des Südafrikagesetzes von 1909 einen förmlichen Antrag auf Übergabe durch das Parlament beschließen zu lassen, weil seit 1931 die Union staatsrechtlich nicht mehr durch britische Gesetze gebunden werden kann. Er wünschte, von einem unabhängigen Staat zum anderen auf völkerrechtlicher Grundlage zu verhandeln. Er glaubte, auf die Zustimmung der Weißen in Südrhodesien und Ostafrika rechnen zu können, wenn er die britischen Pläne zur Verwirklichung einer Rassengleichheit als „selbstmörderisch“ bezeichnete.

Am 1. Februar begrüßten 10 000 Betschuanen den Minister in der Hauptstadt ihres Territoriums, Serowe: „Forderungen nach Übergabe an die Union treffen uns wie ein kalter, beißender Wind“. Am 5. Februar erklärte ihm die Regentin der Basutos in ihrer Hauptstadt Maseru, sein Kommen sei der klare Beweis, daß „unser Vater, Seine Majestät der König“ das kleine Basutovolk nicht vergessen habe. In beiden Protektoraten kündigte der Minister neue britische Investitionen und Unternehmungen zum Landesausbau an. Dr. Malan stellte in Kapstadt in seiner Begrüßungsansprache fest, daß kein anderer selbständiger Mitgliedsstaat des Commonwealth derartige Enklaven in seiner Mitte dulden würde. Gewiß brauche Südafrika die Freundschaft der Schwesterstaaten. „Aber die westliche Welt braucht auch Südafrika“ mit seinen wichtigen Häfen an der strategischen Verbindungsstraße zwischen Osten und Westen, seinem Gold und seinem beruhigenden Ein-

fluß auf den ganzen schwarzen Erdteil. Die USA sollten sich nur einmal das Zahlenverhältnis zwischen Schwarz und Weiß vorstellen, das in Südafrika herrsche (4:1), — wenn sie bei einer derartigen Lage die Rezepte der britischen Eingeborenenfreunde angewendet hätten, wären sie heute ein „amerikanisches Liberia“, und die Weißen könnten nicht mehr leben. Im Commonwealth habe man gelernt, sich vor Interventionen in die innere Politik eines Schwesterstaates zu hüten, aber die UNO-Mitgliedschaft verführe auch Länder des Commonwealth zu einem gefährlichen Interventionismus (gemeint ist die indische Beschwerde über Südafrika). Der Minister Gordon-Walker konnte nur erwidern, er habe sehr aufmerksam zugehört, müsse nur zusätzlich bemerken, daß England kein Gebiet einer anderen Herrschaft übergeben könne, ohne vorher die Landeseinwohner selbst befragt zu haben. Am 23. Februar kam der Ober-Häuptling der Swasis auf den Abend in Kapstadt zurück und erklärte dem britischen Minister bei der Begrüßung in der Landeshauptstadt Mbabane, die Eingeborenen wollten nicht nur befragt, sondern um ihre Zustimmung ersucht werden. Großbritannien und die Südafrikanische Union seien durch die Verfassung der UNO und die Erklärung der menschlichen Grundrechte gebunden.

Am gleichen Abend warnte Dr. Malan davor, daß Großbritannien und die UNO die Grundlagen des Commonwealth zerstörten. Das Experiment an der Goldküste werde fehlschlagen. Alle Staaten des Commonwealth gemeinsam müßten entscheiden, wenn die Zulassung eines neuen Mitglieds erwogen werde. Voraussetzung zur Zulassung müsse das Vorhandensein gemeinsamer Interessen und einer inneren Gleichartigkeit (*sufficient homogeneity of cultural and political outlook*) sein. Südafrika stehe wohl den Niederlanden, Belgien, Frankreich oder Deutschland näher als der Indischen Union, und Australien den Vereinigten Staaten näher als einem westafrikanischen Negerlande.

\*

#### Malenkows Deutschlandbesuch

Georgi Maksimilianowitsch Malenkow, einer der engsten Mitarbeiter Stalins, führte Mitte Februar mehrere Tage lang eingehende

Besprechungen mit hohen sowjetischen und deutschen Funktionären im Hauptquartier General Tschuikows in Berlin-Karlshorst.

Malenkow ist nicht das erste Politbüro-Mitglied, das unerwartet die sowjetische Besatzungszone Deutschlands aufsucht und entscheidend in die sowjetische Besatzungspolitik eingreift. Unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 war es der Armenier Mikojan, der im persönlichen Auftrag Stalins die erste Phase der sowjetischen Deutschlandpolitik einleitete, die noch im Zeichen der Zusammenarbeit mit den Westmächten und mit den nichtkommunistischen Parteien stand. Doch schon bald nach Potsdam kam jene aggressive Politik zum Zuge, deren Initiator im Politbüro der Parteisekretär Shdanow war und die in Deutschland durch seinen Vertrauensmann Oberst Tulpanow repräsentiert wurde. Im Dezember 1946 war es Shdanows Gegenspieler Marshall Berija, der bei seinem Deutschlandbesuch Walter Ulbricht zurückschickte, weil dieser unter dem Einfluß Tulpanows für eine radikale Bolschewisierung eingetreten war, die von Berijas Vertrauensmann Semjonow in dieser überstürzten Form als politisch unklug abgelehnt wurde. Erst genau ein Jahr später, im Dezember 1947, nach dem endgültigen Bruch mit den Westmächten auf der Londoner Außenministerkonferenz, kam Tulpanow mit der Volkskongreßbewegung zum Zuge. Die gewaltsame Absetzung Jakob Kaisers von der Führung der Ost-CDU bezeichnete den Wendepunkt.

Die Politik Shdanows und Tulpanows mündete in der Berliner Blockade und scheiterte. Sie scheiterte an dem Widerstandswillen der Berliner Bevölkerung, an der Luftbrücke Generals Clays und nicht zuletzt an der Rebellion Titos. Nach dem mysteriösen, plötzlichen Tode seines Gönners konnte Tulpanow seine Position nicht lange behaupten. Selbst die hohen Funktionäre der SED merkten etwas, als auf ihrer ersten Parteikonferenz im Januar 1949 die Übertragung einer Rede Tulpanows auf Geheiß des anwesenden Politbüromitglieds Ssusslow kurz nach den ersten Sätzen abgebrochen werden mußte. Tulpanow verschwand zwar erst wenige Tage vor der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik im Oktober 1949, doch seine bestimmenden Funktionen hatte er schon

längst an seinen Rivalen Semjonow abtreten müssen, den Mann des Ausgleichs und einer „gesamtdeutschen“ Politik im Zeichen der Nationalen Front. Für das nötige Gegengewicht sorgte das Politbüro in der Gestalt des Botschafters Puschkin, der sich bei der Bolschewisierung Ungarns seine Sporen verdient hatte und in deutlicher Betonung des Abstandes von Karlshorst in Berlin-Pankow seinen Sitz nahm. Gleichzeitig zog als Nachfolger des Generalobersten der Staatlichen Sicherheit Sjerow im Amte eines ersten Stellvertreters General Tschuikows ein ehemaliger Stellvertreter Mikojans als Außenhandelsminister, General Semitschastnow, in Karlshorst ein. Seitdem gab es nicht nur Rivalitäten zwischen Pankow und Karlshorst, sondern auch Meinungsverschiedenheiten im sowjetischen Hauptquartier selbst. Bei diesen Differenzen soll die Frage der Oder-Neiße-Linie keine unwesentliche Rolle gespielt haben, da ihre für Deutschland einseitig negative Lösung die von Semjonow befürwortete Politik von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilte. Man darf bei diesen Auseinandersetzungen die Bedeutung der im Vordergrund handelnden Personen, sei es Semjonow, Puschkin oder Semitschastnow nicht überschätzen. Sie spiegeln nur die Gegensätze wider, die in den Fragen der Europapolitik im Schoße des Politbüros selbst bestehen. Die Europapolitik scheint seit dem Tode Shdanows in erster Linie eine Domäne Berijas gewesen zu sein, der sich auf sein innenpolitisches Bündnis mit Malenkow und Chruschtschew stützte. Diese Politik hat die von Stalin in Verbindung mit der expansionistischen Asienpolitik erhofften Ergebnisse im vollen Umfange nicht gezeitigt, wenn sie auch alle Möglichkeiten für eine Wendung in der einen oder anderen Richtung vorerst offen gelassen hat. Es ist nun bezeichnend, daß nicht Berija, der gewissermaßen als parteibefangen gilt, sondern der ihm nahestehende und zugleich den älteren Politbüromitgliedern mit Molotow und Mikojan an der Spitze genehmere Malenkow nach Berlin entsandt worden ist, um weniger eine militärische als eine politische Bestandsaufnahme durchzuführen. Sie kann Stalin auf Grund der entsprechenden Lagebeurteilung durch das Politbüro eine Entscheidung ermöglichen, welche die Sowjetunion aus der Sackgasse führen könnte, in die sie die Politik Shdanows gedrängt hat.



Es darf nicht übersehen werden, daß in der Sowjetunion seit den Tagen von Brest-Litowsk das Primat der Innen- und nicht der Außenpolitik gilt. Der Mann, der für diese Innenpolitik verantwortlich zeichnet, die in erster Linie der Sicherung der autoritatistischen Herrschaft der bolschewistischen Parteiführung sowie der Stärkung der militärischen und ökonomischen Macht des Sowjetstaates gilt, ist kein anderer als Malenkov. Als ehemaliger Privatsekretär Stalins und allmächtiger Personalchef der Partei kennt der 48jährige bolschewistische Parteimanager die Bruchstellen im totalitären Einparteistaat genau. Als Fachingenieur, der als dritter Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und stellvertretender Ministerpräsident für die Gesamtplanung und die Industrie verantwortlich zeichnet, weiß er auch um die Schwächen der sowjetischen Wehrwirtschaft und die großen Schwierigkeiten, mit denen sich die Sowjetunion bei der Realisierung des laufenden Fünfjahresplanes auseinanderzusetzen haben wird. Malenkov zeichnet in besonderem Maße der nüchterne Blick für die realen Zusammenhänge aus, der Machtpolitikern von diesem Schlage oft zu eigen zu sein pflegt. Er besitzt die zähe Tatkraft und als einer der wahrscheinlichsten Nachfolger Stalins auch die notwendige Autorität, um selbst aus unangenehmen Erkenntnissen die notwendigen außenpolitischen Folgerungen zu ziehen, wenn die kritische innenpolitische Situation das dringend erfordert.

Bo.

### Die Clementis-Verschwörung

Am 25. Februar 1951 wurde in Prag ein Bericht des Präsidenten Gottwald an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei veröffentlicht, in dem eine weitverzweigte Verschwörung gegen das Regime geschildert wurde. In ihrem Mittelpunkt haben nach diesem Bericht der ehemalige Außenminister Vladimir Clementis, der Brünnener Parteisekretär Otto Sling und die stellvertretende Generalsekretärin der Partei Maria Svermova gestanden, außerdem führende Kommunisten der Slowakei.

Seit dem 26. Januar wurden Meldungen verbreitet, daß Clementis nicht aufzufinden sei, und Gerüchte vermuteten ihn bei Tito oder in Westdeutschland. Dieser slowakische Kommunist trat 1936 in das Prager Abgeordnetenhaus ein. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Böhmen emigrierte er nach London. Die im Februar 1951 in der englischen Wochenzeitung „Spectator“ aufgestellte Behauptung, er habe 1941 eine Meuterei unter tschechoslowakischen Truppen in der nordenglischen Grafschaft Cheshire angezettelt, wird bestritten. Bei der Rückkehr der Emigranten nach Prag wurde er Staatssekretär unter dem Außenminister Jan Masaryk. Nach Masaryks Selbstmord übernahm er das Außenministerium. Im März 1950 wurde er entlassen, nachdem er noch gerade seinen Staat bei den Vereinten Nationen vertreten hatte. Man warf ihm keine feindlichen Handlungen gegen die Sowjetunion vor, sondern nur Mangel an Verständnis, das er schon 1939 durch eine Verdammung der sowjetischen Interventionen in Polen und Finnland bewiesen hatte. Am 27. Februar wurde bekanntgegeben, daß sich Clementis in tschechischer Haft befinde.

Die Tschechen sind besonders problematische Bündnispartner der Sowjetunion. Ihr Land gehört zu den europäischen Industriezonen, ihre Bevölkerung ist an einen guten Lebensstandard und an mindestens kleinbürgerliche Ideale gewöhnt. Die Sowjetunion beschwert sich über tschechische Rückstände bei Vertragslieferungen. Die Produktionskosten im Lande sind gestiegen. Die Brot rationierung wurde im Februar wieder eingeführt, und Präsident Gottwald teilte mit, daß die Sowjetunion weiter Brot- und Futtergetreide liefern müsse.

Vielleicht sollte nationalen Empfindlichkeiten entgegengekommen werden, als die Tschechoslowakei am 7. Februar von sich aus eine Einspruchsnote gegen die behauptete Wiederaufrüstung Westdeutschlands an die Westmächte sandte. Der sudetendeutsche Kommunist Kreibich hat sein Botschafteramt in Moskau noch nicht angetreten, sondern wird durch einen tschechischen Geschäftsträger repräsentiert. Die führenden Altkommunisten der Slowakei sind Opfer der „Reinigung“ geworden.

### Schwierigkeiten auf den rumänischen Ölfeldern

Anfang Februar 1951 veröffentlichte die rumänische Regierung eine Darstellung der Schwierigkeiten auf den Ölfeldern des Landes. Das Bergbauministerium habe sich die Aufsicht aus der Hand gleiten lassen. Man habe die Angestellten ungenügend im richtigen Gebrauch neuer Maschinen und Geräte unterwiesen. Die Arbeitsdisziplin sei schlecht. Der Plan für 1950 ist bei der Förderung nur mit 93,9% und bei den Raffinerien mit 97,4% erfüllt worden. Die absolute Förderleistung liegt noch immer unter dem Vorkriegsstand. Sie betrug 1936 8,7 Millionen Tonnen, 1950 nur 5,5 Millionen. Bis 1955 sollen 10 Millionen erreicht werden.

### Aufrüstung in Südosteuropa

Im Februar 1951 hat sich eine bemerkenswerte Umschichtung in ganz Südosteuropa vollzogen. Vorher sprach man in den südosteuropäischen Hauptstädten nicht vom Krieg, man betonte, daß das Gerede von der drohenden Kriegsgefahr den friedlichen Aufbau nicht gefährden könne. Jetzt wurde den Massen genau das Gegenteil von der kommunistischen Propaganda gesagt. Es bestehe höchste Gefahr für den wirtschaftlichen Aufbau, und die Volksdemokratien müßten sich selbst schützen. Die Folge dieser Schwenkung war eine verstärkte militärische und wirtschaftliche Aufrüstung in allen Ländern des Südostens.

Die polnische Armee, der durch den Friedensschluß keinerlei Beschränkungen auferlegt wurden, hat eine Stärke von 400 000 Mann. Sie steht unter dem Befehl des in Polen geborenen, aber russisch erzogenen Marshalls Rokossowskij und wird immer schärfer dem sowjetischen Vorbild angeglichen. Die Tschechoslowakei, ebenfalls frei von Einschränkungen, verfügt über eine Gesamtstärke von 300 000 Mann. Zugleich mit der Aufrüstung vollzieht sich eine Umschichtung der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie. In steigendem Maße werden Rüstungsbetriebe aus dem gefährdeten Raum Böhmens und Mährens in die Slowakei gelegt, weil man sie hier vor Luftangriffen geschützt glaubt.

Ungarn, dem durch den Friedensvertrag eine Gesamtstärke von 65 000 Mann Landheer und 5000 Mann Luftwaffensoldaten zu-

gestanden worden war, hat heute eine Armee, die fast 200 000 erreicht hat. Dabei sind die politischen Truppen in dieser Zahl nicht eingeschlossen. Die Flugplätze in Ungarn stehen nach wie vor unter sowjetischer Kontrolle, ebenso wird die Rüstungsproduktion, die im Raume von Budapest aufgebaut wurde, streng unter sowjetischer Bewachung gehalten.

Rumänien, dessen Gesamtstärke im Friedensvertrag (alle Friedensverträge zwischen den Westmächten und der Sowjetunion einerseits und Ungarn, Rumänien, Bulgarien andererseits wurden am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichnet) einschließlich Luftwaffe und Kriegsmarine auf 138 000 Mann festgelegt wurde, hat annähernd 350 000 Mann unter Waffen stehen. Seine Rüstungsindustrie ist trotz der Eisenwerke im Raum von Reschitza/Banat an der ungarisch-jugoslawischen Grenze verhältnismäßig gering, die Disziplin der Armee und ihre Ausrüstung sind aber besser geworden.

Großen Wert legt die Sowjetunion auf die beschleunigte Aufrüstung Bulgariens. Aus der Sowjetunion strömt eine Fülle von Kriegsmaterial über Südost Rumänien nach Bulgarien. Nach polnischem Vorbild ist in der Person des russischen Generals Pant-schewskij ein Ausländer an die Spitze des bulgarischen Heeres getreten. Bulgarien wurden durch den Friedensvertrag 65 000 Mann erlaubt. Der gegenwärtige Stand der bulgarischen Armee nähert sich aber bei schneller Auffüllung der Verbände der Zahl 200 000. Alle militärischen Anlagen in Bulgarien sind unter verschärfte Bewachung gestellt worden.

Das große Bemühen der Sowjetunion geht darauf aus, die südosteuropäischen Heere zu vereinheitlichen und die zum Teil noch recht beträchtlichen Ressentiments der einzelnen Nationen gegeneinander zu beseitigen. Uniform und Ausrüstung werden immer stärker dem sowjetischen Vorbild angeglichen, die Offiziere streng gesiebt. Die Kommunisten versuchen, Russisch als Umgangssprache in den Offizierskorps durchzusetzen. Sie haben mit diesen Bestrebungen besonders in Bulgarien und zum Teil auch in Rumänien Erfolg gehabt.

Den Soldaten wird gesagt, sie müßten sich auf die Abwehr eines „westlichen Angriffs“ vorbereiten. Eigene Angriffstendenzen werden nur in bezug auf Jugoslawien vertreten.



Gegenüber den kominformtreuen Truppen hat die Wehrmacht Jugoslawiens eine Stärke von fast 600 000 Mann. Ihre Divisionen sind in fünf Armeen gegliedert, von denen nur eine im Westen des Landes steht, vier dagegen an den Grenzen gegen Ungarn, Rumänien und Bulgarien konzentriert sind. Gegen Albanien hat Marshall Tito nur geringe Kräfte konzentriert, weil er offenbar die Stärke dieses isolierten kommunistischen Stützpunktes nicht sehr hoch einschätzt. Obwohl Tito sich so stark wie möglich macht, hat er westliche Waffenlieferungen doch abgelehnt, um nicht unnötig seine Nachbarn zu provozieren. Hingegen wurde die Erklärung der Westmächte, ein Angriff auf Jugoslawien werde den Westen nicht untätig sehen, in ganz Jugoslawien verbreitet.

Die scharfe Aufrüstung im Südosten hat natürlich die anlaufende Frühjahrsbestellung und die wirtschaftliche Lage überhaupt ungünstig beeinflusst. Die kommunistischen Regierungen können nicht umhin, diese Tatsache zuzugeben, wobei sie aber versuchen, die Schuld den Westmächten zuzuschieben, die den Südosten zwingen, sich vom friedlichen Aufbau abzuwenden.

*A. Weingärtner*

\*

### Handelsvertrag Indien-Pakistan

Die Zerreißung des indischen Subkontinents in die beiden selbständigen Staaten der Indischen Union und Pakistans, die mit dem Ende der britischen Herrschaft 1947 erfolgte, schuf nicht nur politische, militärische, soziale und menschliche Nöte, sondern durch die Spaltung eines vorher einheitlichen Wirtschaftsgebietes auch neue wirtschaftliche Probleme. Die industriearmen Zonen des landwirtschaftlichen Überflusses gehören zu Pakistan, die Industriegebiete zur Indischen Union. Rohstoff und Verarbeitungsstätte, Produzent und Verbraucher sind voneinander getrennt. Das Problem wurde im September 1949 akut, als Indien der britischen Pfundabwertung folgte, Pakistan aber seine Rupie hoch hielt. Wegen des Preisunterschieds wurden danach nicht einmal die begrenzten Tauschabkommen erfüllt. Der amtliche Kurs für 100

pakistanische Rupien beträgt 144 indische. 17 Monate lang ruhte der legale Handel.

Am 25. Februar 1951 wurde in Karachi ein Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern abgeschlossen. Indien liefert Kohle, Stahl, Textilien und Zement, Pakistan Jute, Baumwolle und Getreide. Indien erkannte die Höherbewertung der pakistanischen Rupie an, weil in der veränderten Weltlage allgemein die Agrarpreise angezogen haben.

### Nepal

1792 wurde ein Handelsvertrag zwischen der British - Ostindischen Compagnie und dem Himalaja-Königreich Nepal abgeschlossen, 1814 marschierten britische Truppen ein. Der Vertrag von Sagauli vom Dezember 1815 regelte die Beziehungen zwischen Indien und Nepal in der Art, wie sie noch heute bestehen. Ein britischer Vertreter mit einer kleinen indischen Wachtruppe, seit 1934 ein Gesandter, nahm am Hof in der Hauptstadt Katmandu seine Tätigkeit auf, ein Gesandter Nepals in London. Die etwa 7 Millionen Einwohner sind ein Mischvolk aus mongolischer und Hindu-Herkunft. 1927 wurde die erste und 1940 die zweite Eisenbahn von Indien her auf Schmalspur ins Land gebaut. Das Staatsgebiet ist etwa 140 000 qkm groß. Von 1867 bis 1950 wurde Nepal durch einen erblichen Ministerpräsidenten von der Art eines Hausmeiers oder Schoguns absolut regiert, die Könige waren nur formal seine Herren.

Indien nimmt seit dem Gewinn seiner Unabhängigkeit besonderen Anteil am Schicksal seiner nördlichen Nachbarländer. Gegner der herrschenden Hausmeierfamilie, der Ranas, emigrierten nach Indien und gründeten dort einen nepalesischen Nationalkongreß, der die Heimat „befreien“ und modernisieren wollte. Die Regierung der Indischen Union schloß am 31. Juli 1950 mit der Rana-Regierung in Katmandu einen Freundschafts- und einen Handelsvertrag ab, durch den sie praktisch das britische Erbe im Lande antrat. Die wegen ihrer Tapferkeit berühmten Söldnertruppen des Berglandes, die Gurkhas, wurden teilweise (12 Bataillone) in die neue indische Armee überführt, blieben jedoch teilweise (6 Bataillone) im britischen Heer (sie werden gegenwärtig in Malaya eingesetzt). Der Bau einer Autostraße, der fünf Jahre dauern

soll, wurde begonnen (bis jetzt werden die Autos durch Träger an Seilen über die Saumpfade des Hochgebirges in das zentrale Katmandu-Tal geschleppt). Man dachte an einen regelmäßigen Flugverkehr von Indien aus.

Am 7. November 1950 kam die Nachricht, daß König Tribhuvana von Nepal in der indischen Botschaft von Katmandu Zuflucht gesucht habe. Indien wurde im Augenblick des chinesischen Eindringens nach Tibet in eine peinliche Lage versetzt. Die 25 000 Gurkha-Soldaten waren bis dahin dem Maharadscha-Hausmeier treu ergeben. Der Maharadscha verbot dem König, der als Verkörperung des Gottes Wischnu übermenschlichen Charakter hat, entsprechend dem alten Brauch das Verlassen des Landes, als der Monarch sich nach Indien in ärztliche Behandlung begeben wollte, und setzte ihn schließlich zugunsten eines dreijährigen Enkels ab. Am 12. November traf der König auf dem Luftwege in Delhi ein, wo er mit königlichen Ehren, darunter einer Ehrenkompanie von Gurkhas, empfangen wurde. Inzwischen ließ der „Nationalkongreß“ der aristokratischen Emigranten an verschiedenen Orten Nepals einen Aufstand losbrechen und richtete in Birganj, der zweitgrößten Stadt des Landes, die nur 7 km nördlich der indischen Grenze liegt, eine „freie“ und königstreue Gegenregierung gegen den Maharadscha ein. Die Insurgenten schleppten den Gouverneur von Birganj über die Grenze, wo ihn die Regierung der indischen Provinz Bihar sofort in Freiheit setzen ließ. Es handelte sich also um einen Eingriff in die Innenpolitik des Königreichs von indischem Boden aus, wenn auch durch „fortschrittliche“ nepalesische Elemente. Die Parallele zum Verhältnis zwischen China und Tibet liegt nahe. Die Regierung des Ministerpräsidenten Nehru mußte natürlich auch mit der eigenen öffentlichen Meinung rechnen, die sie vor nicht langer Zeit gegen die rückständigen Verhältnisse im Fürstentum Haiderabad selbst mobilgemacht hatte. Britische und amerikanische Vertreter hielten sich sowohl in Katmandu (wo die beiden Staaten neben Indien diplomatisch vertreten sind) als auch in Delhi völlig von der Sache fern.

Nachdem die indische Regierung sehr bald die Grenze für Waffen gesperrt hatte, wurde die Aufstandsbewegung bis zum 19.

November im wesentlichen erstickt. Nehru erklärte im Parlament, Indien werde nicht eingreifen, „jedoch sind unsere Beziehungen zueinander sehr eng, und wir können die Tatsachen der geographischen Lage so wenig leugnen wie andere Tatsachen.“ Indien forderte unerbittlich die Wiedereinsetzung des Königs. Am 7. Januar 1951 gaben die Ranas nach. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll eine nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Nationalversammlung eine neue Verfassung ausarbeiten, die wohl sicher das Ende des erblichen Hausmeiertums bringen wird. Fünf der Sitze in einem Übergangsministerium werden der „demokratischen“ Gruppe überlassen, nur vier von den Ranas besetzt. Am 11. Februar wurde bestimmt, daß von den fünf „demokratischen“ Sitzen zwei an die Nepalesische Kongreßpartei und je einer an einen Vertreter des Zentraltales, der Gebirgslandschaften und der südlichen, an Indien grenzenden Niederung (Terai) gegeben werden sollten. Am 15. Februar kehrte König Tribhuvana nach dreimonatigem Exil in die Hauptstadt zurück. Auch der Kongreßführer Koirala verließ Indien und begab sich nach Nepal. Etwa 100 000 Aufständische nahmen allerdings den Friedensschluß nicht an, sondern begannen ein Räuberdasein, das auf der indischen Seite der Grenze durch Polizeitruppen bekämpft werden mußte.

Das Kernproblem Nepals ist das gleiche wie in anderen Ländern Süd- und Ostasiens: die Familie der Ranas besitzt etwa drei Viertel allen Grundeigentums im Lande, soweit es urbar ist, und die Hälfte der Staatseinkünfte werden außerdem von ihr verbraucht. Sie lehnte Angebote ausländischen Kapitals zur Erschließung der natürlichen Reichtümer des Königreichs ab, — daher mußten die Söhne Nepals Söldnerdienst in fremden Heeren nehmen. Das Kernproblem auch Nepals liegt weder in der Verfassungs- noch in der Außenpolitik, sondern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

#### Das gefährdete Burma

Anfang Januar 1951 lief die Frist ab, die von der Regierung Burmas den bewaffneten Rebellen zur Kapitulation gestellt war: 8000 Mann machten insgesamt von der Am-



nestie Gebrauch. Regierungstruppen stehen zwischen der chinesischen Grenze und dem Gebiet, in dem kommunistische Partisanen burmanischer Volkszugehörigkeit unter der Führung von Than Tun operieren. Ein Nachweis materieller Unterstützung der Partisanen von China aus konnte bisher nicht geführt werden. Das hartnäckige Gerücht, daß in der chinesischen Nachbarprovinz Yünnan ein Kadre für eine neue Revolte im großen Stil ausgebildet wird, läßt sich nicht nachprüfen. Die Dampfschiffahrt auf dem Irrawaddy zwischen Rangoon und Mandalay ist wieder aufgenommen worden, obwohl einzelne Dampfer noch Feuer aus dem Dschungel erhalten. Ebenso ist die Hauptstraße von der Hauptstadt nach Norden wieder in Benutzung, wenn auch streckenweise noch immer im Geleitzug. Der Norden des Landes ist ruhig. Die aufständischen Karen sind weniger schlagkräftig. Das Land ist aus einem Zustand fast völliger Auflösung, in dem die Rebellen Rangoon selbst bedrohten, zu Verhältnissen zurückgekehrt, die der Lage in der britischen Kolonie Malaya ähnlich sind. Das Leben geht weiter, wenn auch hier und da geschossen wird.

Die Rebellen haben sich gegenseitig geschwächt: Zuerst erhob sich nach der Gewährung der Unabhängigkeit durch Großbritannien im Jahre 1948 eine verhältnismäßig kleine trotzkistische Gruppe, danach linientreue Kommunisten, dann ein Teil der früheren antijapanischen Widerstandsbewegung PVO (*People's Volunteer Organisation*), danach meuterte ein Teil der Armee, schließlich griff das Volk der Karen zu den Waffen gegen die Herrschaft der Burmanen in Burma. Vom Standpunkt der Regierung aus sind noch heute das Irrawaddy-Delta, die Berge im Süden von Mittelburma und das südöstliche Dschungel an der siamesischen Grenze unsicher. Der Ministerpräsident Thakin Nu schätzt, daß der mehrseitige Bürgerkrieg dem Lande ungefähr \$ 680 Millionen gekostet hat. Die ausländischen Unternehmungen scheuen vor Investitionen zurück, weil sie auch abgesehen von der Rebellionsgefahr die Verstaatlichungsabsichten der Regierung fürchten. Das Schicksal des Landes und seiner 17 Millionen Menschen hängt von der Entwicklung und den Entschlüssen in China ab.

### Spannungen in Viet Nam

Das aus Tonking, Annam und Cochinchina gebildete Staatswesen Viet Nam unter dem Kaiser Bao Dai ist nicht nur von außen durch die Truppen Ho Tschimins und seine Gesinnungsgenossen im Süden des Staatsgebiets bedroht, sondern es birgt eine Fülle von Spannungen in sich selbst. Die Gouverneure der drei Provinzen sollen nach einem Abkommen zwischen der Zentralregierung und dem Kaiser nicht mehr allein dem Monarchen verantwortlich sein. Der Gouverneur von Tonking, Nguyen Huu-tri, der für seine Zurückhaltung gegenüber Frankreich und seinem Nationalismus bekannt ist, sollte Verteidigungsminister in der Zentralregierung werden, lehnte aber ab. Die Festigung der militärischen Lage seit dem Eintreffen General de Lattre de Tassignys fiel mit der Bildung einer neuen und stärkeren Regierung zusammen, die am 18. Februar vom Kaiser ernannt wurde. Die Regierung des Ministerpräsidenten Tran Van-huu wird von Frankreich begrüßt, weil sie stärkere Anziehungskraft auf Nationalisten haben soll, die zwischen Viet Nam und der radikalen Viet Minh schwanken.

### China und die Sowjetunion

Der chinesische Außenminister Tschou En-lai stellte der Moskauer „Prawda“ zum Jahrestag des chinesisch-sowjetischen Vertrages am 14. Februar einen Aufsatz zur Verfügung, in dem er die Freundschaft zwischen beiden Ländern als „Lichtstrahl für die Welt“ feierte. Insbesondere erinnerte er an den Vertragspassus, in dem sich die beiden Länder verpflichteten, bei der Abwehr einer künftigen Aggression Japans oder eines mit ihm verbündeten Staates zusammenzuarbeiten. China und die Sowjetunion müßten ihre Friedensbemühungen auf den Geist der Erklärungen und Abmachungen von Kairo, Potsdam und Jalta stützen. Während die USA im vergangenen Jahr „verbrecherische Angriffshandlungen“ in Korea und Formosa begangen und in Viet Nam und anderen Ländern Südasiens vorbereitet hätten, haben die Sowjetunion China beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft unterstützt.

### Australien und Japan

Der frühere australische Außenminister Dr. Evatt, der im Rahmen der australischen

Arbeiterregierung während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar nach Ende der Feindseligkeiten beträchtlichen internationalen Einfluß erringen konnte, sagte am 18. Februar in einer Rundfunkrede, daß die öffentliche Meinung seines Landes den Friedensvertrag mit Japan auf der Linie des Waffenstillstandes von 1945 halten wolle. Insbesondere könne das Rüstungsverbot für Japan nicht ohne Zustimmung aller damaligen Unterzeichnerstaaten geändert werden.

Am gleichen Tag endete eine Aussprache in Canberra zwischen dem jetzigen Außenminister Spender, seinem neuseeländischen Kollegen und dem amerikanischen Sonderbeauftragten John Foster Dulles. Das Abschlußkommuniqué meldete, man wolle ein „Machtvakuum“ in Japan, aber ebenso „die Wiedererstehung des alten japanischen Militarismus“ vermeiden.

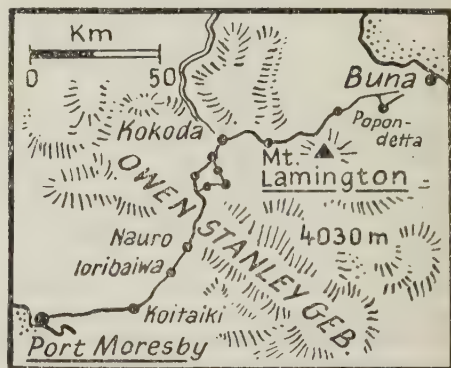
Die australische Öffentlichkeit ist der Meinung, daß der Friede mit Japan unter allen mit dem „Westen“ verbundenen Staaten ihr Land am meisten angeht. Noch 1951 finden australische Kriegsverbrecherprozesse gegen japanische Soldaten statt. Ohne ausdrückliche amerikanische Sicherheitsgarantie ist Australien wenig geneigt, einer japanischen Aufrüstung zuzustimmen. Die gegenwärtige Opposition widersetzt sich noch schärfer einem „schlappen Frieden“ als die Regierung. Es muß daran erinnert werden, daß der australische Vertreter in der Inter-Alliierten Kommission in Tokio, Prof. W. M. Ball von der Universität Melbourne, durch Dr. Evatt seinerzeit zurückgezogen werden mußte, weil er die zu entgegenkommende Politik General MacArthurs nicht mitmachen wollte.

Das populäre Morgenblatt „Argus“ in Melbourne schreibt: „Die Furcht vor einer japanischen Aggression sitzt uns im Blut. Während des letzten Krieges wurden wir von Japan aus mit Vernichtung bedroht, und wir haben noch nicht die Zeit gehabt, die Bomben auf Darwin oder die Rettung durch die Schlacht in der Korallensee zu vergessen, nicht zu reden von Changi\* oder die Todesbahn in Siam“.

#### Der Vulkan in Neuguinea

Im australischen Treuhandgebiet Neuguinea, der ehemaligen deutschen Kolonie

Kaiser-Wilhelmsland, erfolgte im Januar 1951 eine Vulkankatastrophe, die sich im Februar wiederholte. Der Ausbruch des Mount Lamington geschah nicht weit vom Hafen Buna an der Nordküste, der im Zweiten Weltkrieg japanischer Stützpunkt war,



und vom Saumpfad über Kokoda, an dem sich die Japaner vergeblich über den hohen Kamm der Owen Stanley-Kette in die eigentliche australische Kolonie „Papua“ in Richtung des Hafens Port Moresby vorzuarbeiten versuchten. Zunächst waren die Hilfsflugzeuge nicht in der Lage, durch die Aschenwolken zur Landung anzusetzen. Der Administrator Oberst Murray flog in das bedrohte Gebiet. Die Hälfte der eingeborenen Bevölkerung des Bezirks, etwa 4000 Menschen, dazu 34 Europäer, wurden durch den Januarausbruch getötet. Das dichtbevölkerte Plantagegebiet in der Nähe des Vulkans muß wahrscheinlich aufgegeben werden.

#### Die Missionare in China

Der Sekretär der *China Inland Mission*, Pfarrer Mitchell, erklärte am 18. Februar in der australischen Stadt Adelaide, die Gesellschaft wolle 600 Missionare aus China abberufen. Die Missionare würden zwar nicht behelligt, aber man gebe ihnen planmäßig das Gefühl ihrer Überflüssigkeit. Die Regierung Mao Tse-tungs achte die Stärke des chinesischen Christentums, das aber die ausländischen Einflüsse ausschalten solle. Nur unabhängige chinesische Kirchen könnten die Versuche zur Schaffung von quasireligiösen politischen Leidenschaften und zur Verächtlichmachung der alten Religionen

\* Gefangenenlager bei Singapur



überleben. Der Auszug der Missionare erfolgt zum ersten Mal seit 1865 in diesem großen Umfang.

\*

#### Luftverbindung von Venezuela nach Peru

Die venezolanische Flugverkehrsgesellschaft eröffnete Anfang Februar eine neue Linie von Carácas nach Lima. Die peruanische Hauptstadt mit ihren drei Flughäfen, besonders dem Auslandsflughafen Tambo, ist zu einem Knotenpunkt des Luftverkehrs geworden. Je drei Linien fliegen vom Lima nach Bogotá, Santiago de Chile. La Paz und Buenos Aires, je eine nach Quito, Rio de Janeiro, Asunción und Montevideo. Die BOAC (*British Overseas Airways Corporation*) hat über Panama und Nassau auf den Bahamas eine Verbindung mit New York eingerichtet, die nur 16 Stunden Flugzeit benötigt.

#### Argentinien's Fleisch

Am 27. Februar reiste eine britische Delegation nach Buenos Aires zur Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen. Ein Staatssekretär aus dem Londoner Finanzministerium (John Edwards) führte die Abordnung; mit seiner Person besuchte zum ersten Male seit dem Zweiten Weltkriege ein britischer Minister die argentinische Hauptstadt. Durch die neuen Verhandlungen soll versucht werden, aus der handelspolitischen Sackgasse herauszukommen und den beiderseitigen Warenaustausch zu für beide Länder annehmbaren Bedingungen, neu zu beleben.

Die britische Fleischration, die nicht nach dem Gewicht, sondern nach dem Ladenpreis festgesetzt wird, ist heute niedriger als zu irgend einem früheren Zeitpunkt seit Einführung des Kartensystems. Sie entspricht jetzt einem Wochenwert von 8 d pro Person (knapp 50 D-Pfennige, also zwei Wiener Würstchen oder ein Achtelpfund Fleisch), die neueste Herabsetzung geht wie die früheren Kürzungen seit 1945 auf die Schwierigkeiten der Lieferung aus Argentinien zurück.

Im Februar 1948 schloß Argentinien mit Großbritannien das sogenannte „Andenabkommen“, in dem es eine Jahreslieferung von 420 000 t Fleisch zusagte. Das Abkommen sah eine Rücktritts- und Rückzahlungs-

möglichkeit vor, falls Argentinien die britischen Vorauszahlungen in Höhe von £ 100 Millionen nicht bis zum 31. März 1949 voll beliefern könnte. Argentinien mußte von dieser Klausel Gebrauch machen, obwohl Großbritannien die Ansicht vertrat, sie dürfe nur im Falle höherer Gewalt in Kraft treten, und höhere Gewalt liegt nicht vor, solange Argentinien noch dritte Länder beliefern könne. Man neigte in London zu der Ansicht, der damalige argentinische Wirtschaftsminister Miranda benutze die Klausel, um höhere Preise zu erzielen. Seit diesen Schwierigkeiten im ersten Jahr des Andenvertrags laufen immer wieder Verhandlungen zwischen der britischen und argentinischen Regierung, aber es erscheinen immer neue Probleme. England nahm an, daß Argentinien aus Dollarknappheit wieder lieferungsfreudiger werden könne, denn es könne seine notwendigen Importe England gegenüber ja mit Fleisch bezahlen. Der Sicherheit halber begann die Londoner Regierung schon 1949 eine langfristige Verlagerung ihrer Fleischbezugsquellen: Sie bemühte sich um die Entwicklung neuer Aufzuchtgebiete in Ländern des Commonwealth und der Kolonien, sie förderte die eigene Viehzucht und verhandelte mit europäischen Lieferländern wie Frankreich.

Nach schwierigen Verhandlungen wurde im Juni 1949 in Buenos Aires ein neuer britisch-argentinischer Handelsvertrag in Gegenwart von Präsident Peron unterzeichnet. Die Amerikaner protestierten, wurden aber von britischer Seite daran erinnert, daß Argentinien die Dollars zum Einkauf in den USA ohnehin nicht besitze. Argentinien erhielt durch diesen Fünfjahresvertrag eine Absatzgarantie von jährlich 300 000 t Fleisch und die Zusicherung, daß Überschüsse bis zu 600 000 t auch abgenommen würden, außerdem die Möglichkeit zum Verkauf anderer Waren. Es handelte sich um einen bilateralen Warenaustauschvertrag nach dem Muster der deutschen Vorkriegswirtschaftsverträge, der scharf gegen die Liberalisierungstheorie verstieß, zudem noch auf beiden Seiten durch Träger von staatlichen Handelsmonopolen ausgehandelt wurde. Nach der Pfundabwertung im Herbst 1949 erhöhte Argentinien seine Preisforderungen, weil die britischen Ölpreise in Sterling auch höher geworden seien. Der britische Import von Konsumgütern sah sich

beträchtlichen Schwierigkeiten gegenüber, denn Argentinien wollte seine neuen Industrien nicht schutzlos der Konkurrenz aussetzen. Man war in England der Meinung, Argentinien wolle „den Löwen in den Schwanz zwicken“. Man wurde sich in der Preisfrage nicht einig, und am 21. Juli 1950 sperrte Argentinien die Fleischausfuhr nach England ganz. Imponderabilien spielten in die Verhandlungen hinein: Der britische Ernährungsminister Webb sprach schon im März 1950 von „argentinischer Erpressung“, und das England der Arbeiterpartei behielt seine Vorbehalte gegen Peróns Argentinien, während umgekehrt Argentinien eine Verletzung seines Nationalstolzes nicht dulden wollte.

Argentinien schloß im Februar 1951 ein Abkommen über Fleischlieferungen nach Brasilien und erklärte durch den Mund seines Wirtschaftsministers Ares, die Ausfuhrsperrung nach England tue ihm nicht weh.

Tatsächlich ist das Fleisch, das Argentinien heute für die Ausfuhr zur Verfügung

hat, knapper als vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Bevölkerung ist gewachsen, der Fleischkonsum pro Kopf gestiegen. Die Sicherheit des Regimes ruht auf dem guten Willen einer Arbeiterschaft, die mit sozialpolitischen Errungenschaften umworben wird. Die Produktion ist gesunken. Die Unternehmer sehen nicht immer in der Höchstproduktion ihren besten Vorteil und schätzen außerdem die staatswirtschaftlichen Eingriffe wenig. Argentinien leidet unter Landflucht. Aber es will auch nicht Hinterland der Weltindustrie bleiben, sondern hat den Ehrgeiz zum Aufbau einer Volkswirtschaft mit allen industriellen Produktionszweigen sowie die Hoffnung, daß die internationalen Spannungen die Preise für sein Fleisch, seine Wolle, seinen Weizen weiter hochtreiben. Es meint, daß der Höhepunkt des Wohlstandes, den es 1946 gewonnen hatte, wieder erreicht werden kann. Nordamerika ist beschäftigt und erlaubt daher heute England gern, sich wieder um Argentinien zu bemühen.

## AUS DEM SCHRIFTTUM

### *Lehren aus China*

#### Ein Referat über neue China-Literatur

In einem sehr klugen politischen Leitartikel hat der „Manchester Guardian“ am 6. Januar 1951 die zur Commonwealth-Konferenz in London zusammentretenden Premierminister der Commonwealthstaaten ermahnt, die chinesische Revolution in ihrer historischen Perspektive zu sehen, und hat gemeint, die Schwierigkeit im Umgang mit dem heutigen China liege darin, daß man oft glaube, es gleiche ganz dem alten China. Besonders Amerika neige dazu, die kommunistische Regierung Chinas mit derselben Art von nachsichtiger Geringschätzung zu behandeln, die man während des Krieges der Kuomintang entgegenbrachte, wenngleich man, um sie bei guter Laune zu halten, ihrem Land äußerlich die Stellung einer Großmacht zuerkannte. Dabei hätten die Vereinigten Staaten einige sehr erfahrene Asien-Sachverständige. Aber die Regierung

scheue sich, die meisten von ihnen zu verwenden, mit Rücksicht auf den törichtten Argwohn der Republikaner, daß jeder, der über China unterrichtet sei, mindestens ein halber Kommunist sein müsse.

Wer die Entwicklung der Dinge in China seit der Revolution von 1911 an Ort und Stelle verfolgen konnte, wird das englische Urteil über die hohe Qualität amerikanischer Sachverständiger nur unterschreiben können. Das gilt nicht nur für eine Anzahl von Mitgliedern des diplomatisch-konsularischen Dienstes der Vereinigten Staaten, sondern auch für viele Offiziere der amerikanischen Wehrmacht und Vertreter der amerikanischen Presse, ganz zu schweigen von Ostasienspezialisten auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft und des praktischen Lebens. Auffallend für den neutralen Beobachter war auch das vertrauensvolle Zusam-



menarbeiten der amerikanischen Experten der amtlichen und der privaten Sphäre und nicht weniger auffallend das Vertrauen, das selbst Nichtamerikanern von einem gewissen Niveau entgegentgebracht wurde.

Ein deutscher Journalist, der am Tage nach dem Mukdener Zwischenfall im September 1931 — aus ihm entstand der „unerklärte Krieg“ zwischen Japan und China mit allen seinen weltgeschichtlichen Folgen — den deutschen Konsul in Mukden besuchte, um dessen Ansicht zu hören, erhielt schließlich, nur auf Grund langer persönlicher Bekanntschaft, den letzten Bericht dieses Herrn an das Auswärtige Amt vorgelesen und mußte strengstes Stillschweigen versprechen. Nebenbei bemerkt, in diesem Bericht wurde der Vorfall bagatellisiert. Dann ging der deutsche Journalist zu dem amerikanischen Generalkonsul, den er eben erst auf der etwas abenteuerlichen Reise im Extrazug nach Mukden kennengelernt hatte. Der Amerikaner — heute Botschafter in einem europäischen Land — wies den Deutschen in ein Nebenzimmer und gab ihm die gesamte Korrespondenz mit dem *State Department* während der letzten Monate in Ruhe zu lesen mit der lässigen Bemerkung: „Sie werden wissen, was und wie Sie es bewerten können.“

Solches Vertrauen hat sich zweifellos gelohnt und erklärt die hohe Qualität der amtlichen Informationen des amerikanischen Dienstes nicht weniger als die der Reportage amerikanischer Journalisten wie Archibald Steele, Edgar Snow und anderer.

Fs ist aber die Tragik nicht nur Amerikas, daß Informationen allein nicht genügen. Wichtiger als ihre Qualität ist die Qualität derjenigen, die sie erhalten und denen es obliegt, sie auszuwerten. Dafür, daß die Qualität der Informatoren oft kein Gegenstück in der Qualität der Informanden findet, haben wir in unserer deutschen Geschichte genügend Beispiele, um jeder Hofahrt zu entsagen, wenn wir die gleiche Erscheinung bei andern wahrnehmen.

#### *Chinabericht des amerikanischen Außenministeriums*

Ein dicker Wälzer von 41 und 1054 Seiten, der die Überschrift „*Failure of a Policy*“ tragen könnte, erlaubt uns einen interessanten Einblick in das Material, das der

Regierung in Washington als Grundlage ihrer China-Politik zur Verfügung stand, und in die Art, wie dieses Material genutzt oder ungenutzt beiseitegeschoben wurde. Es handelt sich um das Weißbuch, das Dean Acheson nicht lange, nachdem er die Leitung des *State Department* in die Hände genommen hatte, am 30. Juli 1949 seinem Präsidenten und dem 81. Kongreß vorlegte. Es ist betitelt *UNITED STATES RELATIONS WITH CHINA, with Special Reference to the Period 1944—1949, based on the Files of the Department of State (U. S. Government Printing Office, Washington 1949)*. Die gebotenen Dokumente sind natürlich ausgesucht, und die Auswahl ist zweckbestimmt. Zweck aber war Rechtfertigung der befolgten und vielleicht auch der in Zukunft einzuschlagenden Politik. Diese Überlegung wird der Leser nicht außer Acht lassen dürfen, wenn er Nutzen aus dem Studium ziehen will. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieser Band die bedeutsamste Publikation der China-Literatur westlicher Herkunft seit Jahren ist. Hier kann nur der Inhalt angedeutet werden.

Vorangestellt ist in einem langen Brief des Außenministers an Präsident Truman ein Versuch des Nachweises, daß nichts, was die amerikanische Regierung innerhalb der vernunftgemäßen Grenzen ihrer Wirksamkeit tat oder hätte tun können, das Endergebnis hätte beeinflussen können und daß keine Unterlassung ihrerseits zu dem — zugehenermaßen für Amerika höchst unerfreulichen — Endergebnis beigetragen hat. Von Bedeutung für die zukünftige Haltung der Vereinigten Staaten scheint der Satz: „Sollte das kommunistische Regime sich für die Ziele des sowjetrussischen Imperialismus benutzen lassen und versuchen, aggressiv gegen Chinas Nachbarn vorzugehen, so würden wir und die andern Mitglieder der Vereinten Nationen einer Situation gegenüberstehen, die eine Verletzung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit wäre.“ Ominös klingt das Versprechen, Amerika werde alle Entwicklungen in China jetzt und in Zukunft unterstützen, die es der verankerten Zivilisation und dem demokratischen Individualismus Chinas erlauben würden, sich wieder Geltung zu verschaffen und das fremde Joch abzuwerfen.

Nach dieser Einleitung Dean Achesons, einer Inhaltsangabe und einer Zeittafel folgt zunächst auf 409 Seiten eine in acht Kapitel gegliederte, systematische Darstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China. Die Ereignisse während der ersten hundert Jahre amerikanisch-chinesischer Beziehungen von 1844 bis 1944 werden sehr summarisch und im traditionellen Geiste dargestellt: Amerika sei immer der an einem Gewinn uninteressierte Freund Chinas gewesen, und die von John Hay 1899 inaugurierte Politik der offenen Tür dient auch hier wie in nahezu allen anderen amerikanischen Chinapublikationen als Beweis für diese These. Im zweiten Kapitel wird die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Kuomintang und den Kommunisten dargestellt und in den folgenden drei Kapiteln werden die Ereignisse während der Missionen der Generäle Hurley und Wedemeyer, der Tätigkeit des Generals George Marshall und der Amtszeit des Botschafters Leighton Stuart bis Juni 1949 geschildert. Den Abschluß bilden je ein Kapitel über die militärische Lage 1943 bis 1949 und über die wirtschaftliche Hilfe Amerikas für China 1947 bis 1949.

Nach einer Übersichtskarte folgt dann eine Auswahl von 189 Dokumenten, während weitere, zum Teil nur in Auszügen, im ersten Teil wiedergegeben sind. Es sind Vorträge, ausführliche Memoranden wie das von General Wedemeyer, Routineberichte, diplomatische Korrespondenzen, Sonderberichte, — aber auch entsprechende Dokumente der chinesischen Seite, sowohl Tschiang Kai-scheks als auch Mao Tse-tungs. Vollständig fehlen Dokumente über die Tätigkeit des Generals Stilwell, wie gesagt wird, um der Darstellung durch das Kriegsministerium nicht vorzugreifen. Aufzeichnungen und Briefe aus dem Nachlaß dieses hervorragenden Militärs und Chinakenners sind von seiner Familie veröffentlicht worden und haben ein nicht geringes Aufsehen in den Vereinigten Staaten und anderswo erregt, nicht zum mindesten wegen der großen Freimütigkeit des sehr temperamentvollen und bei ihrer Abfassung bestimmt nicht an die Veröffentlichung denkenden Generals. Es fehlen auch die dem *State Department* in großer Zahl vorgelegten Berichte und gutachtlichen Äußerungen hervorragender amerikanischer Chinakenner in-

nerhalb und außerhalb des Dienstes, wie — um nur einen Namen zu nennen — Owen Lattimores.

Aber auch so muß zugegeben werden, daß hier ein sehr reiches Material zur Geschichte Chinas mit einem immerhin bemerkenswerten Maß von Objektivität zusammengetragen ist; es ist so objektiv, daß man auch andere Lehren daraus ziehen kann, als sie Dean Acheson in seinem Brief an den Präsidenten gezogen hat. Vor allem ist auf zwei von sehr verschiedenen Beobachtern wiederholt gemachte Feststellungen hinzuweisen: erstens handelt es sich bei dem chinesischen Kommunismus um eine bodenständige, nicht von außen hineingetragene, aus der chinesischen Geschichte zu verstehende Phase einer seit mindestens einem halben Jahrhundert vor sich gehenden Revolution, und zweitens ist es nicht gelungen, eine irgendwie wesentliche militärische Unterstützung der chinesischen Kommunisten durch die Sowjetunion in dem behandelten Zeitabschnitt nachzuweisen.

#### *Privatkorrespondenz des Generals Stilwell*

Das Buch, das mit dem Namen des Generals Joseph W. Stilwell verbunden, aber von Theodore H. White aus hinterlassenen Papieren zusammengestellt und unter dem Titel *THE STILWELL PAPERS (William Sloane, New York 1947)* herausgegeben worden ist, zu lesen, ist eine Qual: man wird Zeuge zu vieler Indiskretionen, um Genuß an der Lektüre haben zu können, und schließlich wird die Scham, die man dabei empfindet, nicht kompensiert durch einen wesentlichen Gewinn sachlicher Information oder psychologischer Einsicht. Beides zu geben war ein Mann wie Stilwell wohl in der Lage, aber nicht in der Laune, als er in den flüchtigen Notizen und kurzen Familienbriefen seinen täglichen Ärger abreagierte. So bleiben dem Leser neben einigen Anekdoten schließlich nur wenige bemerkenswerte Formulierungen haften, wie diese: „die Regierung (Tschiang Kai-scheks) ist ein auf Furcht und Belohnungen gegründetes Gebilde in den Händen eines unwissenden, unberechenbaren, eigensinnigen Mannes. Es ist so verwoben mit familiären und finanziellen Bindungen und Einflüssen, daß es zusammenfallen müßte, würden sie entfernt, und nicht ein einziges daran beteiligtes Interessenmoment ist so



überragend, daß ihm die Reinigung des Hauses zugetraut werden könnte, selbst wenn man dabei den notwendigen Patriotismus voraussetzen könnte, was man aber nicht kann.“ So schrieb der amerikanische General von der Regierung und dem obersten Kriegsherrn Chinas im Moment, da er ihnen als Oberkommandierender zu dienen bereit war. Der russische Kommunist Borodin hatte ein ruhigeres und gerechteres Urteil über Tschiang Kai-schek, selbst nachdem ihn dieser des Landes verwiesen und seine Frau ins Gefängnis geworfen hatte.

#### *Reportage amerikanischer Journalisten*

Es ist empfehlenswert, im Zusammenhang mit dem Weißbuch der amerikanischen Regierung noch zwei andere Publikationen zu lesen, die sich ohne Kenntnis des darin veröffentlichten Materials bemüht haben, die Vorgänge in China in den letzten Jahren zu schildern und Lehren daraus zu ziehen. Beide Bücher stammen von Journalisten; das eine von den oben erwähnten Amerikanern Theodore H. White und Annalee Jacoby, das andere von dem Deutschen Wolf Schenke. Das erstere basiert auf persönlichen Eindrücken in den Jahren 1938 bis 1945, das zweite behandelt im wesentlichen die in Tschungking verbrachten Jahre 1939 bis 1941 aus einem ein Jahrzehnt umfassenden Aufenthalt in China. Beide beginnen mit einer Schilderung der Kriegshauptstadt der chinesischen Nationalregierung Tschiang Kai-scheks, und die Entwicklung der Dinge ist naturgemäß von dort aus gesehen. Aber die Sicht reicht in beiden Fällen sehr viel weiter und schließt bei den einen die Vorgänge in der amerikanischen, bei dem andern die in der deutschen Politik mit ein.

Das Buch der Amerikaner, 1946 erschienen, liegt in einer guten deutschen Übersetzung von Barbara Deyle-Reck vor: THEODORE H. WHITE und ANNALEE JACOBY, *DONNER AUS CHINA* (Rowohlt Verlag, Stuttgart, Hamburg und Baden-Baden 1949). Schon die kurze Einleitung zeigt, mit welcher Nachdenklichkeit dieses Buch geschrieben ist. Für seine Autoren sind die Vorgänge, deren Zeugen sie wurden, nichts Isoliertes. Sie sind Erscheinungen in einem Prozess, den Asien nun eintausend Jahre nach Europa durchmacht, eines Aufstandes gegen unerträglich gewordene Formen der

materiellen Existenz. In Indien ist die durchschnittliche Lebensdauer siebenundzwanzig Jahre, jeder zweite Chinese stirbt vor Erreichung des dreißigsten Lebensjahres. So war es auch einmal in Europa, und Europa brauchte Jahrhunderte und eine Reihe blutiger Kriege, die es von Generation zu Generation dem näher brachten, was wir heute Zivilisation nennen. Vor hundert Jahren, so sagen die Autoren, setzte die Begegnung des Westens mit China und Japan das Räderwerk der Revolution in Bewegung. Die Revolution die mit der Ankunft Perrys in Japan begann, war innerhalb von fünfzehn Jahren schon in den Händen der feudalen, reaktionär gesinnten Führer des japanischen Mittelalters, und ihre Kraft wurde teils gebrochen, teils in imperialistische Bahnen abgelenkt. Der amerikanische Sieg von 1945, so meinen die amerikanischen Autoren, verlegte der asiatischen Revolution, die sie die größte Umwälzung in der Geschichte der Menschheit nennen, vollends den Weg. In China aber arbeiteten die Kräfte der Umwälzung noch explosiver und mit bedenklicheren Auswirkungen als sonst irgendwo in dem ganzen Erdteil. Sie richteten sich im wesentlichen gegen die Folgen des eingehend geschilderten Feudalismus, und es sei die Tragik Tschiang Kai-scheks, sich ihnen widersetzt und sie nicht genutzt, und die Tragik Amerikas, im letzten Stadium des Krieges dazu mitgeholfen zu haben.

General Patrick J. Hurley, den Roosevelt im Jahre 1944 als Sonderbotschafter nach China sandte und dem die Verantwortung dafür zugeschrieben wird, war wohl auch der ungeeignetste Mann, den man für eine solche Mission wählen konnte. Er war ein ehemaliger Cowboy, Rechtsanwalt, Millionär und Kriegsminister geworden, ein stattlicher Mann mit steifabstehendem Schnurrbart und wallender weißer Mähne. Er überraschte die Chinesen mit dem Kriegsgeheul der von ihm schwärmerisch geliebten Choctaw-Indianer seines heimatlichen Oklahoma und führte ihnen deren Kriegstänze vor. Dabei sprach er vom Generalissimus Tschiang Kai-schek noch nach Monaten als von „Mr. Scheck“ — so erzählen wenigstens die amerikanischen Autoren — und glaubte, die maßgebenden Vertreter der Kommunisten vor sich zu haben, als er mit irgendwelchen obskuren Personen zusammenkam, auf deren

Namen er sich am selben Tag nicht mehr besinnen konnte. Die beiden einzigen Delegierten der chinesischen Kommunisten in Tschunking hatte er damals überhaupt noch nicht zu Gesicht bekommen. Mit ihm begann die „große Reinigung“ des diplomatisch-konsularischen Dienstes der Vereinigten Staaten in China. Der aus der Karriere kommende Botschafter Gauss, der ein guter Kenner der Verhältnisse war, wurde abgesetzt und Hurley zu seinem Nachfolger gemacht. Überall sah Hurley „Rote“ und, als er schließlich im November 1945 abberufen wurde, hinterließ er ein unbeschreibliches Chaos, mit dem auch der dann nach China entsandte General George J. Marshall nicht mehr fertig werden konnte.

Im ganzen ist das Buch von White und Jacoby eine instruktive Reportage, es vermittelt neben Kenntnissen auch Erkenntnis. Seit einem Jahrhundert, heißt es im letzten Kapitel, regt sich die Welt über das „Problem China“ auf, und haben Staatsmänner von großem Einfluß über die Rolle Chinas in ihren Plänen nachgegrübelt. Für China sieht das Problem anders aus: wie kann China mit der Welt fertig werden? China kann erst dann planen und hoffen, wenn es in einer Welt lebt, von der es als ebenbürtiger Partner und nicht als Objekt fremder Politik angesehen wird.

Die Aussichten Amerikas in China werden von den Autoren sehr ungünstig beurteilt, nach Ansicht des Referenten wohl doch zu ungünstig, wenngleich sie wohl damit Recht haben, daß weite Teile des chinesischen Volkes den Bürgerkrieg im Jahre 1946, als ihr Buch abgeschlossen wurde, für ein Produkt amerikanischer Politik hielten. Inzwischen dürfte aber in China eine tiefere Erkenntnis historischer Zusammenhänge eingesetzt haben. In Amerika fehlt es aber daran noch, und im Moment wenigstens sieht es nicht danach aus, als ob die Ratschläge der Autoren an ihr Land der Chinapolitik Washingtons zugrundelägen und als ob die drei von ihnen aufgestellten Ziele in dieser Politik erreicht werden könnten:

1. daß die Revolution, wenn sie erfolgreich ist, Amerika als einen befreundeten Staat ansehen möge;

2. daß sie mit einem Minimum an Gewalttat und Blutvergießen ihr Ziel erreichen möge;

3. daß sie stets das Recht der Minderheiten achten und der Außenwelt gestatten möge, zu beobachten und zu berichten, was geschieht. Amerika müsse den Menschenmassen Asiens dieselben Dinge anbieten, die die Russische Revolution ihnen verspreche: Brot und Gleichberechtigung — und darüber hinaus, in der Tradition der Amerikanischen Revolution, Freiheit der Person. Amerika könne mit Rußland in der Werbung um die Zuneigung der neuen asiatischen Nation parallel gehen, und es könne Rußland dabei überholen, aber es brauche nicht mit ihm zu kollidieren.

#### *Deutsche Eindrücke aus Tschungking*

In dem Buch des deutschen Autors WOLF SCHENKE, CHINA IM STURM (H. H. Nölke Verlag, Hamburg 1949) liegt ein Gegenstück zu dem Werk der amerikanischen Autoren vor. Noch stärker subjektiv gefärbt und informatorisch weniger reich, gibt es ein lebhaftes Bild der Dinge, die sich in Tschungking in den Jahren zwischen 1939 und 1941 abspielten, und der Eindrücke, die der Verfasser auf Reisen bis in das tibetische Grenzland, nach Yünnan und durch Sinkiang und Sowjet-Zentralasien sammeln konnte. In der Beurteilung des Kommunismus in China als Phase einer langen Revolution ist sich Schenke mit White-Jacoby wie auch mit den Beurteilern einig, die in den Dokumenten des amerikanischen Weißbuches zu Worte kommen.

Für deutsche Leser von besonderem Interesse ist, was Schenke über die Berliner China-Politik jener Tage zu sagen hat. Zum ersten Male werden hier die geradezu verzweifelten Versuche geschildert, die von den beamteten und unbeamteten deutschen Stellen, nicht zuletzt von Schenke selbst, gemacht wurden, um die deutsche Regierung von der verhängnisvollen Überschätzung der militärischen Macht und der politischen Einsicht Japans abzubringen und eine bedingungslose Unterstützung der japanischen Politik in China und Anerkennung der Marionettenregierung Wang Tsching-wei zu verhindern. Es war alles umsonst. Von Deutschland wurde Wang Tsching-wei anerkannt, und es folgte der Abbruch der Beziehungen der chinesischen Nationalregierung mit Deutschland. Es ist erfreulich zu lesen, in welcher freundschaftlichen Art und mit



welchem Verständnis für ihre Zwangslage die von Tschungking abreisenden Deutschen durch ihre chinesischen Freunde und die Vertreter der Nationalregierung verabschiedet wurden. Es ist zu hoffen, daß die tapfere Haltung, die damals von einigen wenigen Chinadeutschen ihrer eigenen Regierung gegenüber eingenommen wurde, in Zukunft noch Früchte tragen wird.

Der Sieg des chinesischen Kommunismus ist nach Schenke nicht als Machtzuwachs für die Sowjetunion zu werten, wie er auch ohne deren Hilfe errungen ist. Auf chinesischem Boden gewachsen, ist nach Schenkes Ansicht der Kommunismus Mao Tse-tungs auch in Praxis und Theorie von dem Marxismus, der die Sowjetunion beherrscht, verschieden, und schon durch das Gewicht seiner Masse an Land und Menschen wird China davor bewahrt bleiben, ein Satellit Moskaus zu werden.

Herbert Mueller

#### Eine islamische Denkschrift über „Kommunismus und Demokratie“

Hazrat Mirza Baschir — und — Din Mahmud Ahmad aus Rabwah (West-Pakistan), das Haupt der Ahmadiyya Muslim-Gemeinschaft, hat dem Präsidenten, den Regierungsmitgliedern und den Kongreßangehörigen der USA eine von ihm verfaßte, in islamischen Kreisen für wichtig gehaltene Denkschrift über „Kommunismus und Demokratie“ zugeleitet. Sie dürfte angesichts der den islamischen Völkern zukommenden Mittlerstellung auch für uns von Interesse sein.

Nach einer religiös begründeten Einleitung bringt der Verfasser folgende Gesichtspunkte für eine Lösung der zwischen Kommunismus und Demokratie bestehenden Schwierigkeiten:

Grundsätze sind besser als Geld. Geld kann nicht die Ernsthaftigkeit und die Begeisterung hervorbringen, die aus Grundsätzen geboren wird. Er verweist dabei auf das Beispiel des Mißerfolges der finanziellen Hilfe der USA für Tschiang Kai-schek. Die Sowjetunion versuche, Ostdeutschland zu überzeugen, daß sie ihm helfe und daß Ostdeutschland innerlich frei sei, sie lasse scheinbar Ostdeutschland selbständig Entscheidungen treffen, die dieses dann in Einklang mit den sowjetischen Absichten zu

bringen trachte. Die westlichen Demokratien fällten jedoch zuerst selbständig Entscheidungen und versuchten dann, sie Westdeutschland aufzuerlegen. Es sei klar, daß dieses Verfahren der westlichen Demokratien in Westdeutschland nicht den Widerhall finden könne, wie es die russische Methode in Ostdeutschland tue. Dieselben psychologischen Fehler hätten Frankreich in Indochina und England in Malaya und Burma begangen. Man möge alle mögliche wirtschaftliche Hilfe geben, aber man müsse in den empfangenden Ländern die Überzeugung hervorrufen, daß ihre Freiheit gesichert sei. Die amerikanische Propaganda sollte auf Grundsätzen statt allein auf Geld aufbauen. Wenn man amerikanischerseits von wirtschaftlichem und politischem Egoismus absähe, würde man sich, auf weite Sicht gesehen, durch Gewinnung starker Sympathien viel besser nützen. Die Gelder wären nicht weggeworfen wie im Falle Tschiang Kai-scheks und Koreas. Außerdem könnten unabhängige Nationen nicht in vollem Maße für einen Krieg vorbereitet werden, wenn sie sich nicht als völlig gleichberechtigt betrachten könnten. Amerika werde weise handeln, wenn es auch schwächere Nationen so behandle. Weiterhin macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß der Erste und Zweite Weltkrieg bewiesen hätten, daß der Faktor Mensch nicht vernachlässigt werden dürfe. Bei einer ungefähren Waffengleichheit der Gegner sei dieser Faktor geradezu entscheidend. Die Sowjetunion könne mit der moralischen und materiellen Unterstützung durch 800 Millionen von einer bis zur Manie gehenden Idee erfüllter Menschen rechnen, was für die westlichen Demokratien nicht zutreffe. Dazu komme aber auch noch, daß die Sowjetunion und ihre Hilfsvölker auf Grund ihrer Bedürfnislosigkeit 16% ihrer Bevölkerung als Soldaten ausrüsten könnten, während es die westlichen Demokratien kaum auf die Hälfte bringen dürften. Die westlichen Demokratien sollten Spaniens Mitwirkung suchen, dessen innere Angelegenheiten sie nichts angingen, und Deutschland die Freiheit geben. Dadurch könnte eine starke Front in Europa errichtet werden. Ähnliches gelte gegenüber Japan. Darüber hinaus sollte Amerika seine besondere Aufmerksamkeit der nationalen Freiheit derjenigen Länder widmen, die sich in einem Zustand

halber Sklaverei befänden. Es gelte, auf sozialem und nationalen Gebiet die sowjetische Propaganda zu entkräften, indem man sie gegenstandslos mache. Es sei aber notwendig, daß Amerika und die anderen westlichen Demokratien diese ihre Pflichten umgehend in die Tat umsetzten. Um selbst stark zu sein und andere stark zu machen, müsse man Streiks und Kämpfe um die tägliche Arbeitszeit usw., die in normalen Zeiten ihre Berechtigung haben könnten, unterlassen. Der soziale Frieden im Innern der westlichen Demokratien müsse gewahrt werden. Als Ergebnis dieses Opfers würden sich dafür die Nachkommen der Früchte der Freiheit erfreuen können. Ferner solle man von der in jeder Weise gefährlichen Anwendung der Atombombe Abstand nehmen. Ebenso gefährlich sei es aber auch, sich auf die Unbesiegbarkeit von Waffen zu verlassen. Bessere Waffenausrüstung erweise sich nur dann als wirksamer, wenn man gute Soldaten besitze. Darauf sei ganz besonderer Wert zu legen. Das gelte sowohl in bezug auf die Ausbildung als auch auf die Tapferkeit und den Glauben an die gute Sache und an Gott.

Mit einem religiösen Appell schließt die Denkschrift.

*Curt Tiltack*

### Was heißt Verrat?

Die klaren Begriffe begannen im Ersten Weltkriege sich aufzulösen. War Thomas Masaryk ein Hochverräter gegen die Monarchie, in der er aufgewachsen war? Wenn er kein Hochverräter, sondern ein Patriot war, der seinem Volke näher stand als einer staatlichen Maschinerie, war dann Roger Casement ein Hochverräter, der als Ire gegen Seine Britannische Majestät kämpfte? Waren die Männer und Frauen, die zwischen den beiden Kriegen ihre Heimat verließen, weil ihnen dort das Leben nicht mehr lebenswert schien, und die von einem fremden Land her für ihr „wahres“ Vaterland kämpften, Hochverräter oder die eigentlich Treuen? General Wrangel und Ignazio Silone, Hermann Rauschning und Otto Wels, — was waren sie? Im Ersten Weltkrieg ließ sich sagen, daß die Treue zum Volk höher stehe als die zum Staat, — später gab es Konflikte zwischen den Forderungen des Staates und dem Ge-

wissen, der Überzeugung, der ererbten Art.

Der Zweite Weltkrieg sah in allen Lagern Menschen aller Nationen: Deutsche kämpften auf amerikanischer Seite, russische Generale trugen deutsche Uniformen. Deutsche Minister bemühten sich um Hemmung der deutschen Kriegsanstrengungen, norwegische Minister arbeiteten mit Deutschland zusammen. Die Welt wimmelte von Verbannten, Geflohenen, Exilanten, Emigranten, Überläufern, — die Erde war das Feld eines großen Bürgerkrieges mit verwischten Fronten. Man kannte Laval und Quisling, Bose und Raschid el Gailani, Seydlitz und Paulus. Wer in die Hände des Staates fiel, aus dem er ursprünglich gekommen war, mußte mit dem Tod rechnen.

Auch die beiden am Kriege beteiligten Staaten, die noch am wenigsten den Zustand innerer Spannung und latenten Bürgerkrieges kannten, machten die Erfahrung, daß am Rande ihres sozialen Körpers Gestalten lebten, die im Ernstfall zum Gegner übergingen. Der amerikanische Dichter Ezra Pound, heute in einer Irrenanstalt untergebracht, sprach von faschistischen Sendern Italiens in seine Heimat. Der Sohn eines britischen Ministers im Kabinet Churhill, John Amery, diente Berlin.

Nach dem Zweiten Weltkriege haben die Kommunisten die Frage erneut zur Entscheidung gestellt. Wer ist wem verpflichtet? In England und Amerika hat es Verräter der Atomgeheimnisse gegeben, aus der Sowjetunion gehen immer wieder Männer und Frauen, die zuviel wissen, über die Grenze. Hochverratsprozesse finden in New York, Budapest und Belgrad statt.

Die nicht verstummende deutsche Diskussion um die Berechtigung des aktiven Widerstands im Kriege, um Staatsschutz und Hochverrat, Friedensschutz und Kollaboration, Treupflicht und Gesinnungsfreiheit muß vor diesem Hintergrund einer Weltsituation gesehen werden.

Die kluge britische Schriftstellerin Rebecca West hat zwar ihrem Buch über die britischen Hoch- und Landesverratsprozesse nach 1945 den Titel gegeben: „Was heißt Verrat?“ —, aber sie beantwortet ihre eigene Frage nicht. Die Londoner Wochenzeitung „Spectator“ schrieb 1949 nach dem Erscheinen des Buches, man werde so gefesselt, daß man keine Zeile überlese, aber



man sei am Ende der Lektüre „keinen Deut weiser“. Die schriftstellerisch blendende Darstellung des Gerichtsverfahrens gegen William Joyce, dessen Verteidigung seine Treupflicht gegen England abtritt, indem sie auf seiner amerikanischen Staatsangehörigkeit und irischen Volkszugehörigkeit bestand, gegen John Amery, gegen die kleine Zahl von Angehörigen des „Britischen Freikorps“ und gegen den Kommunisten Alan Nunn May ruht auf der inneren Sicherheit der Verfasserin. Sie weist in einer Vorbemerkung die gelegentlich gehörte Gleichstellung britischer Kollaborateure mit deutschen Emigranten in alliierten Ländern ausdrücklich zurück: „Hitler war ein Hochverräter, der durch verfassungswidrige Mittel die Macht an sich gerissen hatte. Deshalb war es nicht möglich, durch Widerstand gegen ihn Hochverrat zu begehen. Selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, so war doch den deutschen Emigranten aus rassischen oder politischen Gründen der Schutz des deutschen Staates entzogen worden, daher schuldeten sie ihm keine Treue. In der Tat, alle totalitären Staaten geben durch ihre Mißachtung der Einzelperson und den Ausdruck dieser Haltung in ihren Rechtsgebräuchen das Recht, von Schutz zu sprechen, auf, — deshalb können sie auch nicht von Hochverrat sprechen. Treue ist ihrem Wesen nach ein heiliger, beiderseitiger Vertrag“. Ein britischer Kritiker hat Rebecca West eine „erbarmungslose Moralistin“ genannt („New Statesman and Nation“). Sie sagt: „Das Verhältnis zwischen einem Menschen und seinem Vaterland wird immer durch einen Konflikt gestört, wenn entweder der Mensch oder der Staat eine hohe Entwicklungsstufe erreicht haben . . . Alle Menschen sollten ein paar Tropfen der Neigung zum Hochverrat in den Adern haben, sonst werden die Völker weich wie morsche Birnen“. Trotz dieser Forderung ist ihr moralisches Urteil „hart wie ein Diamant“ („Spectator“). Sie erwähnt die Tatsache, daß bei der Verhandlung im Oberhaus, vor der letzten Instanz, einer der fünf Richter Einspruch gegen die Verurteilung von Joyce erhob, so flüchtig, daß der Leser sie kaum zur Kenntnis nimmt. Ein Leserbrief an die Zeitung „New Statesman“ erinnerte daran, daß die politische Linke Englands im Burenkrieg wider das Todesurteil gegen einen auf

burischer Seite kämpfenden Engländer protestierte, daß ein paar Tage nach Casements Hinrichtung Vertreter der alliierten Regierungen an einem Requiem für einen italienischen Abgeordneten des Wiener Reichsrats teilnahmen, der wegen Hochverrats gegen den Kaiser von Österreich gehängt worden war. Rebecca West selbst stellt fest, daß auch das verkündete Todesurteil auf dem Gnadenwege hätte aufgehoben werden können, denn der Weg durch die Instanzen führte Joyce durch lange Monate unter dem Todesschatten. Sie erinnert an einen schauerlichen Lustmord, dessen Täter schließlich doch begnadigt wurde, denn „es bestand das Gefühl, daß ein Kulturstaat einen Menschen nicht so lange über dem Abgrund des Todes schweben lassen und dann doch hinabstoßen darf“. Der Lustmörder wurde vorher unterrichtet, daß ein zu erwartendes Todesurteil nicht mehr vollstreckt werde. Joyce aber wurde gehängt.

Die sittlichen und politischen, rechtlichen und psychologischen Probleme der Gegenwart werden in dem Buch unausweichlich vor dem Leser ausgebreitet, gerade weil die Frage der Treue heute schon wieder an andere Menschen und von anderen Instanzen gestellt wird als während des Zweiten Weltkrieges.

Andrea Hessler

Rebecca West: *„The Meaning of Treason“*, Macmillan & Co., London 1949, 340 SS.

### Strategische Zweifel

Zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges liegen zwei Werke aus französischer Feder vor. Beide Bücher behandeln mit großer Genauigkeit die Seite der Gegner Deutschlands, weil den Verfassern hierzu reichlich Quellen zur Verfügung standen und die Mitarbeit von Augen- und Ohrenzeugen ausgenutzt wurde. Die deutsche Seite ist nur in großen Umrissen gezeichnet und stellenweise reichlich ungenau, obwohl sich auch hier die Beschaffung zuverlässiger Unterlagen hätte durchführen lassen, zumal die Mehrzahl der deutschen Generale jahrelang gefangen gehalten wurde und den Historikern erreichbar war. Die Darstellungen sind im allgemeinen sachlich gehalten.

Aus der Schilderung des Polenfeldzuges ist das Urteil über den schlechten

Zustand des polnischen Heeres, die Kritik an der Überheblichkeit und dem Mangel an Feldherrngaben bei dem Marschall Rydz-Smigly sowie seinem völligen Versagen bemerkenswert. „Ein Oberkommando, das auf die Führung militärischer Operationen schlecht vorbereitet war, viel zu sehr veralteten Gedankengängen hingegeben, durch eine zu starre Organisation schlecht bedient; die Truppen zwar zahlreich, aber schlecht ausgebildet und zu schwach bewaffnet, eine sicher in voller Erneuerung begriffene, aber im unmittelbaren Ernstfalle schlecht benutzbare Luftwaffe, das sind die großen Züge der polnischen Armee von 1939“. Die Deutschen warfen die traditionellen militärischen Begriffe über den Haufen und erzeugten angesichts des fürchterlichen Mangels an Vorbereitung fieberhafte Überstürzung. Die Nerven versagten.

Nach dieser Schilderung muß man sich fragen, warum die Polen sich überhaupt auf den Krieg eingelassen haben. Die Überschätzung der eigenen Fähigkeiten und die Unterschätzung des Gegners bildeten wohl im Verein mit der Hoffnung auf rechtzeitige Unterstützung durch die Westmächte den Hauptgrund für die der Lage des polnischen Staates nicht entsprechende, zum Kriege führende Politik der polnischen Regierung.

„Die Schlacht in Frankreich“ behandelt den Feldzug des Sommers 1940. Sie enthüllt die Gründe des überraschend schnellen und vollständigen französischen Zusammenbruchs: Den festen Entschluß, einen Begegnungskampf zu vermeiden, dessen Führung der französische Oberbefehlshaber, General Gamelin, sich nicht zutraute. Die Scheu vor dem Begegnungskampf, bei dem man in die Ungewißheit hinein befehlen und improvisieren muß, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Handlungen und Unterlassungen der französischen Führung. „Die französische Armee in die Lage versetzen, den Stoß der deutschen Armee unter möglichst günstigen Bedingungen zu erwarten, d. h. gestützt auf unsere ‚befestigte Linie‘ . . . die Zufälle und die Überraschungen zu vermeiden, die im Begegnungskampf immer möglich sind“. Die Zufälle und Überraschungen sind auch dann

möglich, wenn man hinter Festungsmauern und „Linien“ Schutz sucht. Weil die Deutschen beweglich fochten, zwangen sie ihren Gegner gleichfalls dazu. Die Generale Gamelin und Georges wurden zu der Kampfart veranlaßt, die sie scheuten. Das war für sie und die ihnen unterstellten Truppen eine schwere moralische Belastung. Aus dieser Tatsache erklären sich viele, sonst unverständliche Erscheinungen jenes kurzen, aber für Jahre entscheidenden Feldzuges. Das Studium der Schrift ist um so interessanter, als die französische Strategie auch heute noch und trotz der trüben Erfahrungen von 1940 mit der Verteidigung von „Linien“ liebäugelt, die, mit unzulänglichen Kräften besetzt, gegen einen hoch beweglichen Gegner niemals zu halten sind.

Der bekannte englische Militärschriftsteller und Panzerfachmann Liddell Hart schildert die Eindrücke, die er auf einer Reise durch Westeuropa im Sommer 1950 gewann. Die Schwäche der gegenwärtigen Verteidigungsmittel wird drastisch dargelegt. Die Strategie der westlichen Festlandmächte wird einer kritischen Betrachtung unterzogen. „Neben dem zahlenmäßigen Mangel besteht noch ein psychologischer von großer Tragweite. Es ist fraglich, ob die Franzosen selbst genügend Vertrauen zu ihrer Kraft haben, und es ist nur zu klar, daß die Nachbarn kein Vertrauen in Frankreichs Fähigkeit setzen, die wichtigste Rolle bei der Verteidigung Westeuropas wirkungsvoll auszufüllen.“ Das sind sehr ernste Worte. Frankreich sollte seine Politik seinen tatsächlichen Kräften anpassen, zumal seine Politik gegenüber Westdeutschland.

Im Schlußkapitel geht Liddell Hart auf die Zukunft des Panzerkrieges ein. Der Korea-Krieg gibt ihm Anlaß, seine Behauptung, daß die Rolle der Panzer keineswegs vorbei sei, zu beweisen. Eine Reihe lehrreicher Hinweise auf die zukünftige Organisation von Panzerverbänden bildet den Schluß der Schrift.

Heinz Guderian

Robert Jars: „La campagne de Pologne“, Payot, Paris 1950; Pierre Lyet: „La bataille de France“, Payot, Paris 1950; B. H. Liddell Hart: „Gedanken zur Verteidigung Europas“, Nation Europa-Verlag, Koburg 1951.

## FREIE AUSSPRACHE

Die Schriftleitung übernimmt keine Verantwortung für die in diesem Teil der Zeitschrift geäußerten Ansichten oder ihre Form. Sie ändert die Einsendungen in keiner Weise, behält sich aber Kürzungen im Einverständnis mit dem Verfasser aus Raumgründen vor. Auf eine möglichst breite Auswahl verschiedenartigster Meinungen legt sie Wert.

### Zur Frage des „Europäisch Denkens“

*Sehr geehrte Herren!*

Sie haben sich in Ihrem Werbeprospekt für den ersten Nachkriegsjahrgang Ihrer Zeitschrift zum „europäischen Denken“ bekannt. In den ersten Heften Ihrer Neuen Folge haben Sie es allerdings vermieden, „Bekanntnisse zu Europa“ abzu-legen. Wenn letzteres, wie ich vermute, mit Absicht geschehen ist, gratuliere ich Ihnen hierzu, nicht weil ich Einwände gegen den hohen und beglückenden Gedanken der europäischen Einigung hätte, im Gegenteil, wäre er nur erst Wirklichkeit.

Wo findet sich denn in Deutschland überhaupt jemand, der Einwände in dieser Hinsicht hat? Die wildesten Nationalisten von gestern bekennen heute ihr Europäertum so laut, daß die langfristigeren Anhänger der europäischen Einigung sich eigentlich schon gekränkt fühlen könnten. Europa ist Trumpf, die Spatzen pfeifen es von allen Dächern, und jeder hat dabei seinen eigenen Wunschtraum und seine persönliche Forderung.

Wir sind auf dem besten Wege, die Sache der europäischen Einigung durch unsere überlauten Bekanntnisse zu diskreditieren. Man erinnert sich außerhalb unserer Grenzen daran, daß wir in Augenblicken vermeintlicher Stärke sehr viel leiser und weniger von Europa sprachen. Sicherlich gab es auch in den günstigen Tagen des Krieges viele Deutsche, die es ehrlich und ernst meinten, wenn sie sich dazu bekannten, daß das Endziel die Europa-Einigung sein müsse. Es war aber nicht zu verwundern, daß die Verständigen und Gutgesinnten in den anderen Ländern ihre Zweifel hatten, da allzu deutlich zu erkennen war, wer die Führung eines durch den Krieg geeinten Europas beanspruchte.

Da wir heute in Deutschland von der Notwendigkeit einer Einigung Europas

überzeugt sind — und das ist wohl unzweifelhaft der Fall — brauchen wir uns gegenseitig keine Bekanntnisse mehr abzu-legen. Nach außen wirkt das laute Geschrei nur störend, gerade dadurch wird die Sache verdächtig, weil wir sie mit soviel Eifer vortragen. Wissen wir nicht, daß die Tugend besiegt Völker das Schweigen in Würde ist? Die tonstarke Debatte um die Aufstellung deutscher Truppen hat die Sieger von 1945 so hellhörig gemacht, daß sie ihrerseits zunächst einmal Halt geboten haben und sich zu viert über unsere Angelegenheiten ohne uns auszusprechen planen. Ähnlich kann es mit dem Europa-Gedanken werden. Es ist unzumutbar und geschmacklos, eine Patentidee einfach durch die nächste zu ersetzen und so zu tun, als sei nichts geschehen. Wir sollten uns nicht auf die Tribüne drängen und auch nicht mit unseren Beifallsstürmen die Stimme kleiner Völker übertönen. Die Möglichkeit zur Förderung der europäischen Einigung liegt bei anderen Staaten: bei Großbritannien, vor allem bei Frankreich. Sie werden sich kaum freuen, wenn wir sie über ihre Pflichten und Chancen belehren wollen.

Was können und sollen wir aber dabei tun? Eines vor allem: Weniger mit Worten wirken als durch Taten und unseren guten Willen und die Fähigkeit zu wirklicher Verständigung der Menschen und Völker untereinander durch praktisches Handeln beweisen. Wer innenpolitische Gegner rücksichtslos majorisiert, wer starr und dogmatisch Kompromisse und Rücksichtnahmen ablehnt, wer wieder einmal die Einparteien-Herrschaft der Zusammenarbeit vorzieht, wer Geheimnistuerei in ganz schlichten Dingen betreibt, disqualifiziert sich damit für die Bemühungen um die Einigung Europas.

Wer den Gedanken der europäischen Einigung als willkommenes Ventil seines Trotzes, seiner Rechthaberei, seiner Weltmission mißbraucht, ist weder ein guter Deutscher,



noch brauchbar als Mitarbeiter an der Europa-Idee.

Charity begins at home! Sicherlich ist uns die Spaltung Westdeutschlands in elf Länder, Ländchen und Stadtstaaten von außen aufgezwungen worden, und wir werden die zwangsläufig dadurch bedingte Aufzucht und Verzehnfachung einer untereinander eifersüchtigen Bundes- und Länderbürokratie so bald nicht wieder los werden. Muß es da nicht unsere nächste und ureigenste Aufgabe sein, der Zersplitterung und Verfallsung gesunden politischen Willens und echter Gemeinschaftsinstinkte in übertriebenen Lokalpatriotismus und engstirnigen Länderstolz Einhalt zu gebieten und zu beweisen, daß wir trotz der unzeitgemäßen und extravaganten Aufteilung und Rückbildung unseres Landes in Klein- und Kleinststaaten die Gemeinsamkeit unseres Schicksals nicht vergessen haben, daß wir über die künstlich errichteten Barrieren und Käfigmauern hinweg einander achten, lieben und fördern? Erst wenn wir bewiesen haben, daß wir das können, wollen und tun, sind wir reif für ein weiteres Ziel und größere politische Aspekte.

Josef Eitel

#### Zum Appell von Alfred Fabre-Luce

Sehr geehrte Herren!

Die Verschärfung der politischen Lage, in der sich heute Europa befindet, hat in westeuropäischen Kreisen das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der deutschen Frage vertieft. Wir dürfen bei Männern wie Fabre-Luce nicht Opportunismus als heimlichen Grund seiner Annäherungspolitik annehmen. Das Suchen nach einer Rettung der abendländischen Überlieferung kann als ein echtes Anliegen des Verfassers angesehen werden. Aber diese Voraussetzung kann uns nicht blind machen für eine kritische Überprüfung der Prämissen.

Fabre-Luce gebraucht Begriffe wie „Westen“ und „Osten“ mit einem Mangel an Schärfe, wie er heute unter dem Eindruck der Propaganda nicht mehr selten ist. Aber dieser Fehler ruft eine gewisse Skepsis gegenüber dem vorgeblichen Realismus hervor, in dem Europapolitik und Annäherung begründet sein sollen. Man lese etwa einen Satz wie den folgenden

(Heft 1 Ihrer Zeitschrift, S. 47): „Osteuropa, sagen uns die Historiker, gleicht einem politischen Astralnebel in dem Staatsgebilde ohne natürliche Grenzen bald auftauchen, bald verschwinden.“ In der Tat, die Kenntnis Osteuropas gleicht einem Astralnebel in vielen westeuropäischen Gehirnen, seit man den Kopf für die Realitäten verloren und das Wesen der Politik mißverstanden hat.

Vollends skeptisch müssen wir werden, wenn politisch so bedeutsame Projekte wie das Europa-Programm allein mit wirtschaftlichen Zusammenhängen als notwendig begründet werden. Das allgemeine politische Übel, daß man den Primat der Wirtschaft für ein gesichertes Axiom der modernen Politik hält, beweist nur, wie sehr man sich den faktischen Mächten ausgeliefert glaubt und wie wenig man sich selbst vertraut. Das Übel hat seine Geschichte im kapitalistischen Zeitalter. Aber es kann und darf nicht als Grundlage für ein so wichtiges Anliegen wie das von Fabre-Luce dienen.

Nicht nur bei Fabre-Luce, auch bei den meisten anderen Europa-Publizisten bestimmt neben der Wirtschaft und den aus ihr erwachsenden verkehrstechnischen Rücksichten die Angst als wesentlicher Impuls eine Bewegung mit dem Ziel einer allgemeinen europäischen Verfilzung. Angst ist ein in Frankreich seit dem letzten Kriege viel vernommener Begriff, nicht nur der existentialistischen Philosophie, sondern parallel dazu der französischen Politik, die nach Sicherheiten strebt. Sicherheiten vor wem? Vor Deutschland, vor Rußland, vor dem „Osten“, vor der Zukunft überhaupt?

Für uns erwächst zunächst die Frage, ob aus den so belegten vermeintlichen Notwendigkeiten eine im objektiven Sinne echte Europapolitik entwickelt werden kann. Ob für uns nicht durch die Sicht auf die westlichen Eckpfeiler des Abendlandes, Spanien und England, bedeutsamere Perspektiven für ein politisches Verstehen und eine daraus resultierende, realistische abendländische Politik eröffnet werden könnten?

England hat sich nicht mit vollen Segeln in das Verbrüderungsgerede eingelassen. Der politische Instinkt und das gesunde, jahrhundertealte Selbstbewußtsein des Inselvolkes haben zwar ein Gefühl in England aufkommen lassen für die Fehler der

britischen Politik gegenüber dem gesamt-europäischen Interesse. Unter der Last dieser Fehler ist aber das Ruhen in sich selbst nicht verloren gegangen. Trotz aller freundlichen Unterstützung der europabewegten Gemüter auf dem Festland haben englische Politiker immer wieder betont, daß nur ein eigenstaatliches England seine europäische, abendländische Sendung erfüllen kann.

Britische Politiker haben ihre Auffassung ergänzt durch den Hinweis auf Englands Verantwortung als Mutterland des weltweiten Commonwealth. Aber daß dies ein *argumentum ad hominem* war, sehen wir in Spanien. Künstlich isoliert durch die Westmächte, hat Spanien längst aus echter, kraftvoller Eigenständigkeit und aus lebensfähigen, wirksamen Kräften abendländischer Kultur eine europäische Politik getrieben.

Einer deutsch-französischen Versöhnung stehen in Deutschland keinerlei Hemmnisse entgegen. Es gibt in unserem Herzen keinen Haß gegen Frankreich trotz seiner fehlerhaften Europapolitik und trotz der Tatsache, daß wir in wenigen Jahrhunderten mehr als ein dutzendmal mit Angriffskriegen aus dem Westen heimgesucht worden sind. Aber wir können unsere politische Entscheidung nicht vordergründig aus wirtschaftstechnischen Zweckmäßigkeiten herleiten. Vermeintliche strategische Notwendigkeiten, die der Kulturerhaltung dienen sollen, können uns nicht bewegen, unsere spärlich erhaltene völkische Substanz *dilettantisch-anarchischen* Bewegungen auszuliefern.

Unsere historische Aufgabe ist seit Jahrhunderten bestimmt. Sie kann nicht in isolierten, egoistischen Zwecken, sei es nationaler, sei es intraeuropäischer Art, aufgehen. Sie ist auf das Wesen des Menschseins selbst gerichtet und damit *universaler Natur*. Sie fixiert sich und konkretisiert sich seit einem Jahrtausend in den hohen Werten der abendländischen Kultur. Die Wege zu ihrer Verwirklichung sind bekannt. Sie bedürfen keiner Neukonstruktion. Wenn Europa nach etwas sucht, weil es seine Mitte verloren hat, so soll es diese Mitte suchen, und, wo es sie sinnlos entmachtet und zerschlagen wiederfindet, aufrichten und stärken, um sein Kraftzentrum wiederzugewinnen. Das Reich ist Aufgabe,

nicht nur des deutschen Menschen in der Gegenwart, sondern auch Europas.

Wenn die politische Aufgabe des Abendlandes heute in einer Sicherung gegen den Osten zu erblicken wäre, könnte als tragfähiger Grund einer solchen Sicherung nur das Vertrauen der abendländischen Völker auf die dem Osten nächstgelegene und daher von der Aufgabe am ehesten betroffene Macht, das Deutsche Reich, angesehen werden. Wie in einer Familie die einzelnen Glieder zueinander Vertrauen besitzen müssen, wenn der einzelne in ihr erfolgreich für das Ganze stehen soll, so bildet in der Familie der abendländischen Völker ebenfalls das gegenseitige Vertrauen Voraussetzung einer erfolgreichen europäischen Friedenspolitik. Das Vertrauen ist unabdingbar. Wo es fehlt, können die aus vertrautem Bezüge erwachsenden Vorteile und Fortschritte nicht erwartet werden.

Man wird den Einwand machen: Dem Reich sei nicht zu vertrauen, weil es nicht mehr bestehe. Dann wird man erkennen müssen, daß man einen wesentlichen Tragpfeiler eigener Stärke für die abendländische Kultur sinnlos zertrümmert hat. Darüber hinaus wird man erkennen müssen, daß die Wiederherstellung der zerschlagenen Volkspersönlichkeit echte Voraussetzung für eine Übernahme der Ostaufgaben bedeutet. Die Fehler der europäischen Alliierten von gestern, im Rausche ihrer Siege gegen alle politische Vernunft und Erfahrung zustandekommen, können nicht dadurch ausgeglichen werden, daß die Überreste deutscher Substanz ihre überkommene Aufgabe über Bord werfen und sich blindlings heute den politisch Einsichtslosen von einst anvertrauen.

Weder die Flucht in neukonstruierte, strukturell gewandelte europäische Staatsverhältnisse noch die Flucht in die Anonymität eines westeuropäischen Völkerkonglomerats können Europa an seiner Ostgrenze die Stärke geben, die das einzelne Glied der europäischen Völkergemeinschaft aus sich zu geben nicht mehr bereit ist. Die Enge des Raumes bleibt dem Abendland durch die Küsten Europas vorgezeichnet wie seit einem Jahrtausend. Seine strategischen Möglichkeiten wachsen nur mit der Kraft seiner Glieder, die heimatischen Bindungen zu vertiefen und die her-



kömmlichen Aufgaben zu übernehmen. Die Ostgrenze und eine gesunde Ostpolitik hängen darum nicht vom Schicksal der Europabewegung, sondern vom Schicksal des Reiches ab, davon, ob der Träger des Reiches, das deutsche Volk, auseinandergerissen und versklavt bleibt oder seine Aufgabe wieder vollziehen kann.

Rolf Hinder

### Süße Frucht oder bittere Frucht — China?

Sehr geehrte Herren!

Wer selbst in langen Auslandsjahren den starken Einfluß fremder Umgebung erfuhr, hat ein besonderes Verständnis für die von allen Außenministerien beobachtete Regel, die Diplomaten auf Außenposten nach einigen Jahren zu versetzen oder in die Zentrale zurückzuberufen. Wenn es eine Gefahr ist, die Welt mit den Augen eines fremden Volkes zu sehen, dann ist diese Gefahr sicherlich nirgends größer als in China, das als Volk mit der ältesten ungebrochenen Kulturentwicklung jeden Europäer in seinen Bann zieht. Diese Verzauberung spürt man auch in dem Augenzeugenbericht aus China im ersten Heft Ihrer Zeitschrift, und so erklärt sich wohl der Versuch einer „Verharmlosung“ des kommunistischen Regimes. Es wäre unfair und töricht, die einzelnen Beobachtungen des Verfassers bestreiten zu wollen; sie wären aber überzeugender, stünde nicht vor der „Klammer“ ein Vorzeichen, die These nämlich, daß China „nach amerikanischer Auffassung auch weiterhin koloniales Ausbeutungsgebiet bleiben sollte“. Von ihr ist es kein weiter Schritt zu den Thesen der Pekinger Zeitschrift Shih-Shih Shu-Tse („Zeitgeschehen“) in der Ausgabe vom 5. 11. 1950: „1. Hasse die Vereinigten Staaten, denn sie sind der Todfeind des chinesischen Volkes; 2. Verachte die Vereinigten Staaten, denn sie sind eine verdorbene imperialistische Nation und Sitz des reaktionären Verfalls der ganzen Welt; 3. Schaue mit Verachtung auf die Vereinigten Staaten, denn sie sind ein Papiertiger und können vollständig besiegt werden.“

Daß China von imperialistischen Mächten ausgebeutet worden ist, wird niemand in Abrede stellen, aber haben wirklich die

Vereinigten Staaten dabei die führende Rolle gespielt? Als einziger westlicher Staat haben sie niemals „Schutzgebiete“ oder Kolonien in China besessen, und eine Bilanz dessen, was sie in früheren Jahrzehnten aus China „herausgeholt“ und was sie vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege für China aufgewandt haben, schließt mit einem Überschuß zugunsten des Reiches der Mitte. Um einen Ausbeutungscharakter der in dem Aufsatz erwähnten Geheimverträge zwischen Tschiang Kai-shek und Washington zu beweisen, dürfte eine generelle Behauptung kaum genügen, ganz abgesehen davon, daß die Erschließung mineralischer und sonstiger Bodenschätze oder Entwicklung des Verkehrs wesens durch Auslandskapital nicht einmal Saudisch-Arabien hindert, nationalen Reichtum zu bilden.

Amerikanische Äußerungen „Let's get it over“ widerlegen nicht, daß die verantwortliche amerikanische Politik aus wohlverstandenen Selbstinteresse, — wenn man schon an moralische und humanitäre Grundsätze der USA nicht glauben will, — keinen neuen Weltkrieg wünscht. Nicht einmal die bösen Kapitalisten der (an Einfluß stark reduzierten) Wall Street tun es, weil sie genau wissen, daß jeder Krieg weltwirtschaftliche Zerrüttungen und im Innern eine Machtsteigerung der organisierten Arbeiterschaft mit sich bringt.

Es ist richtig, daß die Vereinigten Staaten in der Frage der Anerkennung des neuen Regimes in Peking anderer Meinung waren als England. Es fällt übrigens auf, daß in dem Aufsatz in diesem Zusammenhang auf einmal die Verteidigung wirtschaftlicher Interessen durch politisches Entgegenkommen gutgeheißen und — im Gegensatz zu der Behauptung einer ausbeuterisch-imperialistischen Politik der USA — festgestellt wird, daß Amerika in China keine wirtschaftlichen Interessen zu schützen hatte. In der Nichtanerkennung Pekings befinden sich die USA auch in Übereinstimmung mit dem Vatikan, der in solchen Fragen völkerrechtlich peinlich korrekt zu verfahren pflegt. Man wird weiter folgende Gesichtspunkte nicht außer acht lassen dürfen: 1. Die Reaktion Pekings auf die britische Anerkennung war für andere Mächte nicht gerade sehr ermutigend; 2. Wenn Mao



Tse-tung wirklich Wert auf gute oder mindestens normale Beziehungen zu den Westmächten gelegt hätte, warum hat er dann während des siegreichen Vormarsches seiner Armeen die vorhandenen amerikanischen diplomatischen, konsularischen und sonstigesuchter Rücksichtslosigkeit behandelt? 3. Tschiang Kai-schek nach der militärischen Niederlage auf dem Festland sofort fallen zu lassen, hätte bei anderen Regierungen, die auf die Loyalität der Vereinigten Staaten gesetzt haben, erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit Washingtons aufkommen lassen müssen; 4. Die Vereinigten Staaten waren — vor Korea — bereit, in der UNO auf ihr Veto gegen eine Aufnahme Chinas zu verzichten, falls sich eine Mehrheit für die Anerkennung Peking fände.

Keine Meinungsverschiedenheit besteht darüber, daß das heutige China nicht ein „Satellitenstaat“ der Sowjetunion ist. Aber kann man daran zweifeln, daß for the time being — und diese Zeit kann sehr lang sein — eine „Achse“ Moskau—Peking vorliegt?

Der Verfasser des Aufsatzes hat kürzlich bei einem Vortrag in Hamburg die von der herrschenden Auffassung abweichende Meinung geäußert, Mao Tse-tung sei über den Plan des nordkoreanischen Angriffes nicht unterrichtet gewesen: unter dieser Voraussetzung wird die Abhängigkeit vom sowjetischen Partner nur unterstrichen. Wie weit China durch das Verhalten der Westmächte in sein Bündnis mit der Sowjetunion hineingezwungen worden ist, kann unmöglich heute schon einwandfrei geklärt werden; aber gerade wer die chinesische Selbständigkeit so sehr betont, bestätigt damit doch zugleich auch den chinesischen Anteil am Zustandekommen des Vertrages vom 14. 2. 1950.

Das gegenwärtige innere Regime in China hat sicherlich nichts mit dem russischen Kriegskommunismus 1917/22 gemein. Aber es ist ein „autoritäres“ Regime, wie auch Generalkonsul a. D. Bidder ausdrücklich bestatigt. Nun, sowohl das nationalsozialistische wie das faschistische Regime begannen mit Koalitionsregierungen, mit Schonung der Gegner und mit mancherlei positiven Leistungen — vom pünktlichen Eisenbahnverkehr bis zum Bau von Autobahnen und der Urbarmachung von Sümpfen. Gestapoterterror, KZs und rücksichtslose „Gleichschal-

tung“ sind spätere Entwicklungen. Die Vermutung, daß auch in China mit einer Verschärfung zu rechnen ist, wird durch den Aufsatz nicht widerlegt, dagegen durch Nachrichten der letzten Zeit z. B. über die Wiedereinführung der Todesstrafe eher bekräftigt. Wozu die Steigerung der militärischen Anstrengungen in China, die den wirtschaftlichen Aufbau doch gewiß nicht fördern? Vielleicht kann man den Widerspruch und die Zweifel, die durch den Aufsatz von Bidder geweckt werden, am besten in den Sätzen zusammenfassen, mit denen L. C., ein ehemaliger Ostasienkorrespondent des „Manchester Guardian“, eine lange Artikelserie abschließt: „Werden die Chinesen mit ihrem Talent für Eklektizismus den Kommunismus zu chinesischen Lebensformen verarbeiten? Wird dieses weise, freundliche und tolerante Volk die scharfen Ecken des Kommunismus abschleifen und eine neue, seinem Genius angemessene Form schaffen? Der Mensch, der darauf eine endgültige Antwort geben wollte, wäre sehr kühn. Aber es ist wahrscheinlicher, daß der Kommunismus China umgestalten, als daß China den Kommunismus umformen wird.“

Egon Heymann

#### Zum Tode Heinrich Ritter von Srbiks

Sehr geehrte Herren!

Heinrich von Srbik ist im Alter von 73 Jahren in Ehrwald-Tirol, wohin er sich nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst 1945 zurückgezogen hatte, einem Herzschlag erlegen. Seinen Ruhm hat er begründet mit der großen Biographie Metternichs, welche nach einer langen Zeit des Mißverstehens durch die liberale und nationale Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts diesen wahrhaft bedeutenden Staatsmann der Restaurations-Epoche in das Licht der allgemeinen österreichischen, deutschen und europäischen Betrachtungsweise gerückt hat. Seit Srbiks Buch haben wir gelernt, die Frieden und Kultur erhaltende Kraft dieses von der Revolution so gehaßten leitenden Ministers des europäischen Systems von 1815 bis 1848 neu und tiefer zu verstehen. Als der alte österreichische Staat mit revolutionärer Wollust 1918 zer schlagen wurde, gab Srbik der Welt das

Bild des nunmehr toten Gemeinwesens und seiner Bedeutung in der Gestalt Metternichs. Der junge Ranke hatte nach 1815, als Metternichs Stern zu glänzen begann, die Betrachtung aufgeschrieben: Österreich umfaßt germanische, romanische und slawische Stämme, „eben dadurch ist es ohne Widerrede die Hauptmacht von Europa . . . , man möchte sagen, die einzige wahrhaft europäische“! Diesen Rankeschen Geist der Zusammenschau von Großstaat und europäischem System hat uns Srbik an der Gestalt des Rheinländers, der von der Wiener Hofburg aus europäische Politik gemacht hat, in neuer Weise verdeutlicht.

Neben vielen kleineren Aufsätzen, die wahre Kabinettsstücke der Forschung und der Darstellung sind (wie z. B. dem über Goethe und den Untergang des alten Reiches), bildet Srbiks zweites Hauptwerk die vierbändige Geschichte der „Deutschen Einheit“ (1935 ff.). „Liebe und Schmerz haben das Werden dieses Werkes begleitet“ — schreibt er in der Vorrede zu dem Buch, einer deutschen Geschichte von 1815—1866: Liebe zum gesamtdeutschen Volk und zum deutschen Stamm in Österreich, Schmerz über den Leidensgang der deutschen Geschichte, die es nicht zur harmonischen Einheit von Volk, Raum und Staat hat kommen lassen. Srbik wollte den Weg zur deutschen Einheit durchleuchten nicht von einem kleindeutschen oder von einem großdeutschen, sondern schlicht und einfach von dem doch so schwer zu findenden gesamtdeutschen Standort aus. Er, der österreichische Historiker, der den Weg verfolgte, auf dem es zum Bruderkrieg von 1866 gekommen ist, verstand es, den Werkmeister der deutschen Reichserneuerung, Bismarck, in seiner Bedeutung für die deutsche Geschichte zu würdigen, denn er hielt sich — was von jedem echten Historiker zu fordern ist, — frei von jedem Ressentiment. Srbiks „Deutsche Einheit“ hat die vergiftenden „Rückgefühle“ aus der Geschichte des preußisch-österreichischen Dualismus herausgenommen. Bei aller Beachtung der lebendigen Energien in den Stämmen und in den Einzelstaaten gab er

sich nie einer partikularistischen Ideologie hin. Er hat Österreich unlöslich mit dem deutschen Schicksal verbunden gesehen. Diesem gesamtdeutschen Volke, als Einheit und Vielheit, wollte er gerecht werden. Aber er sah auch „neben der saekularen Bedeutung der national-staatlichen Idee die unermessliche Größe der universalen Idee“; auch diese „übernationale und überstaatliche Seite“ im Wesen des deutschen Volkes wollte er ergreifen.

Darin ist Srbik auf den Bahnen gewandelt, welche Ranke, der große Meister abendländischer Geschichtsschreibung, zugänglich gemacht hat. Das hinterlassene Werk Srbiks über die Geschichtsschreibung mit dem Titel: „Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart“ (im Gemeinschafts-Verlag von Otto Müller-Salzburg und F. Bruckmann-München), dessen erster Band vorliegt, wird im zweiten Band die Würdigung Rankes bringen; ein kleiner Auszug daraus findet sich in der neuen österreichischen Heimat-Zeitschrift: „Der Haag“ (Heft 4, November 1950).

Srbik ist österreichischer Bundesminister für Kultus und Unterricht 1929/30 gewesen; er war Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Wien 1938—45, Ehrenbürger der Universität Köln, Senator der Deutschen Akademie in München, Mitglied der Royal Historical Society in London, der Société d'Histoire Moderne in Paris, der Historische Genootschap in Utrecht und vieler anderer wissenschaftlicher Gesellschaften und Vereinigungen. Er wurde von der 1945 neu an die Macht gelangenden Gruppe seiner Landsleute aus allem ausgeschaltet und des Lehrstuhls beraubt. Dies ging vorüber, aber der Ruhm Srbiks bleibt und wird wachsen. In seinem Letzten Willen stehen Worte des Bekenntnisses seiner Gesinnung: „Meine Liebe gehört bis zu meinem Tod meiner Familie, dem deutschen Volk, meiner österreichischen Heimat und meinen Schülern“.

G. A. Rein

Verfasserkorrekturen zum Aufsatz  
„Sowjetpatriotismus“ von Georg Rauch

Der Titel des Aufsatzes findet sich im Inhaltsverzeichnis auf der Innenseite des Umschlags in richtiger Form: ohne Fragezeichen.

Zeile 2 v. u. S. 94 muß es in der Anmerkung 2 lauten: „den nationalen Interessen Rußlands“ ... statt internationalen ...

Es muß heißen: Zeile 2 v. o. S. 95 und Zeile 7 v. u. S. 100 Shdanow — statt Schdanow.

Anm. 1 S. 95 meinem Artikel — statt einem Artikel.

Zwischentitel auf S. 96 Der Rausch des Raumes und der Technik — statt Rausch des Ruhmes.

Zeile 14 v. o. S. 97 um sich von hier, wenn nötig, nach Swerdlowsk im Ural abzusetzen.

Zeile 17 v. o. S. 97 1934 statt 1943.

Anm. 1. S. 98 Kirchenversammlung — statt gemeinde.

Zeile 10 v. o. S. 99 Iwan Grosny — statt Großny.

Zeile 18 v. o. S. 99 und das (nämlich das Buch) den Stalin-Preis erhalten hatte.

Zeile 3 v. o. S. 100 russische — statt russiche.

Zeile 17 v. u. S. 100 ins Schwanken geratene... statt schwankende.

Zeile 19 v. u. S. 102 Marr — statt Marx.

Zeile 5 v. o. S. 103 Weltrevolution aufgegeben hätte — statt Weltrevolution hat.

Anm. 1 S. 103 Wie aus der Analyse des VII. Kominternkongresses....  
...Political Science Quarterly... statt Analysed es... Poiltical....

Zeile 13 v. u. S. 104 Nicht dem Vaterland — statt das Vaterland.

Zeile 19 v. o. S. 105 Er würde hoffnungslos unterliegen....  
statt: Er wäre hoffnungslos unterlegen.

Das Komma Zeile 21 v. o. S. 96 zu streichen, Anführungsstriche Zeile 18 v. u. S. 99 hinter Nationalstaates fehlen, Anführungsstriche in Anm. 2. S. 105 nicht hinter Europas, sondern hinter Frantz setzen.





HEINZ GUDERIAN

Generaloberst a. D.

# So geht es nicht!

Überlegungen zur Wiederbewaffnung Deutschlands

8°, 96 Seiten

6 Skizzen, kartoniert

DM 2.80

## INHALT:

Raum und Zeit in der modernen Kriegführung Raum, Zeit - Das Wesen der heutigen Kriegführung Erdkrieg, Luftkrieg, Seekrieg, Partisanen und Propaganda, Rüstungswettlauf, Menschlichkeit? Der moderne Krieg - Zur Wehrgeographie Europas - Einige Kriegspotentiale Räume und Menschen, Kriegsverluste und Geburtenstand, Einige Grundstoffe, Spannungen, Folgerungen Waffenbrüder oder Fremdenlegionäre? Frankreich, England, Die Gefangenfrage, Was nun? Und wir? Die Beseitigung der Diffamierung, Die Versorgungsfrage, Das Ziel, Die Neutralitätsfrage Die Wiedervereinigung Deutschlands - Eisenhower

BEI KURT VOWINCKEL IN HEIDELBERG



HEINZ GUDERIAN

Generaloberst a. D.

# ERINNERUNGEN

EINES

# SOLDATEN

Großformat, 462 Seiten, 37 Karten-

skizzen, 23 Abbildungen, Leinenband

DM 18.—

Von der bisherigen deutschen Memoiren-Literatur unterscheidet sich das Buch durch seinen kriegswissenschaftlichen Gehalt und vor allem durch seine mannhafte Haltung.

Guderian, der Schöpfer der deutschen Panzerwaffe und Gestalter der modernen Kriegsführung mit schnellen Waffen, beweist mit diesem Buch den Ruf, den er bei allen alten Soldaten hat, aufs neue, und diesmal mit Unterlagen, die viele Hintergründe unserer Kriegsführung und ihres Versagens aufklären.

Hier ist ein höherer Führer, der jederzeit zu sagen wagte, wie es wirklich aussah, und der auch heute kein Blatt vor den Mund nimmt. Man versteht beim Lesen des glänzend und packend geschriebenen Werkes, daß dieser Mann dreimal während des Krieges abgesetzt wurde, teilweise nach schärfsten Auseinandersetzungen mit Hitler. Hier spricht der deutsche Soldat alter Prägung, und er spricht zum Frontsoldaten.

## INHALT:

Familie und Jugend — Die Entstehung der deutschen Panzerwaffe — Hitler auf dem Gipfel der Macht — Der Beginn der Katastrophe — Der Feldzug im Westen — Der Feldzug in Rußland 1941 — Außer Dienst — Die Entwicklung der Panzerwaffe 1942/1943 — Generalinspekteur der Panzertruppen — Der 20. Juli 1944 und seine Folgen — Chef des Generalstabes — Der endgültige Bruch — Die führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches — Der deutsche Generalstab.

BEI KURT VOWINCKEL IN HEIDELBERG